

Niederschrift



Gremium: **17. Sitzung des Kreistages**

Sitzungsdatum: **Montag, den 28.02.2011**

Sitzungsort: **Schulturnhalle im Forum Ustersbach
Schulweg 2
86514 Ustersbach**

Beginn: 09:10 Uhr

Ende: 12:45 Uhr

Landrat Sailer eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Vorsitzende / Vorsitzender:

Martin Sailer

Mitglieder:

Walter Aumann

Peter Baumeister

Peter Bergmeir

Friedlinde Besserer

Dr. Markus Brem

Hannelore Britzlmair

Manfred Buhl

Hans-Peter Dangel

Silvia Daßler

Konrad Dobler

Renate Durner

Hansjörg Durz

Marlies Fasching

Franz Fendt

entschuldigt

Markus Ferber

entschuldigt

Annemarie Finkel

Anni Fries

Ludwig Fröhlich

Dieter Gerstmayr

Hannes Grönninger

Sabine Grünwald

entschuldigt

Harald Güller

Bernhard Hannemann

Johann Häusler

Dr. Michael Higl

Sabine Höchtl-Scheel

Ulrike Höfer

Peter Högg

Fritz Hölzl

Gabriele Huber

Karl Heinz Jahn

Ursula Jung
Pius Kaiser
Annegret Kirstein
Henriette Kirst-Kopp
Georg Klaußner
Alexander Kolb
Hubert Kraus
Rudolf Lautenbacher
Albert Lettinger
Heinz Liebert
Gerhard Mößner
Bernd Müller
Lorenz Müller
Franz Neher
Dr. Manfred Nozar
Gabriele Olbrich-Krakowitzer
Jürgen Reichert entschuldigt
Paul Reibacher
Gerhard Ringle
Eva Rößner
Alfred Sartor
Jürgen Schantin
Joachim Schoner
Peter Schönfelder
Franz Settele
Siegfried Skarke
Stefan Steinbacher
Robert Steppich
Max Strehle
Dr. Simone Strohmayer
Dr. Max Stumböck
Carolina Trautner
Otto Völk
Karl-Heinz Wagner
Bernhard Walter
Mathilde Wehrle
Frank Weiher
Robert Wittmann
Peter Ziegelmeier

Verwaltung:

Sybille Lichti
Michael Püschel
Martin Seitz

Schriftführerin:

Ulla Berger

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

1. Resolution des Kreistages zum geplanten neuen Abfallrecht
Vorlage: 11/0013
2. Resolution des Kreistages zum Standort Flugplatz Lechfeld
Vorlage: 11/0016
- .
3. Abfallwirtschaftsbetrieb
Wirtschaftsplan 2011
 - a) Feststellung des Wirtschaftsplanes 2011
 - b) Beschluss über die Eigenkapitalentnahme durch den Landkreis Augsburg gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 7 der BetriebssatzungVorlage: 11/0012
4. Kreishaushalt 2011;
Erlass der Haushaltssatzung
Vorlage: 11/0011
5. Bewilligung von über-/außerplanmäßigen Ausgaben über 100.000 € der Jahre 2008 bis 2010
Vorlage: 11/0014
6. Örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2009;
Feststellung und Entlastung gem. Art. 88 Abs. 3 LKrO
Vorlage: 11/0018
7. Sparkassenzweckverband Landkreis Augsburg und Stadt Schwabmünchen;
Änderung in der Besetzung der Verbandsversammlung
Vorlage: 11/0015
8. Verschiedenes
9. Wünsche und Anfragen

Vor Eintritt in die Beratungen gedenkt der Kreistag dem am 6. Dezember 2010 verstorbenen Kreisrat a. D., Altbürgermeister und ehemaligem stellvertretenden Landrat Fritz Wohlfahrt. Er war von 1952 – 1978 im Altlandkreis Schwabmünchen Kreisrat und von 1948 – 1984 Bürgermeister in Königsbrunn.

Landrat Sailer gratuliert darüber hinaus Kreisrätin Hannelore Britzlmair zum runden Geburtstag am 21.01.2011 sowie Kreisrat Peter Bergmeir zum runden Geburtstag am 23.01.2011. Am 03.02.2011 feierte außerdem Kreisrat und Bgm. Ludwig Fröhlich aus Königsbrunn seinen 60. Geburtstag.

Öffentliche Sitzung

TOP 1	Resolution des Kreistages zum geplanten neuen Abfallrecht Vorlage: 11/0013
--------------	---

Anlage: Resolution

Sachverhalt:

Das deutsche Abfallrecht muss in wenigen Monaten an die Vorgaben der Europäischen Abfallrahmenrichtlinie angepasst werden. Dazu hat das Bundesumweltministerium im August 2010 den Referentenentwurf eines Kreislaufwirtschaftsgesetzes vorgelegt und im September 2010 mit den Verbänden erörtert. Die kommunalen Spitzenverbände – der Deutsche Städte- und Gemeindebund, der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund – sehen nach wie vor mit großer Sorge, dass die vorgesehenen Regelungen Gefahren für die Zukunft der kommunal verantworteten Abfallentsorgung, für die Planungs- und Investitionssicherheit der Kommunen und damit für die Stabilität der Abfallgebühren in sich tragen, sollten sie in diesem Jahr unverändert von den Gesetzgebungsorganen des Bundes beschlossen werden. Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände fordert daher die Räte der Städte und Gemeinden und die Kreistage auf, die anliegende Resolution zu beschließen und auf dieser Grundlage das Gespräch mit den örtlichen Bundestagsabgeordneten mit dem Ziel zu suchen, in den parlamentarischen Beratungen eindeutig für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger einzutreten, denen sie ihr Mandat verdanken.

Im Einzelnen:

Der im August 2010 vorgelegte Referentenentwurf des Bundesumweltministeriums verfolgt ohne Not das Ziel, das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 18.6.2010 im sog. „Altpapierkrieg“ ungeschehen zu machen und will den Kommunen jegliche Steuerungsmöglichkeiten nehmen, mit denen sie den Aufbau paralleler Sammelsysteme durch Privatunternehmen kanalisieren können. Wird der Referentenentwurf zum Gesetz, könnten z. B. Vorstöße privater Altpapiersammler, in günstig zu entsorgenden Gebieten Altpapier zu sammeln, praktisch nicht mehr abgewehrt werden, auch wenn die Kommune selbst Altpapier sammelt oder – in der Mehrzahl der Fälle – in ihrem Auftrag ein Privatunternehmen bereits mit der Sammlung von Altpapier beauftragt ist. Die Folgen haben nicht nur die Abfallgebühren zahlenden Bürger und Bürgerinnen zu tragen, denen Erlöse aus der Altpapiervermarktung nicht mehr zur Verringerung ihrer Abfallgebührenrechnung zugutekommen, weil die Erlöse bei dem parallel tätigen Unternehmen bleiben. Hauptbetroffene sind die privaten Entsorgungsunternehmen selbst, die in der Regel nach einer europaweiten Ausschreibung den Auftrag zur Altpapierentsorgung im Auftrag der Kommune gewonnen haben und nunmehr durch die „Rosinenpickerei“ ihrer eigenen privaten Wettbewerber um den wirtschaftlichen Erfolg ihres Auftrags gebracht werden sollen.

Selbst dann, wenn der Werkausschuss ausdrücklich beschlossen hätte, von der Aufstellung von Tonnen für die Altpapierentsorgung abzusehen, etwa weil bei den betroffenen Haushalten der Platz für die Aufstellung der Tonnen fehlt, wäre es uns nach den Vorstellungen des Bundesumweltministeriums künftig verwehrt, gegen Angebote eines Privatunternehmens vorzugehen, das den Bürgern und Bürgerinnen auf eigene Rechnung die Bereitstellung von Altpapier-tonnen anbietet. Das hat nach Auffassung der kommunalen Spitzenverbände mit der grundgesetzlich verbrieften Selbstverwaltungsgarantie nichts zu tun.

Vielmehr wird die Einführung neuer unbestimmter Rechtsbegriffe, durch die die Kommunen beim Vorgehen gegen unerwünschte gewerbliche Sammlungen in ihre Schranken verwiesen

werden sollen, jahrelange Rechtsstreitigkeiten und mangelnde Planungs- und Investitionssicherheit nach sich ziehen. Bis zum Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom vergangenen Jahr hat es immerhin 15 Jahre gedauert, bis im Bereich der Altpapierentsorgung endlich verlässliche Klarheit geschaffen wurde.

Die Kommunen wenden sich auch gegen die Einführung einer flächendeckenden getrennten Sammlung von Bioabfällen. Wenn in manchen städtischen Gebieten zu erwarten ist, dass sich der Inhalt einer Biotonne von dem der Restmülltonne nicht unterscheidet, macht die Getrenntsammlung keinen Sinn. In manchen peripheren ländlichen Gebieten ist eine Getrenntsammlung von Bioabfällen wirtschaftlich nicht darstellbar. Die Kommunen wissen selbst am besten, was, wann und wie getrennt gesammelt werden soll. Aus diesem Grunde sprechen sich die kommunalen Spitzenverbände auch gegen Regelungen zur „einheitlichen Wertstofftonne“ aus. Die im Gesetzentwurf enthaltene dürre Verordnungsermächtigung allein stellt jedenfalls nicht sicher, dass eine einheitliche Wertstoffeffassung im Verantwortungsbereich der Kommunen bleibt. Das muss nach Auffassung der kommunalen Spitzenverbände jedoch im Ergebnis unbedingt gewährleistet sein. Schließlich müssen die Wertstofflöse den Abfallgebührenzählern zugutekommen und nicht die Kassen privater Entsorger füllen. Auch darf das besonders im Freistaat Bayern eingeführte und bewährte System zur Sammlung von Wertstoffen über Wertstoffhöfe nicht durch die Einführung einer einheitlichen Wertstofftonne zur Disposition gestellt werden.

Das künftige Gesetz darf auch keine Schlupflöcher öffnen, dass sich Gewerbe und Industrie vollständig von der von den Kommunen verantworteten Entsorgung verabschieden können. Die für die Entsorgung erforderlichen Anlagen, z. B. Abfallverbrennungsanlagen, sind auch für diese Wirtschaftskreise gebaut worden und müssen auch weiterhin von diesen über Abfallgebühren mitfinanziert werden. Sonst zahlen die Bürgerinnen und Bürger die Zeche, weil sich deren Abfallgebühren erhöhen würden, wenn sich Gewerbe und Industrie in vollem Umfang anderer Entsorgungswege bedienen dürfen.

Der Bayerische Landkreistag empfiehlt daher den Kreistagen eine Resolution gegen das neue Abfallrecht (siehe Anlage). In dieser fordern die mehr als 800 öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger in Deutschland vom Bund die Umsetzung des Bundesverwaltungsgerichtsurteils zur gewerblichen Altpapiersammlung:

grundsätzliche Zuordnung aller Abfälle aus privaten Haushalten zu den Kommunen und Entscheidungsfreiheit über die Wertstoffeffassung vor Ort.

Der Kreisausschuss hat sich mit der Angelegenheit in seiner Sitzung am 31.01.2011 befasst und dem Kreistag empfohlen, die als Anlage beigefügte Resolution zu beschließen.

Herr Prestele führt aus, dass das aus dem Jahr 1994 stammende Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz noch im Laufe dieses Jahres an die Vorgaben der Europäischen Abfallrahmenrichtlinie angepasst werden muss.

Der hierzu vom Bundesumweltministerium im Sommer letzten Jahres vorgelegte Referentenentwurf berge nach Ansicht der kommunalen Spitzenverbände massive Gefahren für die Zukunft der öffentlich-rechtlich geregelten und von den Kommunen zu verantwortenden Entsorgungssicherheit und für die Stabilität der Abfallgebühren.

So sei zu befürchten, dass das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 18.06.2009 zum Verbot der gewerblichen Sammlungen (Stichwort Altpapierkrieg) wieder unterlaufen und dadurch der Rosinenpickerei der privaten Entsorger wieder Tür und Tor geöffnet werde.

Die kommunalen Spitzenverbände wehren sich auch gegen die Einführung der flächendeckenden getrennten Sammlung von Bioabfällen, da sie gerade in ländlichen Gebieten wirtschaftlich nicht darstellbar sei. Nach dieser Maxime sei der Landkreis Augsburg schon bisher verfahren. Eine verpflichtende Biotonne sollte es auch künftig im Landkreis nicht geben!

Aus dem gleichen Grund sollte sich der Kreistag auch gegen Regelungen zur einheitlichen Wertstofftonne aussprechen, zumal der Landkreis seit mehr als 20 Jahren über ein dichtes Netz von über 50 Wertstoffsammelstellen verfüge, das nicht in seinem Bestand gefährdet werden dürfe.

Sollte die Wertstofftonne jedoch nicht zu verhindern sein, dann müsse diese auf jeden Fall im Verantwortungsbereich der Landkreise und kreisfreien Städte eingeführt werden. Die Systemführerschaft müsse nämlich dort angesiedelt werden, wo der Bürger seinen Ärger ablade, wenn es zu Problemen komme. Sonst befürchtet Herr Prestele die gleiche Problematik, die man schon jetzt vom Gelben Sack her kenne: Viel Ärger – wenig Einfluss!

Das künftige Gesetz dürfe auch keine Schlupflöcher für Gewerbe und Industrie öffnen, da sie sich somit sehr schnell aus dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungssystem ausklinken und den Bürgern die Zeche alleine überlassen, die von der Entsorgungssicherheit herrührt, die sie jahrelang in Anspruch genommen haben. Es müsse weiterhin bei der Kofinanzierung von Industrie, Gewerbe und Privathaushalten bleiben.

Der Landkreis Augsburg sollte daher an seine Bundestagsabgeordneten appellieren, dass auch künftig die grundsätzliche Zuordnung aller Abfälle aus privaten Haushalten ebenso bei den Landkreisen und kreisfreien Städten verbleibe wie die Entscheidungsfreiheit über die Wertstofffassung.

Der Kreisausschuss habe sich in seiner letzten Sitzung eingehend mit dieser Problematik befasst. Auch er empfehle dem Kreistag, die als Anlage beigefügte Resolution zu beschließen und an die Bundestagsabgeordneten zu übermitteln.

Der Kreistag fasst dazu folgenden

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die als Anlage beigefügte Resolution. Die Resolution soll allen Abgeordneten des Deutschen Bundestages übermittelt werden, die den Großraum Augsburg vertreten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	67
Nein-Stimmen:	0

TOP 2 Resolution des Kreistages zum Standort Flugplatz Lechfeld Vorlage: 11/0016
--

Landrat Sailer verweist darauf, dass die Resolution im Kreisausschuss bereits behandelt und beschlossen wurde. Auf die Einzelheiten der Standortdiskussion der Bundeswehrreform brauche er jetzt nicht eingehen. Landrat Sailer fragt nach, ob eine Vorstellung der Resolution gewünscht sei.

Stv. Landrat Häusler merkt an, eine nochmalige Vorstellung sei im Prinzip nicht notwendig. Er vermisse jedoch noch einen ganz wesentlichen Hinweis, den man schon in der Runde der Fraktionsvorsitzenden besprochen hatte, und zwar die damalige Zusicherung von Verteidigungsminister Struck, der den Weiterbestand mittel- bzw. sogar langfristig zugesagt habe. Damals sei es um die zivile Mitbenutzung in Lagerlechfeld gegangen, die deshalb nicht zustande gekommen sei, weil man besorgt gewesen sei, den Bundeswehrstandort dadurch eventuell gefährden zu können. Diese politische Zusage sollte ebenso wie der Verzicht auf

die damalige zivile Nutzung des Militärstandortes durch den Flughafen Augsburg in der Resolution verankert werden.

Anschließend führt **Kreisrat Müller** aus, es werde von den Bürgern im südlichen Landkreis als äußerst wichtig erachtet, dass auch der Kreistag des Landkreises Augsburg ein klares Signal setze. Die Kommunen rings um und auf dem Lechfeld hätten bereits entsprechend gehandelt. Auch über das Begegnungsland Lech-Wertach wurde eine Resolution in Richtung Hardthöhe geschickt.

Für die SPD-Fraktion sei es ungemein wichtig, dass in der Resolution nicht nur die so genannten harten Standortfaktoren aufgeführt werden. Mit diesem Argument können auch sämtliche andere Standorte der Bundeswehr, die sich jetzt oder in absehbarer Zeit in der Diskussion wieder finden werden, aufwarten. Wichtig sei deshalb, was die Region für eine Bundeswehr leisten könne, sollte diese sich als so genannte Freiwilligenarmee neu formieren, nämlich die Bereitstellung von Lebensqualität für Berufssoldaten, seien es die Infrastruktur, das Bildungsangebot, aber auch die geographische Lage des Landkreissüdens (eingebettet in den Großraum der Städte Augsburg und München). Kreisrat Müller betont, dies seien ganz besondere Alleinstellungsmerkmale, die nochmals herausgestellt werden sollten. Insofern bedanke er sich dafür, dass diese entsprechend der Anregung der SPD-Fraktion in die Resolution aufgenommen wurden. Die SPD-Fraktion begrüße den Inhalt dieser Resolution vollinhaltlich.

Zur Aussage von Stv. Landrat Häusler vertritt Kreisrat Müller die Auffassung, dass man jetzt kein Fass aufmachen und über irgendwelche zivile Nachnutzungen oder Mitnutzungen sprechen sollte. Hier stehe ganz konkret zur Debatte, ob die Bundeswehrreform, wie sie denn geplant sei, letztendlich dazu führen werde, dass der Standort auf dem Lechfeld gefährdet sei oder nicht.

Kreisrat Klaußner bedankt sich dafür, dass sich der Kreistag mit diesem für die Lechfeldbürgermeister wichtigen Thema befasst. Der Name Lechfeld werde im Allgemeinen mit zwei Begriffen gehandelt, nämlich zum einen mit der Schlacht auf dem Lechfeld im Jahr 955 und natürlich mit dem Bundeswehrstandort. Die Schlacht auf dem Lechfeld sei geschlagen, während der zweite Kampf um den Erhalt des Bundeswehrstandortes Lechfeld erst so richtig entbrannt sei. Man sei realistisch und müsse anerkennen, dass sich die weltpolitische Situation in den letzten zwei Jahrzehnten verändert habe. Die Zeit des kalten Krieges gehöre der Vergangenheit an, was sich naturgemäß auch auf die Bundeswehr auswirke. Der Abbau von Personal, Material und auch von Standorten sei die unausweichliche Folge. Wenn man sich für den Erhalt des Standortes Lechfeld ausspreche, dann habe dies nichts mit dem Floriansprinzip zu tun. Vielmehr sprechen gewichtige, sachlich fundierte Argumente dafür. Auch wenn man von der Historie nicht leben könne, müsse man trotzdem darauf verweisen, dass das Königlich-Bayerische Kriegsministerium bereits 1859 – also vor über 150 Jahren – beschlossen habe, hier einen Truppenübungsplatz einzurichten.

Am 22.07.1958 habe das Jabo 32 dann seinen Dienst- und Flugbetrieb auf dem Lechfeld aufgenommen. Seitdem leben die zivile Bevölkerung und die Militärs in bestem Einvernehmen miteinander. Im Laufe dieser über fünf Jahrzehnte habe sich die Bundeswehr zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor im südlichen Bereich von Augsburg entwickelt. In Spitzenzeiten waren hier nahezu 4.000 Menschen beschäftigt. 2006 weise die Statistik 2.900 Soldaten inklusive Lehrgangsteilnehmer und 550 zivile Mitarbeiter, davon ca. 100 Auszubildende, aus. Durch die in den letzten Jahren erfolgten Bundeswehrreformen habe sich diese Zahl bis heute auf knapp 3.000 Beschäftigte reduziert. Man habe also schon in der Vergangenheit stark Federn lassen müssen. Trotzdem wurde die wirtschaftliche Bedeutung des Standortes Lechfeld bis heute beibehalten.

Neben dem militärischen komme auch noch der zivile Gesichtspunkt durch Premium Aerotec (früher EADS) hinzu. Allein im Lechfeld Nord seien dort ca. 150 – 180 Menschen beschäftigt. Ohne Flugplatz wären deren Tage dort gezählt. Ohne Lechfeld wäre auch das neue Werk

bei der Impuls-Arena nicht gebaut worden. Die Frage sei, was mit Premium Aerotec in Augsburg ohne diesen Flugplatz passieren würde.

Viele der am Standort Lechfeld Beschäftigten wohnen in der Region. Sie kaufen hier ein, haben hier ihre Häuser bzw. Mietwohnungen, zahlen Grund- und Einkommensteuer, beteiligen sich am gesellschaftlichen Leben und seien in den Gemeinden, in Vereinen oder Organisationen integriert. Zahlreiche Firmen hätten durch die ständigen Baumaßnahmen am Standort Lechfeld lukrative Aufträge erhalten, was wiederum das Aufkommen an der Gewerbesteuer erhöhte sowie Arbeitsplätze schaffte bzw. sicherte. Das Lechfeld sei im Landkreis Augsburg eine prosperierende Region mit positiven Zukunftsperspektiven. Daran habe der Bundeswehrstandort Lechfeld einen ganz erheblichen Anteil. Diesen Standort noch mehr zu verkleinern oder gar ganz zu schließen, würde bedeuten, dass dieser Region das Herzstück entrissen werde. Deshalb kämpfe man um diese für das Lechfeld so wichtige Lebensader, die mehr als nur ein Markenzeichen sei und bitte auch im Namen der Bürgermeisterkollegen des Lechfeldes und darüber hinaus um die Unterstützung des Kreistages.

Von **Kreisrat Buhl** wird zunächst festgestellt, dass es früher üblich gewesen sei, in die Tagesordnung hineinzuschreiben, von wem ein Antrag gestellt wurde. Der Antrag wurde von der FDP/ödp-Fraktion gestellt. Früher sei es außerdem üblich gewesen, dass der Antragsteller hierzu als Erster etwas sagen dürfe.

Die FDP/ödp sei zu diesem Antrag gekommen, weil man in den letzten Monaten die Bemühungen der Bürgerinitiative auf dem Lechfeld sehr aufmerksam beobachtet und man sich mit diesen Zielen auch identifiziert habe. Die Protagonisten im Lechfeld erwarteten dann auch ein deutliches politisches Signal des Landkreises. Mittlerweile hätten sich zahlreiche weitere Politiker der Region der Bürgerinitiative zugewandt und ihre Unterstützung signalisiert.

Wie bereits gesagt wurde, wisse man auch, dass alle Standorte in Deutschland um ihren Bestand kämpfen. Gerade deshalb sei der Landkreis besonders gefordert, die Alleinstellungsmerkmale herauszustellen und offensiv zu vertreten. Kaum ein Standort in Deutschland vereine so viele Dienststellen gleichzeitig und sei in so enger Kooperation mit der Industrie verbunden wie der Standort Lechfeld. Dies müsse man deutlich machen.

Was noch nicht angesprochen wurde, seien neben dem Kontakt zur Industrie die Hauptsäulen Luftwaffe und Bundesweherschule. Dem Kollegen Müller sei er dankbar dafür, dass dieser auch den weichen Standortfaktor angesprochen habe, so Kreisrat Buhl. Auch dieser dürfe nicht vernachlässigt werden.

Des Weiteren informiert Kreisrat Buhl über einen am 10. März 2011 geplanten Projekttag auf dem Lechfeld, bei dem auch einige Bundestags- und Landtagsabgeordnete vertreten sein werden.

Landrat Sailer gibt Kreisrat Buhl Recht, dass man den Unterlagen der Form halber noch den Antrag von FDP und ödp hätte hinzufügen können und erteilt anschließend das Wort an **Kreisrätin Jung**. Diese führt an, der Kreistag befasse sich mit einer Resolution zum Erhalt des Flughafens Lechfeld, obwohl dafür eigentlich noch die Grundlage fehle. Die Bundeswehrreform sei lediglich angekündigt. Maßnahmen zur Umsetzung seien aber noch völlig offen.

Die Neuorientierung der Bundeswehr sei notwendig, um sich für die veränderten sicherpolitischen Aufgaben fit zu machen. Doch anstatt sich mit den Inhalten der Reform auseinanderzusetzen, werde in jeder Region die Standortfrage zur Existenzfrage hochstilisiert. Bei der Presseberichterstattung habe man den Eindruck, es sei alles schon entschieden, doch real sei noch alles völlig offen. Entschieden werde in Berlin. Wann diese Entscheidung erfolge, sei bei der derzeitigen politischen Lage die große Frage.

Wie allgemein bekannt sei, solle der Einsatz des Tornados spätestens 2020 enden. Deshalb sollte man lieber eine Nachnutzung überlegen und ein Konzept dafür entwickeln. Ein Gelände mit 20 Quadratkilometern könne auch eine Chance für etwas Neues sein. Kreisrätin Jung verweist in diesem Zusammenhang auf die Konversionsflächen in der Stadt Augsburg und wirft die Frage auf, wer sich beim Abzug der Amerikaner eine solche Entwicklung hätte vor-

stellen können. Eine solche Konversionspolitik mit anderen neuen Nutzungskonzepten dauere Jahre. Daher wäre es wichtig, sich rechtzeitig Alternativen zu überlegen.

Mit der Resolution wolle der Landkreis dazu beitragen, den Militärstandort Lechfeld zu erhalten. Allerdings wollen dies alle für ihre Region. Selbst Ministerpräsident Seehofer wolle für jeden Standort in Bayern kämpfen, er wolle am liebsten alle Standorte erhalten und diese lediglich ein bisschen verkleinern.

Kreisrätin Jung erklärt weiter, sie persönlich schätze den Einfluss dieser Resolution eher gering. Ob diese im Verteidigungsministerium groß beeindrucke, wage sie zu bezweifeln. Dennoch könne sie mit weiteren Mitgliedern ihrer Fraktion dieser Resolution zustimmen. Die darin aufgeführten Punkte seien ja nicht falsch. Die Resolution sei für sie ein Zeichen der Geschlossenheit, um zu zeigen, dass die Logistik für Premium Aerotec zu sichern sei. Alle anderen Argumente treffen für alle anderen Standorte in gleicher Weise zu. Den von Stv. Landrat Häusler angeregten Absatz könne man so aufnehmen. Die Begründung dafür sei allerdings genau anders herum gewesen. Zudem habe es sich auch um eine Kostenfrage gehandelt. Es gebe genügend Untersuchungen, die nachweisen, dass der Landkreis Augsburg mit immensen Summen beteiligt gewesen wäre, wenn sich die zivile Mitbenutzung durchgesetzt hätte. Zudem hätten sich damals 22 Kommunen gegen eine zivile Mitbenutzung ausgesprochen.

Abschließend teilt Kreisrätin Jung mit, dass die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen unterschiedlich abstimmen wird, da es innerhalb der Fraktion hierzu unterschiedliche Meinungen gebe.

Kreisrätin Daßler teilt mit, sie gehöre zu denen, die diese Resolution nicht unterstützen werden. Es gebe hierfür verschiedene Argumente, die zum Großteil von Kreisrätin Jung schon vorgetragen wurden. Kreisrätin Daßler merkt an, sie schließe lediglich andere Schlussfolgerungen aus diesem Vortrag. Sie könne der Resolution aufgrund der Aussage im dritten Absatz nicht zustimmen, wonach der Status des Bundeswehrstandortes Lechfeld nicht angetastet werden dürfe. Dies sei eine grundsätzliche Aussage, die man zu diesem Zeitpunkt nicht machen könne. Alle, die heute hier sitzen, seien bemüht, sich für ihre Region einzusetzen. Die Abgabe einer Resolution zum jetzigen Zeitpunkt wirke für sie sehr wohl nach dem Floriansprinzip, so Kreisrätin Daßler. Man wisse nicht, welche Standorte in Frage kommen bzw. welche Begründungen es für die anderen Standorte gebe. Eigentlich müsste dieses Papier erst einmal vorliegen. Dann könne man in einen Abwägungsprozess gehen und sich für seinen Standort stark machen, weil man die entsprechenden Argumente im Verhältnis zu den anderen abgewogen habe. Dies wäre eigentlich die richtige Vorgehensweise, wenn man ein einheitliches, neues Konzept für die Bundeswehr ernst nehmen möchte.

Am 1. April findet laut Kreisrätin Daßler ein Treffen mit Politikern, Wirtschaftsunternehmen usw. statt, die ein Positionspapier für Lechfeld erarbeiten sollen, um damit an das Bundesverteidigungsministerium heranzutreten. Es sei die richtige Vorgehensweise, seine Position zunächst zu klären, seine Vorteile darzulegen und diese dann in den Pool von vielen Standorten einzuwerfen. Wenn man dann wisse, was Sache sei, könne man sich auch verstärkt dafür einsetzen.

Kreisrat Grönninger erklärt, er sei Kriegsdienstverweigerer und lehne schon allein aus diesem Grund jede Forderung zum Erhalt dieses Standortes oder eine Förderung ab. Er bitte seine Kollegen, die wie er den Kriegs- oder Wehrdienst verweigert haben, mit ihm und damit gegen diese Resolution zu stimmen.

Anschließend dankt **Kreisrat Schönfelder** allen Diskussionsteilnehmern, die Erklärungen in Richtung Erhalt des Standortes Lagerlechfeld abgeben und dies vor allem mit dem Hinweis auf Premium Aerotec begründet haben, deren Betriebsratsvorsitzender er über viele Jahre gewesen sei. Er wolle den Kreistag darüber informieren, wie es in Lagerlechfeld zwischen der Industrie und dem Militär aussehe, um vor allen Dingen die Argumente des Kollegen

Müller und des Kollegen Klaußner noch in einem gewissen Umfang zu ergänzen. In Lagerlechfeld arbeiten Auszubildende aus beiden Teilen sehr eng zusammen. Es werden beispielsweise jährlich Auszubildende aus Lagerlechfeld und Auszubildende von Premium Aerotec zur Ergänzung ihrer Ausbildung ausgetauscht. Diese Zusammenarbeit habe vorbildlichen Charakter. Eine solche Zusammenarbeit wäre auch für andere Standorte in diesem Land wünschenswert.

Hinsichtlich der Investition von Premium Aerotec könne er nur unterstreichen, was bisher gesagt wurde, so Kreisrat Schönfelder. In Augsburg werden Bauteile mit einer Länge von bis zu 18 Metern gebaut. Man habe sich damals bei der Investition in die Halle darauf verlassen, dass der Standort nach wie vor zur Verfügung stehe und dass eine Luftbrücke genutzt werden könne. Wenn diese Brücke nicht mehr zur Verfügung stehe, dann habe sich die Investition in Augsburg erledigt. In diesem Fall sei die Zukunft des gesamten Werkes Augsburg in Frage gestellt. Die Kolleginnen und Kollegen in Norddeutschland warten nur hierauf, da diese auf dem Wasserweg transportieren können, was billiger als der Transport in der Luft sei. Dies könne man in der Tat als Konkurrenz zu Augsburg betrachten. Kreisrat Schönfelder bittet daher nochmals alle Kolleginnen und Kollegen, dieser Resolution zuzustimmen. Man sei den Menschen in Lagerlechfeld und den dort Beschäftigten rechtzeitig eine solche Erklärung schuldig.

Landrat Sailer merkt an, man werde die Resolution um den Hinweis des Kollegen Häusler ergänzen, dass man auf die damals im Zuge der Diskussion einer zivilen Mitbenutzung getroffene Zusage setze, wonach der Standort auf absehbare Zeit gesichert sei.

An Kreisrätin Daßler gewandt äußert Landrat Sailer, es sei klar, dass der Kreistag hier nur eine Resolution verabschieden könne. Die Entscheidung falle zunächst im Verteidigungsministerium, während dann die Bundestagsabgeordneten endgültig darüber beschließen, ob und wie die Bundeswehr reformiert werde. Von Seiten der kommunalen Mandatsträger sollte trotzdem ein Signal ausgehen. Man brauche den Flugplatz, damit Premium Aerotec diesen weiter nutzen und damit Hunderte, wenn nicht sogar Tausende von Arbeitsplätzen mittelfristig gesichert werden können. Weiter gehe es um die Gemeinden im Lechfeld, die in die kommunale Infrastruktur (Schulen, Kindergärten, Straßen, Baugebiete) investiert haben und darauf hoffen, dass die Bevölkerung auch weiter in der Anzahl vor Ort sei, wie dies im Moment der Fall sei. Zum dritten gehe es um ein Signal an die Familien im Lechfeld, die dort ihren Arbeitsplatz und ihr Einkommen haben und nun vor einer ungewissen Zukunft stehen. Der Kreistag sollte mit dieser Resolution zum Ausdruck bringen, dass er sich mit der Wirtschaft, den Kommunen und den dort lebenden und arbeitenden Menschen solidarisch zeige.

Daraufhin macht **Kreisrätin Daßler** deutlich, ihr gehe es nicht darum, keine Solidarität zu zeigen. Sie hoffe, dass sie dies deutlich gemacht habe. Sie sitze im Kreistag und sei daher sicherlich für die ganze Region mitverantwortlich. Das Thema sei aber nicht nur ein regionales, sondern ein überregionales Thema. Es sei schwierig, jetzt das eine gegen das andere auszuspielen. Es wäre vielmehr verantwortungsbewusster, sich erst mit allen Beteiligten zu treffen und zu versuchen, die eigene Position zu stärken, bevor man sich dann im Bund dafür einsetze. Parallel dazu müsse man durchaus an der Zukunft des Ortes bzw. an der Region arbeiten, die eventuell – zumindest langfristig – unabhängig sei von der Bundeswehr. Ob es unverantwortlich sei, wenn man dieser Resolution nicht zustimme, wisse sie nicht, so Kreisrätin Daßler. Sie habe auch erklärt, dass ein Grund für ihre Ablehnung die Absolutheit in der Resolution sei. Wenn man die Solidarität mit der Region ausdrücke, dann sei dies das Eine. Wenn man aber sage, es müsse unverrückbar an dem Standort festgehalten werden, obwohl man noch gar nicht wisse, was mit den ganzen anderen Standorten passiere, dann sei dies nicht in Ordnung.

Landrat Sailer erwidert, es sei selbstverständlich verantwortbar, gegen die Resolution zu stimmen. Er habe lediglich noch einmal den Grundgedanken der Resolution deutlich machen wollen.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Resolution zum Standort Flugplatz Lechfeld in der ergänzten Fassung gemäß der dieser Niederschrift beigefügten Anlage.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	63
Nein-Stimmen:	4

Vor Eintritt in die Beratungen zum Kreishaushalt begrüßt **Bgm. Stumböck** die Anwesenden im Forum Ustersbach. Möglich geworden sei dieses Projekt durch staatliche Zuschüsse, aber auch durch einen Vertrag mit dem Landkreis Augsburg über die Nutzung für den Sportunterricht der Förderschüler. Hierfür bedankt sich Bgm. Stumböck bei den Kreisrätinnen und Kreisräten und stellt daraufhin die Gemeinde Ustersbach in kurzen Zügen vor. .

**TOP 3 Abfallwirtschaftsbetrieb
Wirtschaftsplan 2011**
a) **Feststellung des Wirtschaftsplanes 2011**
b) **Beschluss über die Eigenkapitalentnahme durch den
Landkreis Augsburg
gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 7 der Betriebssatzung**
Vorlage: 11/0012

Anlage: Wirtschaftsplan 2011 für den Abfallwirtschaftsbetrieb
des Landkreises Augsburg
- wird in der Sitzung am 28.02.2011 ausgehändigt -

Sachverhalt:

a) Feststellung des Wirtschaftsplanes 2011

Gemäß § 5 Abs. 2 der Betriebssatzung des Abfallwirtschaftsbetriebes vom 05.11.1997, zuletzt geändert am 19.07.2004, ist der Werkausschuss für die Beratung des Wirtschaftsplanes für den Eigenbetrieb Kommunale Abfallwirtschaft zuständig. Der Werkausschuss hat den Wirtschaftsplan für das Jahr 2011 (bestehend aus dem Erfolgs-, dem Vermögens- und dem Finanzplan) in der Sitzung am 09.12.2010 behandelt und dem Kreistag die Feststellung des Wirtschaftsplanes 2011 gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 4 der Betriebssatzung empfohlen. Über den Stellenplan des Abfallwirtschaftsbetriebes für das Jahr 2011, der Bestandteil des Wirtschaftsplanes ist, hat der hierfür zuständige Ausschuss für Personal, EDV und Organisation am 26.01.2011 einen entsprechenden Empfehlungsbeschluss gefasst.

Der beiliegende Wirtschaftsplan enthält neben der Zusammenfassung und dem Vorbericht (Seiten I bis XXVI) den Erfolgsplan (Seiten 1 bis 8), den Vermögensplan (Seite 9), den Stellenplan (Seiten 10 und 11), den Finanzplan (Seiten 12 und 13) sowie die Erläuterungen (Seiten 14 bis 24).

Die einzelnen Ansätze orientieren sich in der Regel an der Prognose für das Jahr 2010 unter Würdigung der Ergebnisse des Vorjahres und der schon jetzt bekannten Veränderungen des Jahres 2011. Die einzelnen Ansätze sind in der Anlage erläutert.

Der Erfolgsplan 2011 schließt in den Erträgen mit 20.598.000 € und in den Aufwendungen mit 17.445.300 € und damit mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 3.152.700 €

Die Hochrechnung für das Jahr 2010 lässt in Summe einen Jahresfehlbetrag von voraussichtlich rund - 8,1 Mio. € erwarten.

Maßgeblich beeinflusst werden sowohl das voraussichtliche Jahresergebnis 2010 als auch das Planergebnis 2011 allerdings durch die Bildung der Rückstellung für Gebührenüberschüsse in Höhe von 9,5 Mio. € im Jahr 2010 und die anteilige Auflösung dieser Rückstellung in Höhe von rund 3,167 Mio. € im Jahr 2011. Sowohl die Bildung dieser Rückstellung als auch deren lineare Auflösung in den Jahren 2011 bis 2013 sind nach Auffassung des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW), die auch der Bayerische Kommunale Prüfungsverband teilt, aufgrund der im Jahr 2010 vorgenommenen Neukalkulation der Abfallgebühren erforderlich. In der näheren Begründung hierzu führen das IDW bzw. der BKPV aus, dass der erwirtschaftete Gebührenüberschuss einen abgeschlossenen Leistungsabschnitt (Kalkulationszeitraum) betrifft und dass die Verpflichtung zur Rückgabe dieses Gebührenüberschusses daher über eine entsprechende Rückstellungsbildung im Jahr 2010 diesem Zeitraum auch wirtschaftlich und damit verursachungsgerecht zuzuordnen ist. Bildung und anteilige Auflösung der Rückstellung für Gebührenüberschüsse erfolgen nach Auskunft des BKPV über die Umsatzerlöse. Diese verringern sich somit im Jahr 2010 um 9,5 Mio. € und erhöhen sich in den Jahren 2011 bis 2013 – im Gegenzug zu den ab 2011 aufgrund der Neukalkulation der Abfallgebühren gesenkten Haus- und Biomüllgebühreneinnahmen – jeweils um den anteiligen, linear ermittelten Lösungsbetrag in Höhe von rund 3,167 Mio. €

Bereinigt man die sich aus der Bildung bzw. Auflösung der Rückstellung für Gebührenüberschüsse ergebenden Sondereffekte heraus, würde sich für das Jahr 2010 ein Jahresüberschuss in Höhe von rund 1,4 Mio. € und für das Jahr 2011 ein Jahresfehlbetrag in Höhe von rund -14.000 € errechnen.

Zu den Ansätzen bzw. zur Entwicklung der weiteren Positionen des Erfolgsplanes 2011 im Einzelnen darf an dieser Stelle auf die jeweils zugehörigen Erläuterungen auf den Seiten 14 ff. der Anlage verwiesen werden.

Im Vermögensplan sind die geplanten Investitionen und die Bewirtschaftung der zweckgebunden angelegten Rücklagen dargestellt. Er schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 7.381.300 €

Die Ansätze für die Wertstoffinseln und für die Betriebs- und Geschäftsausstattung bewegen sich im Rahmen der Vorjahre. Für die Verbesserung der Wertstoffsammelstellen sind 150.000 € vorgesehen. Damit kann im Jahr 2011 an mehreren Wertstoffsammelstellen vor allem in die zum Teil dringend notwendige Befestigung der Stell- und Verkehrsflächen investiert werden.

Bei den Zuführungen zu den einzelnen Rücklagen handelt es sich um die jeweils zweckgebunden erwirtschafteten Zinserträge bzw. die Erhöhung der entsprechenden Rückstellungen gemäß Erfolgsplan. Demgegenüber werden auch verschiedene Entnahmen aus den einzelnen Rücklagen zur Abdeckung entsprechender Zahlungsverpflichtungen erforderlich. Aus der frei bewirtschaftbaren Rücklage Klärschlamm-trocknung müssen Mittel entnommen werden, weil die tatsächliche Verzinsung des Anlagekapitals der AVA GmbH die nach dem Kommunalabgabengesetz zulässige kalkulatorische Verzinsung übersteigt. Weiter sollen aus dieser Rücklage auch die im Kreishaushalt 2011 des Landkreises Augsburg veranschlagten Kostenerstattungen für Altlastensanierungen getragen werden.

Es handelt sich hierbei um eine Eigenkapitalentnahme durch den Landkreis Augsburg, die gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 7 der Betriebssatzung einer gesonderten Beschlussfassung durch den Kreistag bedarf (siehe b)). Die Höhe der möglichen Zuführung zur Gebührenausgleichsrücklage errechnet sich letztlich aus der Gegenüberstellung der Einnahmen und Ausgaben des Vermögensplanes 2011.

Der Finanzplan gibt einen Überblick über die voraussichtliche Entwicklung des Vermögensplans der Jahre 2010 bis 2014. Entsprechend der im Herbst 2010 erfolgten Neukalkulation der Abfallgebühren zum 01.01.2011 ist im Kalkulationszeitraum 2011 bis 2013 von einem vollständigen Verbrauch der Gebührenausgleichsrücklage (9, 5 Mio. €) auszugehen.

Die Ergebnisse des Wirtschaftsplanes für den Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Augsburg für das Jahr 2011 werden in die Haushaltssatzung des Landkreises Augsburg für das Haushaltsjahr 2011 übernommen.

b) Beschluss über die Eigenkapitalentnahme durch den Landkreis Augsburg gemäß § 6 Abs. 2 Nr. 7 der Betriebssatzung

Der vom Kreistag zu beschließende Wirtschaftsplan für das Jahr 2011 (vgl. a)) enthält im Vermögensplan 2011 einen aus der Rücklage Klärschlamm-trocknung zu entnehmenden Ausgabeansatz in Höhe von 235.500,00 € als Kostenersatz an den Landkreis Augsburg für die Sanierung der Altlasten Gablingen und Diedorf. Korrespondierend dazu enthält der Haushaltsplan 2011 des Landkreises Augsburg einen Einnahmeansatz in Höhe von 235.500,00 €.

Einer Anmerkung des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbandes (BKPV) im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses 2008 zufolge bedarf es für derartige Eigenkapitalentnahmen durch den Landkreis einer gesonderten Beschlussfassung durch den Kreistag gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 7 der Betriebssatzung. Dies begründet der BKPV damit, dass im Aufgabenkatalog des § 6 der Betriebssatzung (Zuständigkeit des Kreistages) die „Rückzahlung von Eigenkapital“ gesondert aufgeführt ist. Den gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 4 der Betriebssatzung vorgesehenen Beschluss des Kreistags über die Feststellung des Wirtschaftsplanes 2011 (vgl. a)), der auch den o. g. Ausgabeansatz umfasst, erachtet der BKPV als nicht ausreichend.

Die exakte Höhe des an den Landkreis Augsburg für das Jahr 2011 zu leistenden Kostenersatzes wird erfahrungsgemäß erst im Dezember und damit kurz vor Ende des Haushaltsjahres 2011 beziffert werden können. Die Einholung eines Kreistagsbeschlusses mit Vorberatung durch den Werkausschuss vor Auszahlung an den Landkreis Augsburg und vor Buchungsschluss für das Haushaltsjahr 2011 ist somit praktisch nicht möglich. Im Hinblick darauf, dass bereits im Wirtschaftsplan 2011 ein Ausgabeansatz in Höhe von 235.500,00 € enthalten ist, sollte aus Sicht der Werkleitung daher dem Kreistag die Zustimmung zur Eigenkapitalentnahme durch den Landkreis Augsburg aus der Rücklage Klärschlamm-trocknung des Landkreises Augsburg in Höhe der tatsächlich im Haushaltsjahr 2011 anfallenden Kosten, höchstens jedoch bis zur Höhe des im Wirtschaftsplan 2011 veranschlagten Ausgabeansatzes empfohlen werden.

Der tatsächliche Höhe der Eigenkapitalentnahme 2011 wird im Rahmen unseres kaufmännischen Jahresabschlusses zum 31.12.2011 in der Bilanzposition Allgemeine Rücklage als „Entnahme durch den Landkreis Augsburg für Altlastensanierung“ verbucht bzw. dargestellt werden.

Frau Schneider-Dempf führt aus, der vorliegende Wirtschaftsplan 2011 des Abfallwirtschaftsbetriebes sei haushaltsrechtlich betrachtet ein Teil des Kreishaushaltes, stelle aber ein eigenständiges und in sich abgeschlossenes Zahlenwerk dar. Die kommunale Abfallwirtschaft werde seit mittlerweile 13 Jahren nicht zuletzt deshalb als kommunaler Eigenbetrieb geführt, weil dieser wichtige Bereich der Daseinsvorsorge zum einen mit größtmöglicher Transparenz versehen sein müsse. Zum anderen konnte dadurch im engen Zusammenspiel zwischen Werkleitung, Landrat und Werkausschuss eine flexible und leistungsfähige öffentliche Entsorgungseinrichtung geschaffen werden.

Mit dieser Organisationsform könne auf sich abzeichnende Veränderungen in der Abfallwirtschaft in der Regel zeitnah und effektiv reagiert werden. Frau Schneider-Dempf verweist in diesem Zusammenhang z. B. an den Ausstieg aus dem Leistungsvertrag mit dem Dualen System Deutschland und die Einführung des Gelben Sackes zum 01.01.2004 und die gleichzeitige Neuausrichtung der Wertstoffsammelstellen, mit der das Entsorgungsangebot deutlich verbessert werden konnte. Ein wichtiger Meilenstein sei auch die aktive Bewirtschaftung des anderweitig kaum nutzbaren Deponievolumens in Hegnenbach gewesen. Und zu guter Letzt sei es im letzten Jahr gelungen, die Blaue Papiertonne der gewerblichen Entsorger ohne Rechtsstreit in kommunale Regie zu überführen.

Alle diese Punkte fanden ihren Niederschlag im jeweiligen Wirtschaftsplan. Der Wirtschaftsplan, bestehend aus Erfolgs- und Vermögensplan, Stellenplan und Finanzplan, biete Gewähr für die absolute Transparenz des Abfallwirtschaftsbetriebes. Wem dabei die Zahlen allein zu nüchtern seien, der könne dem Vorbericht weitere interessante Informationen zur Organisation, zum Abfallwirtschaftskonzept und zur Entwicklung der Abfall- und Wertstoffmengen, zur Gebührenstruktur und zur Bonität des Abfallwirtschaftsbetriebes entnehmen. Der Vorbericht korrespondiere dabei mit den einzelnen Ansätzen in den eingangs genannten Plänen.

Der Erfolgsplan, er entspreche in etwa dem Verwaltungshaushalt bei den Kommunen, schließe in 2011 mit rund 20,6 Mio. € bei den Erträgen und rund 17,4 Mio. € bei den Aufwendungen ab. Der Abfallwirtschaftsbetrieb erwarte somit für heuer einen Überschuss von gut 3,1 Mio. €.

Die Hochrechnung für das abgelaufene Jahr 2010 lasse dagegen in Summe einen Jahresfehlbetrag von rund - 8,1 Mio. € erwarten.

Beide Ergebnisse, also sowohl das voraussichtliche Jahresergebnis 2010 als auch das Planergebnis 2011, werden allerdings maßgeblich beeinflusst durch die im Rahmen des Jahresabschlusses 2010 zu bildende Rückstellung für Gebührenüberschüsse in Höhe von 9,5 Mio. € und die anteilige Auflösung dieser Rückstellung in Höhe von rund 3,2 Mio. € im Jahr 2011. Die Bildung und die spätere Auflösung dieser Rückstellung seien laut Abschlussprüfer, dem Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband, notwendig, weil im Jahr 2010 die Neukalkulation der Abfallgebühren mit Wirkung ab 2011 erfolgte und dabei die Verpflichtung zur Rückgabe des bis dahin erwirtschafteten Gebührenüberschusses eingegangen wurde, die verursachungsgerecht bereits im Jahr 2010 darzustellen sei.

Bereinige man die sich aus der Bildung bzw. späteren Auflösung dieser Rückstellung für Gebührenüberschüsse ergebenden Sondereffekte heraus, würde sich für das Jahr 2010 ein Jahresüberschuss in Höhe von rund 1,4 Mio. € und für das Jahr 2011 ein Jahresfehlbetrag in Höhe von rund - 14.000 € errechnen. Dieser Ergebnisrückgang spiegle wiederum die zum 01.01.2011 beschlossene Senkung der Müllgebühren wider.

Der Vermögensplan, der die geplanten Investitionen und die Bewirtschaftung der zweckgebunden angelegten Rücklagen darstelle, schließe in Einnahmen und Ausgaben mit rund 7,4 Mio. €.

Gespeist werde der Vermögensplan auf der Einnahmeseite durch den Jahresgewinn, durch die Abschreibungen, durch die Entnahmen aus den zweckgebundenen Rücklagen und in geringem Umfang auch durch die Aufstockung verschiedener langfristiger Rückstellungen.

Auf der Ausgabenseite des Vermögensplans stehen vergleichsweise geringe Investitionen auf den Wertstoffsammelstellen und -inseln an. Außerdem seien dort die Zuführungen zu den Rücklagen (i. d. R. aus den erwirtschafteten Zinsen) und die Minderung der Rückstellung für die Deponie Gallenbach sowie die Eigenkapitalentnahme durch den Landkreis für die Altlasten in Gablingen und Diedorf veranschlagt.

Der Stellenplan des Abfallwirtschaftsbetriebes weise 5 Beamten- und 8 Angestelltenstellen aus.

Umgerechnet auf Ganztagsstellen seien 9 Bedienstete tätig. Der Personalaufwand für die Verwaltung betrage 3,7 Prozent der Ausgaben im Erfolgsplan und könne somit seit Jahren auf einem erfreulich niedrigen Niveau gehalten werden.

Die in vorausschauender Weise schon über viele Jahre angesammelten Rücklagen verleihen dem Abfallwirtschaftsbetrieb die notwendige Stabilität, insbesondere für die in der Zukunft liegenden Aufgaben im Bereich der Nachsorge für die Deponien Gallenbach und in wenigen Jahren auch Hegnenbach (BA II). Vorbehaltlich der noch zu fassenden Verwendungsbeschlüsse für die Jahresergebnisse 2009 und 2010 betragen die Rücklagen insgesamt rund 41 Mio. €. Die bedeutendste Rücklage sei die Rücklage Hegnenbach mit rund 18,2 Mio. €, gefolgt von der Gebührenausgleichsrücklage mit rund 9,5 Mio. €, der Klärschlamm-trocknungsrücklage mit rund 9,1 Mio. €, der Rücklage Gallenbach mit rund 3,4 Mio. € sowie dem Stammkapital von 0,5 Mio. € und der Rücklage für Pensionsrückstellungen und Beihilfen von rund 0,4 Mio. €.

Der Finanzplan gebe einen Überblick über die Entwicklung des Vermögensplans der Jahre 2010 bis 2014. Ein Großteil der Ausgaben und Deckungsmittel werde sich dem Finanzplan zufolge auch in den nächsten Jahren verhältnismäßig konstant entwickeln. Bei der Gebührenausgleichsrücklage sei dagegen – entsprechend der im Herbst vergangenen Jahres vorgenommenen Neukalkulation der Abfallgebühren – von einem vollständigen Verbrauch im Kalkulationszeitraum 2011 bis 2013 auszugehen.

Zusammengefasst kann Frau Schneider-Dempff berichten, dass die Finanzausstattung des Abfallwirtschaftsbetriebes als äußerst solide bezeichnet werden könne. Erfreulich sei auch, dass die Müllgebühren zum 01.01.2011 erneut und damit zum fünften Mal in Folge gesenkt werden konnten, und zwar um 14 % bei den Restmüllgebühren und um 30 % bei den Biomüllgebühren. Den Müllgebührenzählern stehe damit in den nächsten drei Jahren eine Entlastung von rund 9,5 Mio. € ins Haus.

Für die Zukunft müsse allerdings mit einiger Sorge das im Gesetzgebungsverfahren befindliche neue Kreislaufwirtschaftsgesetz betrachtet werden, das zu einer Schwächung der kommunalen Stellung im Bereich Hausmüllentsorgung führen könnte. Insbesondere ist zu befürchten, dass die Einschränkungen für die gewerblichen Sammlungen, die das Bundesverwaltungsgericht verfügt hatte, wieder gelockert werden könnten. Viel und heiß diskutiert werde in diesem Zusammenhang die Einführung einer Wertstofftonne, die für die gewerblichen Entsorger höchste Priorität habe. Die Wertstofftonne wäre für die Wertstoffsammelstellen des Landkreises eine ernsthafte Konkurrenz. Mit der Übernahme der Blauen Papiertonne in die Regie des Abfallwirtschaftsbetriebes im vergangenen Jahr sei es zumindest für den Fall der Wiedezulassung gewerblicher Sammlungen gelungen, für die Fraktion Papier, Pappe und Kartonagen eine gute Position im Ringen um das Altpapier zu sichern. Der Abfallwirtschaftsbetrieb hoffe jedoch sehr, dass mit der heute vom Kreistag beschlossenen Resolution zur Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts das künftige Kreislaufwirtschaftsgesetz in die für die Kommunen wichtige Richtung gelenkt werden könne.

Mit dem heute vorliegenden Wirtschaftsplan 2011 hätten sich der Werkausschuss in Bezug auf den Erfolgs-, Vermögens- und Finanzplan 2011 sowie der Personalausschuss in Bezug auf den Stellenplan in den Sitzungen vom 09.12.2010 bzw. vom 26.01.2011 befasst und die-

sen dem Kreistag zur heutigen Beschlussfassung empfohlen. Darüber hinaus habe der Werkausschuss dem Kreistag ebenfalls am 09.12.2010 empfohlen, der im Wirtschaftsplan 2011 veranschlagten Eigenkapitalentnahme durch den Landkreis Augsburg aus der Rücklage Klärschlamm-trocknung bis zur Höhe des Ausgabeansatzes von 235.500,00 € zuzustimmen, nachdem es hierfür nach der Betriebssatzung des Abfallwirtschaftsbetriebes einer gesonderten Beschlussfassung durch den Kreistag bedürfe. Um entsprechende Beschlussfassung wird somit von Frau Schneider-Dempff gebeten.

Beschluss:

- a) Auf Empfehlung des Werkausschusses vom 09.12.2010 und des Ausschusses für Personal, EDV und Organisation vom 26.01.2011 beschließt der Kreistag die Feststellung des als Anlage zu diesem Beschluss beigefügten Wirtschaftsplanes 2011.
- b) Auf Empfehlung des Werkausschusses vom 09.12.2010 erteilt der Kreistag die Zustimmung zur Eigenkapitalentnahme im Wirtschaftsjahr 2011 durch den Landkreis Augsburg aus der Rücklage Klärschlamm-trocknung des Abfallwirtschaftsbetriebes des Landkreises Augsburg in Höhe der tatsächlich im Haushaltsjahr 2011 anfallenden Kosten für Altlastensanierungen, höchstens jedoch bis zur Höhe des im Wirtschaftsplan 2011 veranschlagten Ausgabeansatzes von 235.500,00 €

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	67
Nein-Stimmen:	0

TOP 4	Kreishaushalt 2011; Erlass der Haushaltssatzung Vorlage: 11/0011
--------------	---

Sachverhalt:

Der Verwaltungsentwurf zum Kreishaushalt 2011 wurde nach Beratung in den Fachausschüssen am 31.01.2011 abschließend im Kreisausschuss behandelt. Die beschlossenen Veränderungen sind in den Sitzungsprotokollen festgehalten.

Die Landkreisverwaltung wurde dabei beauftragt, unter Berücksichtigung nachstehender Änderungen und Ergänzungen, dem Kreistag im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt einen abgeglichenen Haushaltsentwurf für das Jahr 2011 vorzulegen. Hierbei ist ein Kreisumlagehebesatz in Höhe von 49,0 % zu berücksichtigen.

Die Landkreisverwaltung unterbreitet hiernach folgenden Abgleichsvorschlag (gemäß KA-Beschluss vom 31.01.2011, Vorlage Nr. 11/0006):

ungedeckter Bedarf, unter Berücksichtigung der erhöhten Kreisumlage
(fortgeschriebene Verwaltungsvorlage, Stand: 31.01.2011) 2.249.700 €

Lfd.Nr. HhSt	Bezeichnung	Ansatz bisher € <u>Ansatz neu €</u> Veränderung €	
KA 35 UA 2902	Kosten der Schülerbeförderung Ausgaben	5.960.000 <u>5.760.000</u> -200.000	-200.000 €
KA - 5191.7150	Wertachklinik Bobingen Brandschutzmaßnahmen Klinikkapelle Ausgaben	100.000 <u>0</u> -100.000	-100.000 €
KA 81 7911.7171	Verbesserung des ÖPNV-Angebots Verdichtungslinien Ausgaben	300.000 <u>0</u> -300.000	-300.000 €
KA 100 9000.0616	Grunderwerbsteueraufkommen Einnahmen	3.500.000 <u>3.650.000</u> +150.000	-150.000 €
KA 104 9000.0612	Kostenaufkommen Einnahmen	5.250.000 <u>5.400.000</u> +150.000	-150.000 €
SchuA - DR 32	Bewirtschaftungskosten für Schulen Ausgaben	3.659.600 <u>3.369.600</u> -290.000	-290.000 €
BA 69 DR 18	Gebäudeunterhalt Ausgaben	2.670.000 <u>2.502.000</u> -168.000	-168.000 €
BA - 4601.1710	Kreisjugendheim Dinkelscherben Staatszuschuss Brandschutzmaßnahmen Einnahmen	0 <u>225.500</u> +225.500	-225.500 €
BSS 3 UA 4820	Grundsicherung für Arbeitssuchende Hartz IV Ausgaben	14.485.000 <u>14.000.000</u> -485.000	-485.000 €

Einnahmen		3.309.000	
		<u>3.190.200</u>	
		-118.800	+118.800 €
BSS - Belastungsausgleich (Pool)		1.000.000	
9000.0920 Einnahmen		<u>1.300.000</u>	
		+300.000	-300.000 €
<hr/>			
verbleibender ungedeckter Bedarf			0 €
Zum Abgleich des Kreishaushaltes 2011 sind daher folgende Haushaltsansätze zu berücksichtigen			
eine Kreisumlage in Höhe von		88.341.200 €	(Hebesatz: 49,00 %)
eine Rücklagenentnahme in Höhe von		1.436.100 €	
davon			
• allgemeine Rücklage		-	
• Sonderrücklage Betriebs-			
verluste Klinikum	1.411.100 €		
• Stiftungsrücklage	25.000 €		
eine Kreditaufnahme in Höhe von		18.187.400 €	
davon			
• für Investitionen und			
Investitionsförderungs-			
maßnahmen	16.334.000 €		
Verpflichtungsermächtigungen für Investitionen			
und Investitionsförderungsmaßnahmen		50.926.000 €	
Hebesätze für den in gemeindefreien Gebieten			
liegenden Grundbesitz			
• Grundsteuer A	300 v. H.		
• Grundsteuer B	300 v. H.		
• Gewerbesteuer	320 v. H.		
Höchstbetrag der Kassenkredite		3.000.000 €	

Landrat Sailer führt aus, heute wolle der Kreistag den Haushalt 2011 verabschieden, einen Haushalt, den man in den letzten Wochen und Monaten sehr ausführlich diskutiert und abgewogen habe. Oberstes Ziel bleibe im Jahr 2011, Lebensqualität im Augsburger Land zu erhalten, zu stärken und den Standort zu sichern. Um das zu erreichen, habe der Landkreis in den vergangenen Jahren vieles auf den Weg gebracht. Landrat Sailer möchte an dieser Stelle ein Stichwort nennen, das einem immer wieder begegne, und zwar der Bildungslandkreis. Der Landkreis investiere in die Zukunft seiner Kinder, indem er seine Schulen in

Schuss halte und im vergangenen Jahr sogar ein neues Gymnasium auf den Weg bringen konnte.

Anschließend kommt Landrat Sailer auf die Dinge zu sprechen, die der Landkreis nicht beeinflussen konnte, aber in diesem Jahr meistern musste. Dazu gehöre einmal die Bezirksumlage, die in diesem Jahr um 2,5 Prozentpunkte auf 22,4 % erhöht wurde. Dagegen sinke die Umlagekraft der Gemeinden. Dies bedeute, dass dadurch automatisch auch die Einnahmen aus der Kreisumlage sinken. In Zahlen wären dies 2,2 Prozentpunkte weniger als im Jahr 2010. Jetzt machen sich also auch im Landkreis Augsburg über die Finanzen die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise bemerkbar. Um einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen und dennoch die Aufgaben zu meistern, sei deshalb eine Kreisumlagenenerhöhung unabdingbar. Im vergangenen Jahr habe der Landkreis die Erhöhung der Bezirksumlage um 1 Punkt nicht an die Gemeinden weitergegeben und sich so solidarisch mit den Kommunen im Landkreis gezeigt. In diesem Jahr allerdings komme man nicht umhin, die Kreisumlage zu erhöhen. Nun setze der Landkreis auf die Solidarität seiner Gemeinden. Gemeinsam konnte man sich im Vorfeld auf die Erhöhung einer Kreisumlage um 3 Prozentpunkt auf nun 49 Punkte einigen.

Landrat Sailer spricht daraufhin die Vorhaben der kommenden Monate an. Er informiert darüber, wo investiert werden und wo der Landkreis Schwerpunkte setzen wolle. Die Weiterentwicklung des Landkreises zum Bildungslandkreis sei ein Ziel, das man nach wie vor im Blick habe und nachhaltig umsetzen möchte. Insgesamt investiere der Landkreis im Bildungsbereich allein in diesem Jahr rd. 17 Mio. €. Dazu gehöre natürlich die Generalsanierung des Gymnasiums Königsbrunn, die in diesem Jahr mit 6,5 Mio. € veranschlagt sei. 2,5 Mio. € seien für den Neubau der Sporthalle in Königsbrunn vorgesehen. Für die Erweiterung und Sanierung der Realschule Meitingen seien in diesem Jahr rd. 4,5 Mio. € veranschlagt. Auch für die Erweiterung der Realschulen in Bobingen und Zusmarshausen seien Gelder eingeplant, ebenso für das Gymnasium in Diedorf. Insgesamt belaufe sich das Investitionsvolumen auf rd. 24,5 Mio. €. Um dies stemmen zu können, plane der Landkreis, zusätzliche Kredite in Höhe von 16 Mio. € aufzunehmen.

Neben den Schulen werde auch in Straßenbaumaßnahmen, die Krankenversorgung und in Pflegedienste investiert.

Selbst in Zeiten angespannter Haushalte gebe es Dinge, woran man auf jeden Fall gemeinsam festhalten wolle. Dazu gehören die freiwilligen Leistungen, wie die Musikpflege, die Unterstützung von Kunst und Kultur oder die Förderung von Jugendarbeit in den Vereinen. Weit über 2 Mio. € gebe der Landkreis für freiwillige Leistungen aus. Daran wolle man auch weiter festhalten. Es sei wichtig, dass der Landkreis Vereine, Verbände und Organisationen, die sich im Landkreis engagieren, finanziell unterstütze. Wenn in diesen Bereichen häufig der Rotstift angesetzt werde, möchte der Landkreis seine freiwilligen Leistungen in gewohntem Umfang aufrechterhalten.

Einen großen Teil der Ausgaben betreffe die Sozial- und Jugendhilfe. Bedürftige Menschen finanziell zu unterstützen, sei eine wichtige und große Aufgabe. Die Sozialhilfe belaufe sich auf rd. 4,5 Mio. € in diesem Jahr. Die Höhe der Kosten sei im Wesentlichen in der Krankenhilfe und in der Grundsicherung im Alter und bei voller Erwerbsminderung zu finden. Was die Jugendhilfe betreffe, sei ein Anstieg der Kosten vor allem darauf zurückzuführen, dass zwar die Ausgaben für Heimunterbringungen gesenkt werden konnten, allerdings immer mehr Familien Unterstützungsbedarf bei der Erziehung ihrer Kinder benötigen. Auch im Bereich der Kindertagesbetreuung steigen die Kosten. Der Grund hierfür: Durch die Zunahme an Krippenplätzen steige auch die Zahl derer, die nicht in der Lage seien, für die dafür anfallenden Kosten selbst aufzukommen, so dass hier die Jugendhilfe entsprechend einspringen müsse.

In den vergangenen Wochen wurde viel über die Personalkosten diskutiert. Landrat Sailer weist darauf hin, dass er die Personalkosten auch als eines der ersten Themen bei der Einbringung des Haushaltes angesprochen habe. Im Verwaltungshaushalt seien die Personalkosten nach der Bezirksumlage (über 40 Mio. €) in diesem Jahr der größte Posten. Sie belaufen sich auf rd. 23,5 Mio. €. Dies sei sehr viel Geld. Allerdings habe sich beim direkten Vergleich mit anderen Landkreisen gezeigt, dass der Landkreis Augsburg nach wie vor eine restriktive Personalpolitik betreibe. Zum Vergleich führt Landrat Sailer an, dass der Landkreis Fürstentumbruck im letzten Jahr Kosten pro Einwohner von 112 €/Einwohner hatte, Günzburg hatte etwa 125 €/Einwohner oder der mit dem Landkreis Augsburg gut vergleichbare Landkreis Rosenheim rd. 122 €/Landkreisbürger. Der Landkreis Augsburg liege bei 92 €. Der Durchschnitt der Personalkosten in Bayern liege bei etwa 111 €/Einwohner, in Schwaben bei 100 €. Damit befinde sich der Landkreis hier wieder deutlich unter beiden Durchschnitten.

Der Landkreis sei verpflichtet, den nachfolgenden Generationen keinen Schuldenberg zu hinterlassen, sondern seinen Haushalt auf eine solide finanzielle Grundlage zu stellen. Nur so sei gewährleistet, spätere Handlungsspielräume zu ermöglichen. Dies werde auch weiterhin das gemeinsame Ziel bleiben, auch wenn der Landkreis in diesem Jahr Schulden machen müsse. Diese seien aber gut in die Zukunft der Kinder investiert und damit gut angelegt.

Die diesjährigen Haushaltsberatungen seien wieder von konstruktiven und vertrauensvollen Gesprächen geprägt gewesen. Dafür möchte sich Landrat Sailer bei den Mitgliedern des Kreistages ganz herzlich bedanken. Deren Vorschläge und Anregungen wurden in das vorliegende Zahlenwerk mit eingearbeitet. Landrat Sailer dankt ebenfalls herzlich den Kollegen aus der Kreisfinanzverwaltung, die an der Erstellung und Ausarbeitung dieses Haushaltes ganz maßgeblich mitgewirkt haben.

Kreisrat Liebert erklärt, vor dem Kreistag liege der Kreishaushalt 2011 mit einem Volumen von 182,8 Mio. €. Der Kreishaushalt 2011 sei ein Haushalt, dem er zwei Namen geben möchte. Dieser sei zum einen ein Haushalt der schweren Kosten und zum anderen ein Knackpunkt-Haushalt. Warum er dies so einschätzt, möchte Kreisrat Liebert im Folgenden kurz erläutern.

Vielleicht frage man sich zunächst einmal, in welche Zeit die heutige Verabschiedung des Kreishaushalts 2011 falle. Nach der Talfahrt der bundesdeutschen Wirtschaft 2009 habe sich die Wirtschaft rasant nach oben entwickelt, so rasant wie seit der Wiedervereinigung 1990 nicht mehr. Wenn der Automobilhersteller Audi erstmals die Millionengrenze neu verkaufter Autos reiße, wenn KUKA sich aus den roten Zahlen herausarbeite und wenn die Auftragsbücher der Landkreisfirmen sich wieder langsam füllen, dann seien dies alles nur Beispiele für das angezogene Bruttoinlandsprodukt von 3,6 %. Wenn in die bundesdeutschen Steuerkassen in den nächsten drei Jahren mehr als 60 Mrd. € zusätzlich fließen, 15 Mrd. € allein in diesem Jahr, dann frage man sich, ob dies dem Kreishaushalt 2011 nütze. Dies sei leider nicht der Fall, weil sich der Landkreis auf die miesen Zahlen des Jahres 2009 nach dem Grundsatz des bayerischen Versatzes der Umlagegrundlagen stützen müsse.

Kreisrat Liebert verweist darauf, dass deswegen seine Aussage aus seiner letzten Haushaltsrede ganz aktuelle Bedeutung bekomme, als er gesagt habe, den Haushalt 2010 kriege man schon noch hin, während es ab 2011 schwierig und die Luft dünner werde. Deswegen müsse der Landkreis gerade in einer solchen Zeit seine Investitionen am Machbaren ausrichten. Kreisrat Liebert benennt in diesem Zusammenhang ein paar Stichpunkte der Baustellen, auf denen der Landkreis gerade unterwegs ist. Zum einen sei dies die Generalsanierung des Gymnasiums Königsbrunn mit 25 Mio. €. Der Landkreis wolle außerdem die Beruflichen Schulen Neusäß auf Vordermann bringen, übrigens mit oberster Priorität und mit Kosten von 23 Mio. €. Für die energetische Sanierung und Erweiterung der Realschule Meitingen wurden 10 Mio. € investiert. Für die Realschulen Bobingen und Zusmarshausen stehen 6,5 Mio. € an. Weitere 10 Mio. € seien für das Gymnasium Diedorf, zudem zweistellige Milli-

onenbeträge für das Klinikum vorgesehen. Kreisrat Liebert betont, diese seien nur wenige Beispiele, mit denen er sagen möchte, dass man all das in finanziell kalkulierbare Bahnen lenken müsse. Dabei dürfe man nicht vergessen, dass der Landkreis die goldene Regel der Kommunalfinanzen nicht verlassen dürfe. Es müsse deshalb eine Drittelparität zwischen Eigenmitteln, Zuschüssen und Krediten angestrebt werden.

So sei der Haushalt 2011 – Herr Landrat habe dies gerade angesprochen – auch ein Haushalt, der eine gerade noch vertretbare Belastung für die Gemeinden durch die Kreisumlage darstelle. Die CSU-Kreistagsfraktion habe sich eine klare Marschrichtung gegeben und erklärt, dass man zunächst maximal die Faktoren weitergeben wolle, die von oben auf den Landkreis zukommen. Dies sei zum einen die Bezirksumlage. Hierzu merkt Kreisrat Liebert an, dass im Übrigen mehr Sozialleistungen in den Landkreis zurück fließen, als der Landkreis Bezirksumlage zahle. Hinzu komme der Umlagekrafteinbruch. Auch diesen sollte man sich landkreisweit einmal zu Gemüte führen. Der Knackpunkt sei der Gewerbesteuer einbruch gewesen, 7 % oder über 3 Mio. € der Gewerbesteuer seien weggebrochen. Ferner seien die Schlüsselzuweisungen um 1,25 Mio. € eingebrochen. Das Ziel der CSU-Kreistagsfraktion sei es gewesen, auch durch Einsparungen und Verschiebungen zu einer geringeren Kreisumlagerhöhung zu kommen. Deswegen sei der Haushalt auch mit "gerade noch kommunalfreundlich" bezeichnet.

Was die CSU-Fraktion bewege, sei die Tatsache, dass dieser Haushalt auch ein Haushalt mit Risiko sei. Das Risiko sehe man im rasanten Anstieg der Verschuldung.

Kreisrat Liebert kommt anschließend auf die Schwerpunkte des Haushalts zu sprechen. Als eigentliche Botschaft über diesen Haushalt könnte man auch den Satz "Die Bildungsoffensive wird konsequent fortgesetzt" schreiben. Zum Gymnasium Diedorf stellt Kreisrat Liebert fest, der Kreistag habe sich das sportliche Ziel gesetzt, im Schuljahr 2010/11 mit drei Eingangsklassen in Betrieb zu gehen. Dies sei auch erreicht worden. Für den weiteren Ausbau habe man Haushaltsmittel von 10 Mio. € eingeplant. An dieser Stelle erinnert Kreisrat Liebert auch heute noch einmal an die Absicht des Marktes Diedorf und des Kreistages von Augsburg, das Gymnasium weitestgehend in bestehenden Schulräumen in Diedorf betreiben zu können. Er gehe davon aus, dass die darüber hinaus benötigten Schulflächen in An- und Erweiterungsbauten erstellt werden, könne sich aber in letzter Zeit einfach des Eindrucks nicht erwehren, dass ein Neubau auf der grünen Wiese herbei geschrieben werden soll. Die Internetseite des Gymnasiums Diedorf zeige sogar schon, wann ein erster Entwurf der Öffentlichkeit vorgestellt werde, und zwar am 13.04.2011 um 19:00 Uhr. Im Kreistag wisse man davon noch nichts. Auf der Internetseite könne man auch nachlesen, wie alles 2013 aussehen könnte. Kreisrat Liebert gibt zu verstehen, dies alles werde immer noch von den Gremien des Kreistages von Augsburg beraten und entschieden, vielleicht noch gemeinsam mit dem Staat, aber sonst mit niemandem. Damit wolle er es zunächst bewenden lassen, so Kreisrat Liebert.

Das Berufliche Schulzentrum in Neusäß als zweitgrößte Maßnahme habe oberste Priorität. Man werde dies ganz konsequent verfolgen und in der Prioritätenliste auch nicht verschieben lassen. Zum Paul-Klee-Gymnasium in Gersthofen berichtet Kreisrat Liebert, dass die CSU-Fraktion dort getagt und sich mit der Situation auseinandergesetzt habe. Das Paul-Klee-Gymnasium wurde 1973 für 700 Schülerinnen und Schüler errichtet und platze nun mit annähernd 1.000 Schülerinnen und Schülern aus allen Nähten. Es fehlen Räume für Ganztagsbetreuung und zur Erledigung von Hausaufgaben, für die Nachmittagsbetreuung usw. Im Jahr 2011 sei auch deswegen keine Entlastung zu erwarten, weil trotz des abgehenden G 8 und G 9 genauso viele Schülerinnen und Schüler nachrücken werden. Die CSU-Fraktion sei daher der Meinung, dass man immer dann, wenn sich in umliegenden Schulen keine ausreichenden Schulräume ergeben, auf Container umsteigen wolle. Die nächsten Gespräche werden wohl eine Antwort auf diese Frage geben.

Anschließend kommt Kreisrat Liebert auf die Frage zu sprechen, ob der Landkreis eine weitere FOS in Landkreissüden benötigt. Die Einschreibungen des letzten Jahres hätten schon deswegen kein eindeutiges Ergebnis bringen können, weil mit Bobingen nur ein Standort zur Auswahl stand. Aus guten Gründen, nicht zuletzt aus Gleichheitsgrundsätzen, habe man dies auf zwei weitere mögliche Schulstandorte – Königsbrunn und Schwabmünchen – ausgedehnt. Es bleibe abzuwarten, wie das Ergebnis aussehe, das in den nächsten Tagen vorliegen soll. Ob dann eine FOS errichtet werde, werden die Einschreibungen belegen. Wann der Landkreis diese errichte, werde der Geldbeutel mitentscheiden und beeinflussen. Wo der Landkreis die FOS errichte, werde nach sachlichen Kriterien entschieden.

Kreisrat Liebert kommt nun weg von der Schullandschaft hin zur Krankenversorgung im Landkreis. Der Landkreis könne hier wie fast kein anderer Landkreis in ganz Bayern mit dem Klinikum einerseits und den Wertachkliniken andererseits punkten. Die Verlustzahlen des Klinikums seien zwar besser als schlecht, aber lange noch nicht gut. Die schwarze Null werde in 2012 angestrebt. Der neue Vorstand habe dies auch zu Recht so angekündigt. Der Landkreis schieße in diesem Jahr immer noch 1.060.000 € zu. Deswegen stelle sich auch die Frage, ob man diese 1.060.000 € aus dem Haushalt herausnehmen sollte, wie dies die SPD-Fraktion anfangs gewollt habe. Die CSU-Fraktion habe dies mit einem klaren Nein beantwortet. Man wolle nicht das Negativbeispiel der Stadt Augsburg kopieren, sondern das Erfolgsmodell Landkreis Augsburg (zeitnahe Abdeckung der Verluste) weiter praktizieren. Zur Uniklinik – Ja oder Nein – stellt Kreisrat Liebert fest, dass es um die Uniklinik in letzter Zeit schon ein wenig still geworden sei, weshalb der Wink mit dem Zaunpfahl an den Freistaat Bayern erlaubt sein müsse, im Rahmen der Gleichbehandlung nicht nur in München, Nürnberg, Regensburg und Würzburg Unikliniken vorzuhalten, sondern auch an den drittgrößten Wirtschaftsraum im Freistaat Bayern zu denken. Der Hubschrauber kreise immer noch über Augsburg und sei noch nicht gelandet. Kreisrat Liebert betont, er könne sich an keinen einzigen Fall erinnern, in dem ein Landtagsbeschluss, ein Wort des Ministerpräsidenten sowie eine Entscheidung des zuständigen Ministeriums vorlagen und sich der Vollzug so lange hingezogen habe. Dies sei mehr als traurig, mehr als ein Possenspiel und letztlich unverantwortlich. Schließlich gehe es um nichts anderes als um die schnelle Rettung von Menschenleben. Deswegen sei der Beschluss des Rettungszweckverbandes richtig gewesen, auch wenn dies dem einen oder anderen aus dem Landkreis Donau-Ries nicht gepasst habe. Wenn in diesem Zusammenhang Max Strehle als „Wut-MdL“ abgestempelt wurde, dann werte er dies alles großes Kompliment für dessen übergroßes Engagement, laufend auf der Matte der Staatskanzlei zu stehen und 48.000 Unterschriften zu sammeln und damit mit Nachdruck die Region Augsburg in den Vordergrund zu stellen, so Kreisrat Liebert, weshalb er sich im Namen der CSU-Fraktion sowie persönlich hierfür bedankt.

Auf einem gesunden Weg seien die Wertachkliniken. Kreisrat Liebert richtet seinen Respekt und die Anerkennung an die Beschäftigten sowie an Frau Bittner, den Verwaltungsrat und Kreisrat Nozar als Vorsitzender des Verwaltungsrats. Man habe nicht nur die schwarze Null geschafft, sondern sei auch in der Lage, einen Teil der Investitionen aus eigener Kraft zu stemmen. Etwas Diskussionsstoff habe die Brandschutzgeschichte an der Kapelle ausgelöst. Dies müsse man nicht ganz so hoch hängen. Die CSU-Fraktion meine allerdings, dass in jedes Krankenhaus, also auch nach Bobingen, eine Kapelle bzw. ein Rückzugsraum gehören. Die Kosten von rd. 245.000 € müssten jedoch nochmals streng überprüft werden. Man sei bereit, 100.000 € zur Verfügung zu stellen, allerdings nicht in diesem, sondern im nächsten Haushaltsjahr. Das Jahr 2011 sollte dazu genutzt werden, gemeinsam mit den Fachleuten die Kosten auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen.

In letzter Zeit habe die CSU-Kreistagsfraktion ab und zu die schleppende Gangart bei der Wirtschaftsförderung angemerkt. Der Landkreis habe ein Gutachten erstellen lassen. Dieses Gutachten besage, dass der Landkreis gute Standorte und gut aufgestellte Unternehmen sowie motivierte Mitarbeiter habe. Darauf könne man sich sicher nicht ausruhen. Deshalb habe man reagiert und im Haushalt 2011 finanzielle und personelle Ressourcen eingestellt.

Im gleichen Atemzug mit der Wirtschaftsförderung möchte Kreisrat Liebert den Innovationspark Augsburg ansprechen. Hier müsse der Landkreis aus der Zuschauerrolle herauskommen und aktiv daran mitwirken. Leider habe die Stadt Augsburg das Tempo nicht eingehalten, das von OB Gribl im Sommer letzten Jahres bei der Vorstellung im Kreistag versprochen wurde. Hier sei man ein gutes Stück hinten dran. Es habe aber keinen Sinn, zu jammern und zu lamentieren. Der Landkreis sollte seine Aktivität jedenfalls nicht auf Messeauftritte oder Hochglanzbroschüren beschränken, sondern im Rahmen der Personalgestellung aktiv am Innovationspark mitwirken, um die Schlagzahl zu erhöhen. Man müsse auch deswegen mehr Gas geben, weil der Freistaat Bayern mit Zuschüssen zur Seite stehen möchte. Kreisrat Liebert verweist auf einen Kommentar der Samstagsausgabe der Augsburgener Allgemeinen. Landrat Sailer weise zu Recht darauf hin, dass man diese große Chance für den Wirtschaftsraum auch wahrnehmen sollte.

Zum Messestandort führt Kreisrat Liebert an, der Landkreis habe sich entsprechend seiner 20 %-Quote an der Investition beteiligt. Der neue Geschäftsführer habe aktiv in die Speichen getreten. Im Übrigen sei dessen Bestellung aufgrund vieler eigenartiger Aktionen im Bereich der Stadtgremien bald schief gegangen, so dass er erst im zweiten Nachschlag installiert werden konnte. Der Geschäftsführer mache seine Sache sehr gut, er habe die Messepreise für die Aussteller attraktiv gemacht und das Messegeschäft in Augsburg wieder vorangebracht. Dennoch gerate die Messe in finanzielle Turbulenzen. Die Frage sei, wie so etwas passieren könne. Dies sei eigentlich ganz einfach. Denn die Stadt Augsburg behandle ihre Tochter, genannt Messe, stiefmütterlich, indem sie ihr auf der einen Seite durch ihre WBG über 1 Mio. € Miete abnehme und auf der anderen Seite die zugesagten Schulddienstleistungen zumindest auf Zeit einfriere und nicht bezahle. Es tue sich dadurch ein Delta in der Wirtschaftsführung der Messe auf. In dieses Delta sollte der Landkreis aber nicht einsteigen. Dies sei alleine eine Sache der Stadt Augsburg.

Der ÖPNV sei dem Landkreis Augsburg im nächsten Jahr 4,7 Mio. € im Kreishaushalt wert. Letztes Jahr wurde eine Art Experimentierbudget in Höhe von 400.000 € eingeführt. Wenn man Geld gebe, dann müsse man sich hinterher fragen, ob sich dies gelohnt habe oder ob man es besser bleiben lassen sollte. Die CSU-Fraktion sei der Meinung, dass die 400.000 € den Bürgern zugutegekommen seien. Man habe neue Buslinien und Nachtbusse im Landkreiswesten eingerichtet sowie einen Rufbus im Landkreisnorden installiert, der gut laufe. Kreisrat Liebert möchte eine Nachtbusergänzung im Landkreisnorden bereits heute anmahnen.

Vor einem Jahr hatte man Wirtschaftsminister Zeil zur Problematik der dritten Gleise in den Kreistag geladen. Es wurde damals befürchtet, dass diese Stippvisite des Staatsministers mit dem Satz "Wenn du nicht mehr weiter weißt, dann gründe einen Arbeitskreis." zu Ende gehe. Der Arbeitskreis sei gegründet worden. Gott sei Dank sei dieses Sprichwort aber nicht Wahrheit, sondern die Notwendigkeit der dritten Gleise nach Westen und nach Norden anerkannt worden. Kreisrat Liebert merkt an, er wolle jetzt nicht über die Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes reden, in den man hierfür aufgenommen werden müsse. Dies sei das sportlichste Ziel überhaupt und würde seine Redezeit auch nicht hergeben.

Anschließend äußert sich Kreisrat Liebert zur Staudenbahn. Das Ende Januar vorgestellte Gutachten habe unter anderem Investitionssummen von 9,3 bis knapp 18 Mio. € ergeben. Ein paar Fragen seien allerdings offen geblieben. Das Trassenentgelt sei nicht realistisch. Frau Kamm von den Grünen habe 6 € gefordert, 3,50 € seien momentan in der Diskussion. Hier liegen Welten dazwischen. Ungeklärt sei auch, was Freistaat, Landkreis und Gemeinden zahlen sollen. Die wichtigste Frage sei noch nicht beantwortet, nämlich die Frage, für wie viele Fahrgäste denn überhaupt geplant werde. Dies sollte in nächster Zeit eruiert werden. Ob man hierfür ein eigenes Gutachten benötige, müsse noch abgeklöpft werden.

Neben den vielen Investitionsvorhaben möchte Kreisrat Liebert auch ein Wort zu den riesigen Ausgaben im Sozialbereich verlieren. Der Landkreis Augsburg zahle nicht weniger als

41 Mio. € im Einzelplan 4 - Soziale Sicherung. Wenn man die Bezirksumlage, die zu über 95 % nichts anderes sei als indirekte Sozialhilfe, in Höhe von 40 Mio. € dazu zählen, dann seien es 81 Mio. € für soziale Aufwendungen im Landkreis. Dies sei mehr als die Hälfte des gesamten Verwaltungshaushalts.

Dass in der Jugendhilfe das Konzept der Pflegefamilien aufgegangen sei, sei das Eine. Das Andere sei, dass der Zuwachs an Fällen mehr Geld kosten werde. Dass der Landkreis in der Jugendsozialarbeit an Schulen ein Plus durch die Aktivität aus der Mitte der CSU-Kreistagsfraktion landen konnte und man neue Stellen finanziert bekommen habe, sei dabei sehr erfreulich.

Ernsthafte Sorgen bereite ihm die grenzwertige Verschuldung, so Kreisrat Liebert. Dabei seien die 16 Mio. €, die heuer aufgenommen werden sollen, nicht das Thema, sondern vor allem der Anstieg im Finanzplanungszeitraum müsse als äußerst grenzwertig angesehen werden. Man müsse kein Prophet sein, um zu erkennen, dass die großen Finanzierungslücken nicht durch Umlagenwachstum in nächster Zeit aufgefangen werden können. Es werde auch nicht passieren, dass Gelder in Form von Zuschüssen („süßes Gift“) vom Himmel geregnet werden. Vielmehr müsse der Landkreis aufpassen, dass ihm die Schulden nicht über den Kopf wachsen. In der Zeit von 2011 bis 2014 werde man die Schulden von derzeit 31 auf über 63 Mio. € anwachsen lassen. Allein der Kapitaldienst hierfür werde im Jahr um mehr als 3,5 Mio. € (fast 2 Kreisumlagepunkte) anwachsen, und zwar 30 Jahre lang. Kreisrat Liebert gibt zu verstehen, der Landkreis müsse deshalb auch die Folgekosten ansehen. Es müsse wirklich jede Investition auf ihre unbedingte Notwendigkeit hin abgeklopft und außerdem über alternative Finanzierungsideen mehr als nur nachgedacht werden. Man müsse diese auch anwenden. Als Beispiel nennt Kreisrat Liebert das PPP-Modell. Der Landkreis Ebersberg habe sein Gymnasium in Kirchseeon auf diesem Weg errichtet und dadurch nicht weniger als 11 % der veranschlagten Kosten einsparen können. Dies sei keine Aussage des Landkreises Ebersberg, sondern Aussage des Kommunalen Prüfungsverbandes.

Kreisrat Liebert kommt schließlich zum Haushaltsabgleich. Was die Kreisumlagerhöhung angehe, so sei diese schwierig bzw. gerade noch vertretbar. Es sei ein einstimmiger Kompromiss aus der Mitte des Kreisausschusses gewesen, bei dem es keine Gewinner und keine Verlierer gegeben habe. Die SPD konnte ihre 2 Punkte genauso wenig durchsetzen wie alle übrigen Fraktionen die angedachten 3,5 Punkte. Man habe sich schließlich auf 3,0 Punkte geeinigt. Kreisrat Liebert erinnert an ein Zitat des Kollegen Aumann von der SPD-Fraktion, der sinngemäß erklärt habe, dass keinem ein Zacken aus der Krone breche, wenn er diesem Kompromiss zustimme. Dieser Aussage stimmt Kreisrat Liebert ausdrücklich zu. Eine Anmerkung könne er sich abschließend an dieser Stelle aber doch nicht verkneifen. Er schätze jeden Ratschlag, auch wenn er von außen komme, vorausgesetzt er sei sinnvoll. Wenn jedoch von außen durch Herrn Mair, seines Zeichens SPD-Kreisvorsitzender, erklärt werde, im Haushalt sei noch mehr drin gewesen, dann müsste Herr Mair diesen Ratschlag nicht dem Kreistag, sondern den Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion geben, die dem 3,0-Kompromiss einstimmig zugestimmt hätten. Ansonsten bleibe es bei einem Aktionismus, bei dem versucht worden sei, als Retter der Gemeinden da zu stehen.

Kreisrat Liebert macht abschließend deutlich, die CSU-Fraktion werde bei ihrer geraden und soliden Haushaltspolitik bleiben. Er bedankt sich beim Landrat, bei der Verwaltung, beim Kämmerer, bei den Kollegen seiner Fraktion sowie bei allen Übrigen für ein Streiten um die beste Lösung. Die CSU-Fraktion stimme dem Haushalt zu.

Kreisrat Güller verweist auf seine im Protokoll nachzulesende Aussage zum Haushalt 2010, wonach dies ein unspektakulärer Arbeitshaushalt sei. Leider müsse er an dieser Stelle an die Aussage aus dem Jahr 2010 anknüpfen. Fast wörtlich könne man übernehmen, was er damals gesagt habe. Der Haushalt bilde leider an vielen Stellen nur die täglichen Notwendigkeiten ab. Viel zu viele Baustellen seien nach wie vor offen. Wenn Kollege Liebert sage, er würde den Haushalt als "schwere Kost" oder "Knackpunkthaushalt" bezeichnen, dann würde

er sagen, dies sei ein „Haushalt der offenen Baustellen“, die zudem viel zu lange offen gelassen werden, so Kreisrat Güller. Man sei Weltmeister im Erkennen von offenen Baustellen und von zu ändernden oder neu anzupackenden Punkten. Hier müsse sich der Kreistag zum Teil auch an die eigene Nase fassen. Es werden Gutachten in Auftrag gegeben. Dann werde lange hin und her diskutiert und noch ein Gutachten in Auftrag gegeben. Letztendlich sei man ein Jahr später immer noch nicht entscheidend weiter gekommen. Es sei für dieses Jahr die Aufgabenstellung, außerhalb des Haushaltes schneller zu werden und mehr Baustellen zu bearbeiten, um nächstes Jahr endgültig in die Umsetzung der Baumaßnahmen zu kommen und im Haushalt 2012 die entsprechenden Impulse setzen zu können, die in diesem Haushalt leider nicht vorhanden seien.

Als erstes Thema spricht Kreisrat Güller die Wirtschaftsförderung an. Es gebe ein wunderbares Gutachten von ExperConsult. Es habe außerdem im letzten Jahr Vorschläge gegeben, was man alles machen könnte. Ein Teil dieser Vorschläge sei schlicht und einfach nicht Aufgabe des Landkreises, sondern Aufgabe der Arbeitsagentur, andere Vorschläge seien nicht realisierbar gewesen. Dennoch habe man in den Haushalt 220.000 € eingesetzt. Betrachte man sich das Rechnungsergebnis, dann sei dies deprimierend. Dieses betrage lediglich 51.846,67 € bei einem Haushaltsansatz von 220.000 €. Kreisrat Güller betont, es handle sich in diesem Fall um einen Haushaltsansatz, dessen Umsetzung wichtig wäre für die Zukunft des Landkreises. Was man geschaffen habe, seien Stellen bzw. Personal. Die Wirtschaftsförderung sei personell nicht schlecht aufgestellt, sie könne sich auf allen Terminen vor Ort und bei allen Empfängen zeigen und sich bei Gemeinden vorstellen. Das einzige Problem sei, das kein Konzept dahinter erkennbar sei. Diese offene Baustelle führte dazu, dass der Ansatz heuer auf 120.000 € heruntergefahren werde. Dies sei einer der wenigen Punkte im Haushalt, bei dem es falsch sei, wenn der Ansatz gering sei, weil man wenig zu tun habe. Bis zum nächsten Jahr müsse sich dies ändern.

Nach wie vor habe man ein Wirrwarr von Messe, A³, Regio Wirtschaft GmbH, Europäische Metropolregion München, Regio Tourismus GmbH und jetzt auch noch eine Zukunftsoffensive Wirtschaftsraum Augsburg mit Brainstormings, Worldcafes, Open space und stundenlangen Diskussionen. Heraus komme eine Erklärung aller Anwesenden, dass es ein Problem sei, dass man nicht eng genug zusammenarbeite. Kreisrat Güller betont, dazu brauche man keine vierstündigen Workshops, keine Beraterteams und keine Veranstaltung mit mehreren 100 Leuten. Bereits in den letzten Jahren habe jeder über Fraktionsgrenzen hinweg festgestellt, dass bei der Wirtschaftsförderung und bei der gemeinsamen Entwicklung des Wirtschaftsraumes Augsburg nicht eng genug zusammengearbeitet werde. Ein Beispiel sei auch genannt worden, und zwar der Innovationspark Augsburg. Kreisrat Güller erklärt, er kritisiere hier ausdrücklich niemanden in der Stadt Augsburg, egal welcher Fraktion, außer einer Person, nämlich den Oberbürgermeister. OB Gribl habe im Kreistag am 26.07.2010 vorgestellt, wie ein Businessplan zu finanzieren sei, welche Aufgaben beim Innovationspark vor der Region liegen und dass dazu 250.000 € fehlen. Auf die entscheidende Frage, wie der OB die Zusammenarbeit zwischen Stadt Augsburg, den beiden Landkreisen, der Region und der Wirtschaft organisieren wolle, sei dieser die Antwort schuldig geblieben. Vielmehr habe er erklärt, dass man darüber noch nachdenken müsse, der Landkreis aber gerne schon Geld geben dürfe. Bis heute gebe es keine tragfähige Struktur für diesen Innovationspark. Der Kreisausschuss habe sich im September 2010 noch einmal damit beschäftigt. Herr Holzamer und Herr Wiedemann hätten damals erläutert, was ein Innovationspark mache und wie wichtig er sei. Hinsichtlich der Struktur, wie der Innovationspark auf den Weg gebracht werden soll, bestehe nach wie vor Fehlanzeige, wo doch der Landkreis bereit gewesen wäre, im Jahr 2010 oder auch im Jahr 2011 Geld dafür einzusetzen und sich zu beteiligen. Beteiligung heiße aber auch, dass man wisse, für was das Geld ausgegeben werde und dass man zumindest für das selbst eingesetzte Geld eine gewisse Mitsteuerungsmöglichkeit habe. Kreisrat Güller macht deutlich, dies sei eine der größten Baustellen, die es anzugehen gelte.

Beim Umwelt und Klimaschutz wolle er nicht auf das Thema der Mitarbeiterin eingehen. Dass die Themen Energieberatung, Klimaschutz und Umweltschutz im vergangenen Jahr nicht weitergingen, sei nicht nur das Problem der Erkrankung einer Person, sondern das Problem einer fehlenden Konzeption gewesen. Es schwirren Worte wie Energieberatung herum. Eine Energieagentur werde irgendwo in der Mitte von Augsburg mit einem wunderbaren Fenster und einem Logo installiert und der Landkreis zahle fröhlich mit. Wenn es dann darum gehe, was dort konkret gemacht werden soll, sei wiederum Fehlanzeige. Lediglich bei der Energieeinsparung an Schulen habe der Landkreis ein konkretes Projekt an der Hand. Dafür hätte man sogar die Mitfinanzierung einer halben Stelle, nur habe man diese Stelle aufgrund des personellen Ausfalls momentan nicht. An diese Baustelle müsse man in diesem Jahr ran, so Kreisrat Güller. An eine Baustelle herangehen, heiße aber nicht immer in erster Linie, sofort eine Stelle zu schaffen. An den Stellen mangle es auch bei der Wirtschaftsförderung nicht, es fehle an der Konzeption.

Bei aller Wichtigkeit der Themen Umweltschutz und Klimapolitik komme es für die SPD-Fraktion nicht in Frage, eine Stelle unbefristet zu schaffen, ohne dass man vorher eine konkrete Definition habe, was diese Person machen soll, nachdem zum Beispiel das Halbtagsprojekt an Schulen in drei Jahren ggf. ausgelaufen sei. Dies heiße, dass eindeutig eine befristete Einstellung erfolgen und noch vor der Einstellung die Konzeption klar sein müsse.

Als weitere Baustelle nennt Kreisrat Güller den ÖPNV. Man wisse, dass man ÖPNV und AVV weiter bringen müsse. Auch hier sei man schon wieder einmal in der Gutachtenphase. So langsam trage man jetzt die Punkte zusammen, die im Gutachten geregelt werden sollten. Irgendwann in den Jahren 2013, 2014 oder 2015 werde es dann in die Umsetzung gehen. Dies sei für einen Landkreis wie den Landkreis Augsburg zu langsam.

Man habe jetzt Zahlen auf dem Tisch liegen, die die Investitionskosten, die Umläufe und die Betriebskosten der Staudenbahn bis Fischach oder Langenneufnach betreffen. Wenn irgend möglich, müsse es eine Reaktivierung bis nach Langenneufnach geben. Diese Kosten habe man vorliegen. Was man jedoch nicht vorliegen habe, seien Zahlen, wie viele Leute dann real mit der Staudenbahn fahren, wie viele Kilometer Bus zusätzlich oder anders bestellt werden müssen, um die Menschen an die Haltestellen zu bekommen, und wie viele Einnahmen man aus den Fahrgästen erzielen könne. Kreisrat Güller äußert in Richtung der Grünen, dass es wenig hilfreich sei, wenn die Kollegin Kamm irgendwelche Zahlen zwischen 5 und 8 € für das Trassenentgelt in die Welt setze, obwohl man überhaupt nicht wisse, wie die Rentabilität aussehen werde und welche Zahlen man brauche. Um machtvoll und gemeinsam in München aufschlagen und mit der BEG diskutieren und verhandeln zu können, müsse der Landkreis zuerst seine Hausaufgaben machen. Man müsse dort mit belastbaren Zahlen ankommen, weil man ansonsten leider nach Strich und Faden auseinandergenommen werde. Dass man diese Zahlen heute nicht habe, sei ebenfalls eine offene Baustelle, die spätestens bis zum Juni/Juli dieses Jahres geschlossen sein müsse, damit der Landkreis dann in die Verhandlungen um das Trassenentgelt und die Betriebskosten treten könne.

Beim Thema der dritten Gleise zeigt sich Kreisrat Güller nicht ganz so optimistisch wie sein Kollege Liebert. Er sehe hier im letzten Jahr eher wenig Bewegung. Es gebe zwar einen Arbeitskreis. Das Ergebnis und auch das Versprechen von Minister Zeil im Kreistag, die dritten Gleise zu realisieren, stehen aber noch immer aus.

Kreisrat Güller macht deutlich, der Landkreis habe ein zu sanierendes Trümmerfeld vor sich. Gerade im ländlichen Raum wisse man, dass es nicht damit getan sei, an der einen Stelle eine Realschule und an der anderen Stelle ein Gymnasium auszubauen. Die heutige Schulstruktur mit Hauptschule, Realschule und Gymnasium sei in dieser Weise gerade im ländlichen Raum nicht zukunftsfähig. Es sei richtig, dass sich der Landkreis um mehr Gymnasialplätze kümmere und hervorragende Realschulplätze schaffe. Der Landkreis müsse sich aber auch darum kümmern, dass eine Vernetzung der einzelnen Schularten stattfinde. Wie dieses System dann heiße, sei eine politische Debatte, die man in den nächsten Jahren zu führen habe. Die SPD schlage hierfür ein Gemeinschaftsschulsystem neben dem Gymnasialsystem mit einer längeren gemeinsamen Schulzeit und mit Schulen vor, in denen alle Schulab-

schlüsse zumindest bis zur 10. Klasse an einem Standort erreicht werden können. Dies würde jedoch eine andere Systematik der Bauten, der Schülerverkehre und der Zusammenarbeit der Kommunen und des Landkreises beim Schulsystem erfordern. Diese Baustelle sei in diesen Landkreis noch nicht einmal aufgemacht, so Kreisrat Güller.

Wenn man all diese Baustellen sehe, dann hätte man in diesem Jahr für diesen Bereich gerne mehr Gelder eingestellt. Man hätte diesem Landkreis mehr Impulse geben und man hätte im Haushalt Impulse deutlich besser setzen können. Da dies alles nicht passiert sei, sei der Haushalt – insbesondere der Verwaltungshaushalt – lediglich durch äußere Faktoren geprägt.

Das Verhältnis im Bereich Jugendhilfe sei entspannter, nicht jedoch wegen Einsparungen im freiwilligen Bereich, sondern wegen zurückgehenden Ansprüchen im Bereich der Pflichtleistungen aufgrund einer etwas besser werdenden Konjunktur sowie einer etwas besser werdenden Struktur. Auch der Geburtenrückgang mache sich in der Jugendhilfe ein Stück weit bemerkbar.

Bezüglich des Personalhaushaltes des Landkreises merkt Kreisrat Güller an, er spreche hier nicht von Personalabbau, sondern davon, wie vorhandenes Personal eingesetzt und wie ausscheidendes Personal ersetzt werde. Bei der einen oder anderen Stelle hätte man sicherlich noch die Möglichkeit, zusätzliche Schwerpunkte zu setzen.

Zusammengefasst sei das Ergebnis, das dem Kreistag zu Anfang als Haushalt vorgelegt wurde, umso bedauerlicher. Auf der einen Seite gebe es keine Ausgabemöglichkeiten wegen vieler offener Baustellen, auf der anderen Seite bestehe in der Jugend- und Sozialhilfe, beim Kostenaufkommen und bei der Grunderwerbsteuer eine positive Situation. Daher wäre es möglich gewesen, weniger als drei Punkte Kreisumlagerhöhung hinzubekommen. An Kreisrat Liebert gewandt teilt Kreisrat Güller mit, dies habe er mit seinem Kollegen Roland Mair abgesprochen. Jeder, der im Kreisausschuss gewesen sei, müsse zugeben, dass die SPD-Fraktion noch eine ganze Reihe von anderen Finanzierungsmöglichkeiten aufgezeigt habe. Dies sei zum einen die wirtschaftliche Jugendhilfe gewesen. Betrachte man das Ergebnis 2010 und den Ansatz 2011, so wäre eine weitere Einsparung in einer Größenordnung zwischen 300.000 € und 500.000 € möglich gewesen. Bei den Sozialhilfeleistungen habe das Ergebnis der Unterhaltskosten 2010 bei 820.000 € gelegen, 2011 seien es 1,2 Mio. €. Selbst wenn man davon ausgehe, dass der Landkreis heuer die gestiegenen Heizkostenzuschüsse zahlen müsse, wären 1,2 Mio. € nicht notwendig gewesen. Ein Ansatz von 1 Mio. € hätte es auch getan. Der Ansatz 2010 für die Ausgaben für die Grundsicherung für Erwerbssuchende habe 14 Mio. € betragen. Der Ansatz für heuer liege bei netto 10,8 Mio. €, und zwar bei einer in Deutschland generell leicht sinkenden Tendenz der Inanspruchnahme. Auch hier wäre noch eine Einsparung von mindestens 100.000 € bis 200.000 € möglich gewesen. Der gute Kämmerer habe mitgezählt und komme insgesamt auf eine Einsparung zwischen 700.000 und 1 Mio. €. Ein halber Kreisumlagenhebesatzpunkt liege bei 900.000 €. Damit sei bewiesen, dass der Kreisvorsitzende der SPD in Absprache mit der Kreistagsfraktion Recht gehabt habe und dies lediglich am Unwillen der anderen Fraktionen im Kreisausschuss gescheitert sei.

Die SPD-Fraktion hätte sich vorstellen können, auf die Finanzierung der Umlage für das Klinikum in Höhe von 1 Mio. € in diesem Jahr zu verzichten. An dieser Stelle wäre man bewusst deswegen ins Risiko gegangen, weil man wisse, wie eng es in den meisten Kommunen zugehe. Nach wie vor gebe es einige wenige Kommunen, denen es aufgrund von Gewerbesteuererinnahmen oder aufgrund ihrer Lage an überörtlichen Verkehrsverbindungen gut gehe. Für die Mehrheit der Kommunen im Landkreis bedeute jedoch jede 1.000 €, die sie mehr zur Verfügung haben, dass sie mehr in ihre Kindergärten oder in Kinderbetreuung investieren und Vereinszuschüsse nicht weiter kürzen müssen, dass sie Angebote sowohl im aktivierenden als auch im unterstützenden Bereich der Pflege bei den Senioren machen und ggf. auch zum Thema Mobilität vor Ort und unter den Ortsteilen mehr tun können. Ein halber Punkt Kreisumlage bedeute je nach Größe der Kommune zwischen 10.000 € und 60.000 €.

Umso bedauerlicher sei es, dass es nicht möglich war, mehr als diesen Kompromiss zu erreichen.

Die Fraktion der SPD habe es sich weder bei ihren Überlegungen, wo Kürzungen vorgeschlagen werden, noch bei ihrer heutigen Zustimmung zum Haushalt leicht gemacht. Die SPD-Fraktion wisse, dass es möglich gewesen wäre, mehr für die Kommunen und damit mehr für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu tun. Kreisrat Güller erklärt, er sei überzeugt davon, dass die Haushaltsrechnung am Ende des Jahres seiner Fraktion Recht geben werde. Er wirft die Frage auf, wie man in den Kreisausschuss hineingegangen sei. Die Freien Wähler hätten sofort erklärt, 3,8 Punkte seien für sie machbar, während die CSU gesagt habe, dass mehr als 3,5 Punkte nicht gehen. Die Grünen als eine Partei, die eigentlich für den ländlichen Raum stehe, hätten sich ebenfalls ohne große Worte für 3,5 Punkte ausgesprochen und angemerkt, dass vielleicht noch ein paar 100.000 € im Energie- und Klimaschutzbereich eingesetzt werden könnten. Der Held des Bayer. Gemeindetages im Landkreis, der immer darüber jammerte, dass die Kommunen zu wenig Geld haben, meldete sich im Kreisausschuss zu Wort und erklärte, dass die SPD wohl einen Vogel habe, wenn sie nur ein bisschen unter 3,5 Prozentpunkte kommen möchte. Leider sei der Kollege falsch verständigt gewesen. So sei der Ansatz bei der Schülerbeförderung z. B. völlig unrealistisch gewesen. Der Bürgermeister aus Zusmarshausen sitze für die Freien Wähler im Kreisausschuss und melde sich nicht einmal zu Wort. Man sei beleidigt darüber gewesen, dass die SPD noch Einsparungsmöglichkeiten gefunden habe, statt dass man sich zu Wort gemeldet und dies unterstützt hätte. Aufgrund dieser Tatsache sehe er dem "Kompromiss" von 14 fleißigen Kreisrätinnen und Kreisräten, die ihren Haushalt in ihrer Klausur ordentlich gelesen und sich um jeden Posten gekümmert haben, ganz anders, so Kreisrat Güller, und finde diesen auch für die Kommunen gut tragbar. Die anderen Fraktionen seien mit 3,5 und 3,8 Punkten in die Sitzung gegangen. Kollege Liebert habe erklärt, er halte die Kreisumlagerenerhöhung um 3 Punkte für gerade noch tragbar. Offensichtlich bedurfte es der Vorschläge der SPD, um überhaupt noch einen Haushalt hinzubekommen, der gerade noch für die Kommunen tragbar sei. Kreisrat Güller erklärt, ein höheres Lob könne er sich für seine Fraktion gar nicht vorstellen.

Es gebe natürlich auch eine Vielzahl von positiven Punkten. Der Landkreis habe im Jugend- und Sozialhilfebereich seine freiwilligen Leistungen im Bereich der Prävention, z. B. auch durch den Vertrag mit dem Jugendring, in voller Höhe aufrechterhalten. Der auch schon erwähnte ÖPNV-Zuschuss in Höhe von 400.000 € – hierbei habe es sich damals um einen SPD-Antrag gehandelt – könne weiter bezahlt werden. Man werde jedes einzelne Projekt bis zum Ende dieses Jahres fortführen, evaluieren und dann entscheiden, welches in die "Regelleistung" des AVV zu übernehmen sein werde.

Man sei beim Gymnasium Diedorf weitergekommen. Diesbezüglich schließt sich Kreisrat Güller allerdings der Aussage von Kreisrat Liebert an und gibt zu verstehen, dass man so nicht gewettet habe. Über Neubau oder Erweiterung entscheiden zwei. Dies seien der Kreistag und das Ministerium. Über Neujahrsreden lasse man sich nicht in Neubauten hinein drängen. Es gebe im Kreistag diesbezüglich wohl eine Gemeinsamkeit dahingehend, dass man die wirtschaftliche und nicht die für die Gemeinde schönste Lösung machen wolle. Hierfür sei in erster Linie das Gutachten und nicht die städtebauliche Lösung ausschlaggebend.

Der Landkreis habe das Thema Berufliche Schulen Neusäß ebenso wie die FOS/BOS Agrar in Neusäß wie auch die FOS im südlichen Landkreis weiter gebracht. Gleichwohl könnte man hier schon noch einmal das Fass aufmachen und hinterfragen, warum die Fragestellung genau so sein müsse und ob man dies nicht anders oder früher hätte lösen können. Zumindest befinde man sich jetzt im Einschreibungsbereich auf einem guten Weg.

Der Landkreis habe die Schülerbeförderung optimiert, und zwar ausdrücklich für die Sicherheit der Kinder im Landkreis. Man habe es jedoch noch nicht geschafft, auch die Effektivität zu verbessern. Die Verknüpfung mit dem normalen ÖPNV sowie schulartübergreifende

Transportmöglichkeiten seien noch nicht zu Ende evaluiert. Zunächst sei es wichtig gewesen, die Sicherheit zu verbessern. Nun sei es aber auch wichtig, die Effektivität anzugehen.

Kreisrat Güller führt weiter aus, er habe nun einige offene Baustellen für dieses Jahr genannt. Es kommen allerdings noch weitere Punkte dazu. Im Kompromiss zu Hartz IV auf Bundesebene stehe, dass nicht nur Kindern von Hartz IV-Empfängern, sondern Kindern aus sozial schwachen Familien Jugend- und Schulsozialarbeit zugutekomme. Dies bedeute eben nicht, dass der Freistaat Bayern dies in den allgemeinen Haushalt unterbuttern dürfe, sondern diese Gelder zielgerichtet eingesetzt werden müssen. Für die zielgerichtete Einsetzung an den weiterführenden Schulen sei der Landkreis, an den Grund- und Hauptschulen seien die Schulverbände und die Kommunen zuständig. Man werde darauf schauen müssen, was in diesem Jahr passiere.

Als zweiten Punkt nennt Kreisrat Güller die Grundsicherung im Alter. Derzeit stehen hierfür im Haushalt 2,8 Mio. € (netto) zur Verfügung. Es sei in dem Kompromiss zugesagt, schrittweise bis zum Jahr 2014 die gesamten Kosten der Grundsicherung im Alter zu übernehmen. Im kommenden Jahr, also 2012, sei dies ca. ein Drittel. Dies mache für den Landkreis zwischen 900.000 € und 1 Mio. € aus. Der Landkreis müsse im Laufe dieses Jahres darauf achten, dass das Geld auch wirklich im Landkreis und bei den kreisfreien Städten ankomme. Dann habe man im nächsten Jahr auch eine ganz andere Ausgangslage bei der Verhandlung über den Haushalt.

Der dritte Punkt sei zwar nicht neu, bekomme aber immer mehr Brisanz. Dies sei das Thema der Bezirksumlage. Kreisrat Güller betont, er werde und wolle keinem Kollegen, der im Bezirkstag sitze, irgendetwas von seiner Entscheidungshoheit wegnehmen. Dass aber die Entscheidung ohne jegliche Rückkoppelung des Bezirkstagspräsidenten mit den Landräten und den Kreistagen sowie mit den kreisfreien Städten erfolge, könne im Jahr 2011 für den Haushalt 2012 so nicht mehr laufen. Kreisrat Güller merkt an, als Landtagsabgeordneter kenne er die Verhandlungsposition des Verbands der bayerischen Bezirke. Es sei desaströs, wie die bayerischen Bezirke gegenüber dem Landtag und der Staatsregierung auftreten. Es gebe mehr Streitereien wegen der internen Verteilung unter den sieben Bezirken, als dass man gemeinsam Druck mache. Es sei daher notwendig, dass sich die Kreistage und Landräte sowie die Oberbürgermeister und Stadträte einschalten, und zwar rechtzeitig und nicht erst am Ende des Jahres, wenn man wieder vor die Tür geknallt bekomme, um wie viele Punkte die Bezirksumlage erhöht werde.

Kreisrat Güller gibt zu verstehen, dies seien die Aufgaben, die er für seine Fraktion in diesem Jahr skizziere. Er dankt recht herzlich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landratsamtes, die eine gute Arbeit geleistet und gute Beratungen ermöglicht hätten. Der Dank gelte auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Töchter des Landkreises, ob Klinikum, Wertachkliniken, AVA GmbH etc. An dieser Stelle seien ihm die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Klinikum besonders wichtig, so Kreisrat Güller. Man habe eine neue Führung im Klinikum und bekomme neue Strukturen. Es sei wichtig, dass diese Struktur jetzt angegangen werde. Man müsse dabei aber auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mitnehmen. Kreisrat Güller betont, seine Fraktion gehe davon aus, dass es keine betriebsbedingten Kündigungen geben und alle Beteiligten das Klinikum in kommunaler Trägerschaft belassen wollen und werden. Eine Privatisierung komme für seine Fraktion nicht in Frage. Wenn man Strukturänderungen von Mitarbeitern aktiv einfordere, gehöre dies mit dazu. Kreisrat Güller hofft, dass man sich diesbezüglich auch im Kreistag einig sei.

Darüber hinaus dankt Kreisrat Güller allen Kolleginnen und Kollegen in den Ausschüssen für die hervorragenden Beratungen und insbesondere seiner Fraktion, die in diesem Jahr durch die Klausurtagung und die detailgenaue Vorbereitung in den einzelnen Ausschüssen einen wesentlichen Anteil daran hatte, dass es hinsichtlich der Kreisumlage nicht noch schlimmer gekommen sei. Es liege viel Arbeit vor allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landkreises, aber insbesondere vor diesem Kreistag. Man könne nur dann das Schließen von Baustellen einfordern, wenn der Kreistag die entsprechenden Entscheidungen zeitnah nach den jeweiligen Vorlagen durch die Verwaltung treffe.

Kreisrat Hannemann möchte sich vorab für die Zuarbeit der Verwaltung für diesen Haushalt bedanken. Insbesondere bedankt er sich bei Herrn Seitz für die Geduld und die Beantwortung der vielen Fragen. Ferner dankt Kreisrat Hannemann für die Zuarbeit der Töchter, die geholfen hätten, letztendlich Transparenz zu finden.

Der Haushalt 2011 stelle eine besondere Herausforderung dar. Kreisrat Hannemann erklärt, er hatte eigentlich in Erinnerung, dass der Haushalt in den Ausschüssen vorberaten werde. Deswegen sei er schon sehr überrascht gewesen, dass die maßgeblichen Einsparungsvorschläge dann erst in der letzten Kreisausschusssitzung gekommen seien. Er sei in einigen dieser Ausschüsse gewesen. Die Kollegen der SPD hätten aber nie auf diese Punkte aufmerksam gemacht. Er habe bisher schon geglaubt, dass man in den Ausschüssen zunächst die Sacharbeit mache und nicht, dass der Sachverhalt in der letzten Sitzung neu aufgerollt werde, weswegen er ein bisschen enttäuscht gewesen sei, so Kreisrat Hannemann weiter. In der Sache selbst sehe er dies immer noch anders. Der Landkreis habe einen Haushalt, der auf Kante genäht sei. Der Haushalt sei ein Kompromiss. Es sei auch richtig, dass er eine höhere Kreisumlage ebenfalls für vertretbar und verantwortungsvoll erachtet hätte. Wenn Kreisrat Güller schon zitiere, dann sollte dies richtig geschehen. Kreisrat Hannemann macht deutlich, er habe nicht für 3,8 Prozentpunkte gestimmt, sondern erklärt, dies sei der Ausgangspunkt. Anschließend habe er sich für 3,5 Prozentpunkte ausgesprochen. Auch Kollege Lettinger habe sich in der besagten Sitzung zu Wort gemeldet.

Es sei schade gewesen, dass man von der SPD anschließend auch noch in der Zeitung gehört habe, dass der gefundene Kompromiss noch lange nicht das gewesen sei, was man hätte machen können. Auch dies sei nicht kollegial. Man trage gemeinsam die Verantwortung und betreibe im Kreistag keine Parteipolitik. Es sollte auch nicht immer darum gehen, wer welchen Antrag eingereicht habe, sondern man sollte eigentlich feststellen, dass man gute Anträge habe und es geschafft habe, gute Lösungen zu finden. Kreisrat Hannemann erklärt, vielleicht liege diese Haltung aber auch daran, dass er einfach noch nicht lange genug dabei und zu sehr Quereinsteiger sei. Vielleicht sei es aber auch seine Aufgabe, die Dinge als Querkopf und Querdenker einmal anders zu sehen.

Tatsache sei, dass die wesentlichen Faktoren nicht vom Landkreis geschaffen, sondern von außen herbeigetragen wurden, wie z. B. über die Bezirksumlage. Diesbezüglich stimmt Kreisrat Hannemann mit Kreisrat Güller überein, dass die Bezirke und Landkreistage hier künftig besser auftreten müssen. Es könnten Aufgaben nicht ständig weitergereicht werden, seien es das G 8, Brandschutzvorschriften oder Sozialausgaben. Der Landkreis müsse dies ausbaden und gebe es letztendlich auch nur an die Kommunen weiter. Diese Weitergabe von Verpflichtungen, die den Landkreis dann in Not bringe, könne so nicht mehr weitergehen. Die Hauptaufgabe müsse deshalb darin liegen, sich gemeinsam mit allen Landkreisen und Bezirken dagegen zu wehren, weil man ansonsten nicht mehr zum Gestalten, sondern nur noch zum Verwalten verdammt sei.

Kreisrat Hannemann führt an, er wolle deswegen auch nur auf vier wichtige Punkte eingehen, und zwar auf den ÖPNV, die Krankenhäuser, die Schulen und die Wirtschaft. Dies seien die wichtigen Punkte, die den Landkreis auch im nächsten Jahr wieder bestimmen und berühren werden.

Den ÖPNV möchte Kreisrat Hannemann überregional betrachten und feststellen, dass seit über 40 Jahren versucht werde, eine Straßenbahn nach Königsbrunn zu bauen. Dass es nicht gelinge, so etwas als Region zustande zu bringen, sehe er weiterhin als Schande an. Was damals mit dem ICE über Ingolstadt passiert sei und die daraus resultierenden Auswirkungen zeigen sich jetzt. Während Ingolstadt prosperiere und als Zukunft eine 200.000-Einwohnermarke anpeile, stagniere man hier. Man müsse kein Prophet sein, um zu wissen, dass der Status drittgrößte Region oder drittgrößte Stadt Bayerns nicht gesichert sei und dass dies auch kein Anspruch sei, den die Region habe. Wenn man nicht gemeinsam darum kämpfe, werde man sich irgendwann auf Platz vier oder weiter hinten wieder finden.

Dies seien Dinge, die auch mit Infrastrukturmaßnahmen zusammenhängen. Wenn eine Linie zum Krankenhaus oder das dritte Gleis - die Diederfer Erklärung stamme aus dem Jahr 1996 - so lange brauchen, dann stehe man im Wettbewerb mit den anderen Regionen sehr bescheiden da. Wenn man dann mal verloren habe, dann werden einem die Kinder und Enkelkinder zu Recht fragen, warum man es nicht geschafft habe, gemeinsam als Region aufzutreten. Diese regionalen Probleme könne weder der Landkreis noch die Stadt alleine lösen. Gerade der ÖPNV sei ein Indiz dafür, dass man die Aufgabe gemeinsam anpacken müsse. Dabei gehe es auch um den Nachtbus und um Verbesserungen für die lokalen Bereiche. Die großen Zusammenhänge seien aber die, die die Region letztendlich bestimmen.

Was die Krankenhauslandschaft angeht, möchte Kreisrat Hannemann nicht alles wiederholen, was bereits gesagt wurde. Man sei auf dem richtigen Weg. Die Tendenz sei positiv. Die Entwicklungen seien sehr erfreulich. Es fehle ihm jedoch die Analyse dessen, was in den vergangenen Jahrzehnten passiert sei. Es sei nicht damit getan, ggf. einen Kopf auszuwechseln oder einen Verwaltungsrat neu zu bestellen. Vielmehr gehe es darum, wie es eigentlich überhaupt dazu kommen konnte. Kreisrat Hannemann merkt an, damit meine er nicht Personen, sondern Strukturen. Die Frage sei, ob mit diesen Strukturen die Probleme der Zukunft bewältigt werden können. An den Strukturen als solches habe man nach seinem Dafürhalten relativ wenig verändert. Die strukturellen Probleme bedingen aber, dass sich ein Problem auch wiederholen könne. Deswegen sei es eine Aufgabe, sich mit den Strukturen in diesen Beteiligungen zu beschäftigen und ganz kritisch zu überlegen, ob man die Prophylaxe geschafft habe, dass zukünftig Probleme nicht mehr auftreten können. Hier komme noch eine Menge Arbeit auf den Landkreis zu, die zudem keine angenehme Aufgabe sein werde.

Bezüglich der Schulpolitik hätten alle miteinander ein Versprechen abgegeben. Im Wahlkampf wurde über alle Parteien und Gruppierungen hinweg erklärt, der Landkreis Augsburg sei ein Bildungslandkreis, weshalb man das Beste für die Schülerinnen und Schüler tun werde. Kreisrat Hannemann macht an Kreisrat Güller gerichtet deutlich, dies sei für ihn keine Frage einer Wette und auch nicht die Frage danach, was letztendlich durch Dritte positioniert werde. Es gehe nur um die eine Frage, was das Beste für die Schüler sei. Diese Frage müsse man auch im Sinne der Schüler beantworten. Schulpolitik sei nicht nur eine Politik, in der es um die Schüler gehe, sondern auch um die Attraktivität des Landkreises. Wer gute Schulen habe, werde auch für die Menschen, die Firmen und die Wirtschaft attraktiv. Deswegen sollte man dies nicht nur unter der Prämisse sehen, wie viele Schulgebäude und Klassenzimmer man habe, sondern es gehe darum, vom Inhalt und vom Gebäude her bestimmt über so gute Schulen zu verfügen, dass der Landkreis weiterhin attraktiv bleibe.

Der Vergleich der Schuldichte der Stadt Augsburg mit annähernd gleich vielen Einwohnern wie dem Landkreis zeige doch offensichtlich, dass man einen immensen Nachholbedarf habe. Es sei auch für jeden offensichtlich, dass heutzutage jeder die mittlere Reife bekomme. Die Konsequenzen daraus wisse man auch. Schulpolitik sei etwas Planbares. Die Kinder fallen nicht vom Himmel. Diese seien bestimmbar. Man wisse genau, wie viele Kinder in sechs Jahren in die Schule kommen. Dies komme also nicht überraschend. Die Tatsache, dass der Landkreis fortführende Schulen haben müsse, habe der Landesgesetzgeber diktiert. Der Landkreis habe diese Aufgabe zu erfüllen. Deshalb sollte man ohne Emotionen versuchen, das Beste für die Schülerinnen und Schüler, die Strukturen und die Infrastruktur zu schaffen. Dabei dürfe es keine Denkverbote geben, und es müsse nur das Ziel anvisiert werden. Es sei erfreulich, dass auch hier neue Überlegungen erfolgen müssen. Als Albert Einstein gefragt wurde, wieso seine Studenten im Examen die gleichen Fragen wie im letzten Jahr gestellt bekommen, sagte dieser, dass die Fragen gleich bleiben, aber die Antworten anders werden. Die Frage danach, wie Kinder beschult und Schulen gebaut werden, bleibe ebenfalls gleich. Man müsse aber neue Antworten finden. Deswegen sei es erfreulich, dass sich der Kreisausschuss letztendlich auf Anregung der Kreistagsmitglieder mit neuen Finanzierungsmethoden beschäftigt habe. Kreisrat Hannemann geht davon aus, dass künftig keine Schule mehr um-, aus- oder neu gebaut werde, ohne alle alternativen Finanzierungs-

methoden kritisch geprüft zu haben. Dies sei man den Kindern in jedem Fall schuldig. Der Landkreis sollte diese Möglichkeiten nicht außer Acht lassen.

Aus den Fehlern lernen bedeute auch, zu analysieren, wie die Schulpolitik in den vergangenen Jahrzehnten gelaufen sei. Kreisrat Hannemann vertritt hierzu die Meinung, dass schlecht kommuniziert worden sei. Er selbst sei auch im Gymnasium Gersthofen gewesen und habe die Zustände dort gesehen. Offensichtlich sei dieser Zustandsbericht aber gar nicht in den Kreistag gekommen. Viele der Kollegen kannten diese Zustände nicht. Deshalb müsse man sich überlegen, wie es passieren könne, dass eine Schule vor sich hin rottet, Toiletten über Jahre und Jahrzehnte nicht benutzt sowie Klimaanlage nach Jahren der Fertigstellung abgeschaltet werden müssen und der Kreistag hiervon keine Kenntnis habe. Es gehe nicht nur darum, beispielsweise die Toiletten zu reparieren, sondern die viel spannendere Frage sei, wie verhindert werden könne, dass weiterhin so etwas passiere. Man habe es in den letzten Jahrzehnten versäumt, den Bestand zu pflegen und habe nun einen gigantischen Investitionsstau, mit dem man sich heute herumschlagen müsse. Die Probleme wurden nach hinten geschoben. Wenn heute Schulen renoviert oder neu gebaut werden, dann gehöre dazu nicht nur, den Bau sicherzustellen, sondern auch, sich zu überlegen, wie man den Bestand zukünftig sichern könne. Ansonsten stehe man in 10 oder 20 Jahren wieder genauso da und müsse wieder anfangen, die Schulen von Grund auf zu renovieren oder abzureißen, die man heute errichte. Kreisrat Hannemann betont, so könne es nicht weitergehen. Man müsse diesbezüglich ganz dringend aus der Vergangenheit lernen.

Auch zur Wirtschaftspolitik wurden von seinen Vorrednern die wichtigsten Aspekte bereits genannt, so Kreisrat Hannemann. Es sei nicht befriedigend, dass der Personalstand bislang aufgestockt wurde. Man habe ein Gutachten, das umgesetzt werden müsse. Hier stehe der Landrat im Wort und habe versprochen, dass in Kürze ein Konzept vorliegen werde, damit der theoretische Ansatz aus dem Gutachten in praktische Handlungsweisen umgesetzt werden könne. Kreisrat Hannemann erklärt, er sei sicher, dass bei der Haushaltsrede im Jahr 2012 hier auch Vollzug gemeldet werden könne.

Das gemeinsame Auftreten in der Region sei in der Wirtschaftspolitik nicht gegeben. Hierzu teilt Kreisrat Hannemann auch die Einschätzung seiner Vorredner zum Innovationspark, wengleich er das in der Zeitung zitierte Knirschen so nicht nachvollziehen könne. Er würde dies ein bisschen anders sehen. Momentan sei der Landrat derjenige, der sich ans Steuer gesetzt habe und das Gas trete, während dies dem OB als Beifahrer nicht passe. An dieser Stelle betont Kreisrat Hannemann außerdem, dass der Landkreis ständig seine Mitarbeit angeboten habe, da man nicht nur zuhören, sondern aktiv mitwirken wolle. Er sehe dies als regionales Problem. Die Verwaltungen der Stadt Augsburg müssen lernen, dass man Dinge auch gemeinsam lösen könne. Wenn man diese nicht gemeinsam löse, dann könne man hinterher, wenn es schief gegangen sei (Thema Messe), nicht plötzlich wieder seine partnerschaftlichen Gefühle erkennen. Dafür sei es dann etwas zu spät. Deswegen appelliert Kreisrat Hannemann in Sachen Messe sowie in Sachen Innovationspark an die Partnerschaft sowie an die Vertragstreue. Wenn man als Partner, wie z. B. bei der Messe, einen Vertrag mit einem klaren Finanzierungskonzept schließe, dann erwarte er von seinem Partner, dass er seine Verpflichtungen einhalte. Bei der Messe werden diese Verpflichtungen derzeit nicht und beim Innovationspark ebenfalls noch nicht eingehalten. Man wolle ein Miteinander und keine reine Informationspolitik.

Anschließend stellt Kreisrat Hannemann fest, dass der vorliegende Haushalt in der Summe verantwortbar sei. In manchen Punkten sei der Haushalt auf Kante genäht. Der Haushalt sei ein notwendiger Kompromiss. Die reine Durchreichung der von oben auferlegten Mittel wäre aus Kreisperspektive sicherlich vertretbar, im Hinblick auf die Kommunen aber nicht verantwortbar gewesen. Der Landkreis habe einen knappen Haushalt, auf den man sich mit viel Schmerzen geeinigt habe. Das Jahr 2011 werde sich damit gestalten lassen. Die Hauptaufgabe werde es sein, dafür Sorge zu tragen, dass die gesteckten Ziele auch umgesetzt wer-

den. Weil man einen soliden und zukunftsorientierten Haushalt habe, werde auch die Fraktion der Freien Wähler diesem Haushalt zustimmen.

Auch **Kreisrätin Jung** bedankt sich vorab bei Herrn Seitz für die Vorbereitung des Haushalts 2011 sowie bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Amt, die an der Erstellung dieses Haushalts beteiligt waren. Sie dankt Herrn Seitz außerdem für die Zeit, die dieser sich genommen habe, um den Haushalt in ihrer Fraktion vorzustellen. Die Unterlagen zu den Beratungen seien immer auf dem aktuellen Stand fortgeschrieben, gut gegliedert und übersichtlich dargestellt gewesen.

Die Haushaltsberatungen 2010 seien bei den Stellungnahmen stark auf die Wirtschaftskrise und deren Auswirkungen auf den Landkreis fokussiert gewesen. Da das Steueraufkommen der Kommunen im Jahr 2009 nach mehreren guten Jahren gesunken war, sei zu befürchten gewesen, dass sich 2010 – bedingt durch die Finanzkrise – der Trend nach unten fortsetze. Im ersten Halbjahr sei dies auch noch so gewesen. Doch glücklicherweise zeichnete sich schon in der zweiten Jahreshälfte eine Trendwende ab. Trotz leicht steigenden Wachstums sei die Finanzkrise noch nicht überwunden und sparsames Haushalten angesagt. Nachdem heute jeder dem Haushalt 2011 einen Namen gegeben habe, so sei dies aus ihrer Sicht eher ein Haushalt der Sorgen mit dem Auftrag des Gegensteuerns und mit nachhaltiger Finanzpolitik, so Kreisrätin Jung.

Im Dezember 2010, nach Bekanntwerden der Bezirksumlagenerhöhung, sei man mit einem Defizit von 9,3 Mio. € in die Beratungen eingestiegen. Man sei sich einig gewesen, dass erst nach den Beratungen in den Fachausschüssen eine Kreisumlagenerhöhung diskutiert werde. Es wurde gestrichen und verschoben, die Einnahmen wurden am oberen Limit ausgerichtet. Deckungsringe wurden gedeckelt und Erhöhungsanträge durchwegs abgelehnt. Durch die Erhöhung der Bezirksumlage, weniger Schlüsselzuweisungen und einer geringeren Umlagekraft allein fehlen im Haushalt rd. 6,7 Mio. €. Maximal dieser Betrag, den der Landkreis "unverschuldet" aufbringen müsse, sollte die Obergrenze der Ulagenerhöhung für den Landkreis bei den fraktionsinternen Beratungen der Grünen sein. Es sei auch das Ziel gewesen, das übrige Defizit durch Einsparungen in den Fachausschüssen auf null zu bringen. Kreisrätin Jung legt dar, dass es ihrer Fraktion von Beginn an wichtig gewesen sei, sparsam zu wirtschaften, um die kommunalen Haushaltskassen nicht über die Maßen mit einer Kreisumlagenerhöhung zu belasten. Allerdings wollte ihre Fraktion heuer keinesfalls die Umlage für das Klinikum aussetzen, wie dies von der SPD vorgeschlagen wurde. Dies wäre im Endeffekt eine Schuldenmehrung bzw. ein Verschieben dieser Schulden in die Zukunft und in den Augen der Grünen daher keine vorausschauende und nachhaltige Finanzpolitik gewesen. Kreisrätin Jung macht an Kreisrat Güller gerichtet deutlich, ihre Fraktion könne lesen. Man könne auch den Haushalt lesen. Es gebe einfach nur unterschiedliche Auffassungen zu verschiedenen Positionen.

Vor Ort bemühe man sich um Einsparungen. Kreisrätin Jung wirft jedoch die Frage auf, was all diese Anstrengungen nützen, wenn die bayerische Staatsregierung die Städte und Gemeinden immer mehr ausbluten lasse und auch bei den Landkreisen immer größer werdende Lücken klaffen. Die Lage vieler Gemeinden sei alarmierend. Knapp 40 % der Gemeinden konnten 2010 die Zuführung zum Vermögenshaushalt nicht mehr erwirtschaften. Sie benötigten Kredite, um ihre laufenden Aufgaben erledigen zu können. Die Grünen sehen dieses Problem sehr wohl.

Die Steuersenkungsbeschlüsse der Bundesregierung seien überproportional nachteiliger für die Kommunen und den Landkreis als für den Landeshaushalt. Durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz fehlen in Bayern 2011 327 Mio. €. Dies bedeute umgerechnet auf die Einwohner des Landkreises, dass im Landkreishaushalt 6 Mio. € weniger für die zu erfüllenden Aufgaben zur Verfügung stehen.

Der Sozialhilfeausgleich bleibe im Landtagshaushalt bis 2012 mit 583 Mio. € unverändert auf dem gleichen Niveau wie seit 2009. Aufgrund höherer Fallzahlen hätten alle Bezirke einen Mehrbedarf von insgesamt 360 Mio. € sowie zuzüglich ein Defizit von 40 Mio. € aus 2009. Es fehle eine Finanzierung dieser gestiegenen Kosten im Sozialhilfebereich. Dieser Fehlbetrag müsse deshalb auf kommunaler Ebene finanziert werden. Wie bekannt, wurde die Bezirksumlage aufgrund dessen um 2,5 Punkte auf 22,4 Punkte erhöht; dies seien 40,385 Mio. €. Die Staatsregierung lasse die Kommunen im Regen stehen. Kreisrätin Jung erklärt, sie vermisse diesbezüglich den kommunalen Aufschrei.

Die Rettung der Bayern LB und die Milliarden, die dafür von bayerischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern aufgebracht werden müssen, belasten die kommunalen Haushalte zusätzlich, da die Mehrausgaben im Staatshaushalt zu einer geringeren Mittelbereitstellung führen und damit die Gestaltungsmöglichkeiten im Landkreis verringern. Pensionsrückstellungen werden von der Landesregierung auf null gesetzt. Dies sei am Ende wieder eine Mehrverschuldung und auch keine nachhaltige Finanzpolitik. Für diese Zahlungen müsse aufgefunden werden. Die Schulden würden so wieder auf die Kommunen verlagert und in die Zukunft verschoben. Der Bund ziehe sich bei der Wohngeldzuteilung von Hartz IV-Empfängern zurück. Dies wirke sich ebenfalls auf die kommunale Familie aus.

Bei der Mittelverteilung lassen Bund und Land die kommunale Ebene mit den sozialen Aufgaben allein. Sie sanieren ihren Haushalt zulasten der Kommunen und nachfolgenden Generationen, indem sie die Zuweisungen kürzen und sich gleichzeitig einmal mehr aus der Verantwortung stehlen.

Bei dem aufgezeigten Verteilungssystem müsse sich der Schuldenstand unwillkürlich erhöhen. Die Frage sei, wie der Landkreis seine Pflichtaufgaben erfüllen oder investieren solle, wenn die Lasten immer auf die unteren Ebenen verteilt werden, ohne dies finanziell auszugleichen. Dies dürfe man sich nicht länger bieten lassen. Auch Bund und Land müssten sich an das Konnexitätsprinzip halten.

Man brauche nur einen Blick auf die Aufstellung dieses Kreishaushaltes auf Seite V 34 zu werfen. Dann sehe man, dass sich – bei allen berechtigten Vorhaben – die unmittelbaren Schulden im Landkreis 2011 um weitere 14,4 Mio. € auf dann 45,8 Mio. € erhöhen werden. Da Herr Seitz ein sehr gewissenhafter Kämmerer ist, geht Kreisrätin Jung davon aus, dass diese Zahlen ihre Richtigkeit haben. Selbst wenn die veranschlagten Kreditaufnahmen nicht vollständig ausgeschöpft werden, liege der Betrag zwischen 12 bis 15 Mio. € über dem Schuldenstand der letzten Jahre. Der Landkreis müsse hier unbedingt gegensteuern. Doch dies gehe nur, wenn sich Bund und Land an den sozialen Aufgaben stärker beteiligen.

Bei der energetischen Sanierung der landkreiseigenen Gebäude habe es der Landkreis selbst in der Hand, einzusparen. Die Betriebskosten ließen sich damit deutlich reduzieren und man spare das Klima bei gleichzeitiger CO₂-Einsparung. Die Grünen hätten in der Vergangenheit die Diskussion angestoßen, in den Klimaschutz zu investieren, z. B. mit einer Hackschnitzelheizung für das Jugendheim Dinkelscherben, mit dem Bau von Photovoltaikanlagen auf Landkreisgebäuden, mit Passivbauweise usw. Die Grünen tragen daher natürlich alle Entscheidungen zur energetischen Gebäudesanierung mit und hoffen, dass der Landkreis diesen eingeschlagenen Weg – auch in Zukunft – konsequent weiter gehe. Die Grünen schlagen ferner vor, dass die Ersparnisse an Energie- und Betriebskosten durch energetische Sanierungen festgestellt, ausgewiesen und für die Schuldentilgung verwendet werden. Mit den Ressourcen schonend umgehen und klug haushalten: Dies sei nachhaltige Finanzpolitik, wie sie sich die Grünen vorstellen.

Für die Schulinvestitionen seien seit 2009 und damit seit der neuen Legislaturperiode erhebliche Mittel aufgewendet worden. Der Investitionsstau sei entstanden, weil in den Jahren vorher viel eingespart und ausgesessen wurde und somit ganz wenig passiert sei. Kreisrätin Jung erklärt, sie wolle die einzelnen Maßnahmen jetzt nicht aufzählen. Dies wurde vorhin schon zur Genüge getan. In den Schulbau werden knapp 73 Mio. € investiert. Dies sei wirk-

lich ein erheblicher Betrag. Demnächst komme noch das Gymnasium in Gersthofen hinzu. Ansprechende, landkreiseigene Schulgebäude finden höheren Zuspruch und werden von den Schülerinnen und Schülern besser angenommen. Die Gastschulbeiträge lassen sich damit reduzieren. Man lerne viel besser in einer schönen Schule, wie in solch maroden Gebäuden in der Stadt Augsburg, wo man erst einen Farbeimer mitbringen und selber streichen müsse, wenn es etwas freundlicher im Raum werden soll. Diese Investitionen in Gebäude seien wichtig und ein Beitrag des Landkreises für eine vielfältig aufgestellte Schullandschaft. Genauso wichtig sei aber auch, dass die Staatsregierung ihren Aufgaben im Schul- und Bildungsbereich nachkomme und z. B. für kleinere Klassen und genügend Lehrpersonal Sorge. Ein Umbau des Schulsystems sei insgesamt fällig.

Verbesserungen bei der Bildung hätten die Grünen immer wieder gefordert. Wie aufgezeigt, sei auch viel passiert. Trotzdem gehe es häufig einfach noch zu langsam. Manchmal seien die Verzögerungen unerträglich. Natürlich wisse man um die jeweilige Problematik. Bereits seit sechs Jahren werde für eine Verbesserung bei den Beruflichen Schulen in Neusäß plädiert. Inzwischen sei in Neusäß ein richtiges Containerdorf entstanden. Ähnlich sei es beim Gymnasium Diedorf. Grundsatzentscheidung, Schulgutachten und Standortfrage seien wichtig, es ziehe sich aber einfach alles viel zu lange hin. Und oftmals stelle sich das Ende der Debatte nicht viel anders dar als der Beginn. Übrigens werde es von den Grünen sehr bedauert, dass versäumt wurde, für das Gymnasium in Diedorf ein eigenes Profil zu entwickeln. Ein Alleinstellungsmerkmal, das dieses Gymnasium von anderen unterscheide, wäre für die Bildungslandschaft eine echte Bereicherung gewesen. Leider habe der Landkreis diese Chance vertan. Die Grünen plädieren in Diedorf auch für einen Gymnasiums-Neubau. Schon bei der Standortentscheidung sei für die Grünen die verkehrliche Anbindung ein Entscheidungskriterium für Diedorf gewesen. Wäre damals bekannt gewesen, dass die Absicht bestehe, das Gymnasium der bestehenden Schule anzugliedern, wäre die Entscheidung – vermutlich nicht nur bei den Grünen – anders ausgefallen.

Die oben aufgeführten Baumaßnahmen zeigen, dass der Landkreis hier den richtigen Weg eingeschlagen habe. Energetische Sanierungen seien Investitionen in die Zukunft, sie seien Vorzeigeobjekte, mit denen der Landkreis punkten könne.

Gleichzeitig schaffe und sichere der Landkreis mit diesen Maßnahmen regionale Arbeitsplätze im Baugewerbe und Handwerk und stärke somit die Wirtschaft.

Mit einer weiteren BOS/FOS im Landkreissüden, die mit einem geeigneten Raumkonzept belegt werden sollte, könnte die Schullandschaft im Landkreis noch attraktiver gemacht werden. Die Grünen stehen diesem Projekt offen gegenüber und seien gespannt, was die Probebeschreibungen ergeben.

Die Grünen seien für die schnelle Wiederbesetzung der Stelle einer/s Klimaschutzbeauftragten im Landkreis, und zwar als unbefristete Vollzeitstelle. Denn nur so sei gewährleistet, dass sich qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber mit Erfahrung und Sachverstand melden. Das Stellenprofil, wie es sich die Grünen vorstellen, liege vor. Daran habe sich nichts geändert. Der Landkreis brauche jemanden, der die geplante Energieagentur begleite, der Ideen und Konzepte entwickle, die dem Landkreis noch ein stärkeres Profil in Sachen Klimaschutz geben. Der Aufgaben seien es viele. Man müsse jetzt schnell handeln. Gut eingesetzt trage sich diese Stelle wohl selbst, wie die Erfahrungen in anderen Kommunen gezeigt hätten.

Zum Klimaschutz gehöre auch ein attraktiver Nahverkehr. Um diesen zu verbessern, habe sich der Kreistag auf Informationsfahrt begeben und sich Anregungen geholt. Die Grünen hätten in Mittelneufnach eine Verkehrsveranstaltung mit hochkarätigen Referenten organisiert, um aufzuzeigen, wie guter Nahverkehr funktionieren könne, wenn Rahmenbedingungen und Qualitätsstandards stimmen. Viele, auch Kolleginnen und Kollegen aus dem Kreistag, seien dabei gewesen.

Der Landkreis habe nun die Machbarkeitsstudie der Staudenbahn vorliegen, und zwar mit verschiedenen Varianten. Bei ehrlichem Kosten-Nutzen-Vergleich könne in den Augen der Grünen nur die Variante 3 in Frage kommen. Sie stelle die beste Lösung mit dem höchsten Fahrgastnutzen, mehr Betriebsleistung, mit zeitgemäßer Technik und mit Elektrifizierung bei optimaler Mittelausnutzung dar. Es sei das Ziel der Grünen, jetzt weiterzumachen, jetzt zu verhandeln und die Staudenbahn jetzt bis Langenneufnach zu reaktivieren. Wenn dafür 2011 zusätzlich Mittel notwendig werden sollten, dann müsse nach geeigneten Finanzierungsmöglichkeiten gesucht werden. Denn nur mit einem guten Nahverkehrsangebot könne man die Staudenregion stärken und "Landflucht" verhindern.

Eine erneute Fahrgastzählung sei nach Meinung der Grünen für die weiteren Schritte nicht erforderlich. Bereits im DEC-Gutachten von 1997 liegen die prognostizierten Fahrgastzahlen über 1.800 pro Tag und genügen damit völlig für die Realisierung. Nach der letzten Erhebung des AVV seien die Zahlen noch höher. Die Staudengemeinden hätten ihre Hausaufgaben gemacht. Entlang der Strecke gebe es nur positive Gemeinderatsbeschlüsse. Der Landkreis könne die Gemeinden unmöglich noch länger hinhalten. Kreisrätin Jung wirft die Frage auf, wieso man noch warte. Verzögerungen kosten nur Geld. Jetzt sei der Landkreis dran und müsse seine Hausaufgaben machen. Die Fahrgastzahlen könnten, falls manche meinen, auch parallel erfasst werden, seien aber nicht entscheidungsrelevant.

Entscheidend aber sei der Trassenpreis. Es könne nicht angehen, dass der Freistaat beim Landkreis nur 3,20 € Trassenentgelt bezahlen wolle, während er bei der Tegernseebahn z. B. 6,20 € pro Trassenkilometer locker mache. Kreisrätin Jung fordert die Landtagsabgeordneten auf, sich für die Staudenbahn und damit für die Staudenregion stark zu machen. Deren Verhandlungsgeschick werde bei der Höhe der Streckenentschädigung mit ausschlaggebend sein.

Die Staudenbahn sei nicht die einzige Herausforderung beim ÖPNV. Der Nahverkehrsplan müsse fortgeschrieben werden. Da sich dies nicht direkt auf den Haushalt 2011 auswirkt, möchte Kreisrätin Jung heuer auch nicht näher darauf eingehen. Die Fortschreibung des Nahverkehrsplanes werde allerdings eines der wichtigsten Themen im kommenden Jahr sein. Damit werden mittel- bis langfristig die Weichen im Nahverkehr für den gesamten Landkreis gestellt. Dazu gehöre, die Verlängerung der Linie 3 nach Königsbrunn vom Zielnetz ins Ausführungsnetz zu übernehmen und den Betrieb dafür sicherzustellen. Damit sei die Linie 3 Landkreisthema. Bei den Beratungen des Nahverkehrsplanes müsse unbedingt das Brechungskonzept der Buslinien im Landkreis kritisch geprüft werden. Dies sei derzeit äußerst mangelhaft. Bei all diesen Beispielen werde auch deutlich, dass Ökologie und Ökonomie kein Gegensatz seien.

Bei der Jugendhilfe überschreite die Nettobelastung mit 10,7 Mio. € erstmals die 10 Mio. € Grenze. Erhöhungsanträge wurden – analog zu allen anderen Fachbereichen – durchwegs abgelehnt. Die räumliche Erweiterung der Christophorusschule z. B. wurde vertagt, weil die damit einhergehende Kostenmehrung nicht finanzierbar sei. Das Problem der Raumknappheit sei damit jedoch nicht gelöst. Dies sei ein Beispiel dafür, dass keine "Polster" mehr vorhanden seien.

Leider konnte der Zuschussantrag vom Verein Wildwasser wegen Verfristung nicht behandelt werden. Vielleicht sei dies im nächsten Jahr anders.

Das Jobcenter – vormals ARGE – habe eine neue Geschäftsführerin. Ihr werde die Arbeit sicher nicht ausgehen. Obwohl die Konjunktur langsam wieder anziehe und die Arbeitslosenzahlen sinken, gebe es bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende lange nicht die erhoffte Entlastung. Oftmals reiche das Einkommen nicht zum Auskommen, so dass die öffentliche Hand – der Landkreis – beim Aufstocken helfen müsse, um die Grundbedürfnisse der Familien zu sichern. Dies sei ein Armutszeugnis für ein wirtschaftlich hoch entwickeltes Land wie Deutschland. Dies komme daher, dass die Arbeitgeber am liebsten ohne Beschränkungen agieren. Sie wollen keine gesetzlichen Regelungen, sichern "freiwillige" Selbstverpflichtung zu, ohne die Pflicht selbst ernst zu nehmen und sie zu erfüllen.

Die Arbeitnehmer hätten immer mehr Lasten zu tragen, wie z. B. bei der Krankenversorgung. Schritt für Schritt verlassen die Arbeitgeber die Solidargemeinschaft. Den Ausgleich für niedrige Löhne tragen die Kommunalinstitutionen und somit die Allgemeinheit. Dies sei wieder eine Verlagerung von oben nach unten.

Beim Gesundheitssektor im Landkreis gebe es Erfreuliches zu berichten. Es gehe aufwärts. Der Zuschussbedarf im Klinikum liege mit 4,7 Mio. € heuer um 800.000 € unter dem des letzten Jahres. Natürlich müsse man die Mitarbeiter mitnehmen, wenn man neue Strukturen schaffen. Eine Privatisierung komme auch für die Grünen nicht in Frage.

Besonders erfreulich sei die Entwicklung bei den Wertachkliniken. Die Zusammenlegung der Krankenhäuser Schwabmünchen und Bobingen zu den Wertachkliniken sei die richtige Entscheidung gewesen, was die Zahlen der Jahresrechnungen belegen. Die Wertachkliniken seien gut aufgestellt. Im Erfolgsplan 2011 können von einer schwarzen Null ausgegangen werden.

Insgesamt seien die Haushaltsberatungen 2011 sehr sachbezogen verlaufen. In den Betrachtungen der Fraktionen habe es keine grundlegenden Meinungsunterschiede gegeben. Für die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen seien die wichtigsten Kriterien in diesem Haushalt die Investitionen in Bildung, Investitionen in den Klimaschutz, eine sparsame Haushaltsführung und keine unnötige Schuldenverlagerung in die Zukunft. Diese Kriterien sehen die Grünen erfüllt und stimmen dem Haushaltsplan 2011 zu.

Wenn sich allerdings bei Bund und Land im Verteilungssystem und bei der Verantwortung gegenüber den Kommunen nichts ändere, werde der Landkreis all das, was er in den nächsten Jahren auf der Agenda habe, nicht schultern können.

Für die Fraktion FDP/ödp spricht **Kreisrat Buhl**, der ausführt, Demokratie sei ein unsägliches Geschäft. Dies zeige sich spätestens beim Zuhören. Dies sei aber immer noch die beste Rechts- und Staatsform, die man habe.

Kreisrat Buhl stellt weiter fest, er könne sich die bereits ausgebeuteten Zahlen des Haushalts ersparen und brauche diese nicht neu aufzutischen. Der Kreistag bringe heute einen Haushalt auf den Weg, der schon bei der ersten Vorstellung durch den Landrat – mit einem Fehlbetrag einschließlich der offenen Listenpositionen nahe an die 10 Mio. € heran – größere Kopfschmerzen auslöste. Die bereits dargestellten Faktoren, die der Landkreis nicht beeinflussen könne, hätten allein schon mehr als die heute zur Abstimmung stehenden 3 Erhöhungspunkte gerechtfertigt. Wenn sich der Haushalt heute ausgeglichen präsentiere, dann sei dies das Ergebnis konstruktiver und kritischer Arbeit in den Fachausschüssen und solidarisches Handeln auch und gerade für die Gemeinden im Landkreis.

Der Haushalt 2011 komme angesichts des pauschalen Gejammers landauf und landab noch mit einem blauen Auge davon. Wer die Medienberichte aufmerksam verfolge, könne täglich nachlesen, dass es den Kommunen bei der Aufstellung ihrer Haushalte gar nicht so schlecht gehe, wie dies allgemein gesprochen und diskutiert werde. Es gebe natürlich immer welche, die durch das Raster fallen. Dies gelte aber sowohl nach oben wie auch nach unten. Die eigentlich gute finanzielle Lage sei der boomenden Wirtschaft zu verdanken. Dies sei auch ein Erfolg der Bundesregierung und des liberalen Wirtschaftsministers Brüderle. Kreisrat Buhl wirft aufgrund einiger Kommentare dazu aus den Reihen des Kreistags die Frage auf, wer denn den Wirtschaftsminister gedrängt habe, dass dieser beispielsweise Geld für Opel locker machen solle und wer dann Recht gehabt habe. Wer habe geglaubt, dass sich Deutschland so schnell aus der Krise erholen könne und nun die Wirtschaftslokomotive in Europa sei. Der Ifo-Geschäftsklimaindex kletterte zum neunten Mal in Folge auf nunmehr 111,2 Punkte. Der Aufschwung in Deutschland sei robust, kommentierte Ifo-Chef Sinn diese Zahlen. Die gute Stimmung sei in allen Wirtschaftsbereichen zu spüren. Dies wertet Kreisrat Buhl genau zur Haushaltsverabschiedung im Landkreis Augsburg als ein gutes und auch ein beruhigendes Signal angesichts der Herkulesarbeit, die im investiven Bereich auf den Landkreis warte.

Bei der Diskussion zum Haushalt 2010 sei sich der Kreistag einig gewesen, dass man sich ab 2011 ernsthaft einen Rahmen über alle Investitionsvorhaben setzen müsse und diese – so notwendig sie auch sein mögen – am Machbaren ausrichte. Kreisrat Buhl erklärt, man habe sich mächtig angestrengt und er glaube auch, dass dies weitgehend gelungen sei. Kollege Liebert habe den Haushalt mit Namen versehen. Auch FDP und ödp können ihn ein Stück weit charakterisieren. Landrat Sailer weise in seiner Begrüßung auf der Internetseite des Landkreises darauf hin, dass das Augsburgische Land ein Familienland sei. Kreisrat Buhl merkt an, so würde er alle im Haushalt eingestellten Mittel auch dafür als Treffer setzen und spreche davon, dass dieses zuverlässige Zahlenwerk für die Familien im Landkreis ein Familienhaushalt sei. Die bereits angesprochenen Kraftanstrengungen im Bildungsbereich, im Sozialwesen, in der Kultur und im Sport – um nur einige Bereiche zu nennen – seien das glaubwürdige und verlässliche Rückgrat der Familien im Landkreis.

Auch die FDP/ödp-Fraktion fände es schön, wenn der Landkreis alle Leistungen noch besser, noch billiger, noch schneller und noch umfassender auf den Weg bringen könnte. Aber auch dem Landkreis seien Vorgaben und das Augenmaß gesetzt, zunächst die Pflichtaufgaben und dann das Wünschenswerte und die Kür anzugehen. Hier unterscheide sich seine Fraktion in der Verantwortung von so manchen Kollegen, die am Samstag noch einen Forderungskatalog aufstellen, in dem der Landkreis trotz einstimmiger Beschlüsse im Kreistag und in den Fachausschüssen aufgefordert werde, die Bildungsinvestitionen noch schneller zu realisieren, als es die Planungen derzeit vorsehen, so Kreisrat Buhl, um am Montag dann schon Klage zu führen, dass die Kreisumlage nicht steigen dürfe. Dies seien Zielkonflikte, die nicht zueinander passen. Man müsse wissen, was man wolle, und dies habe seinen Preis. Interessant in dem Zusammenhang sei, dass sich auch Parteienvertreter – dies wurde heute schon angesprochen – öffentlich mit dem Haushalt beschäftigen. Diese sollten jedoch ihre Mandatsträger mit einbinden, damit auch Substanz in die Pressemeldung komme.

Das Klinikum habe vor kurzem Zahlen präsentiert, die manche schon zum Frohlocken veranlassen. Kreisrat Buhl bemerkt dazu, seine Fraktion wolle noch etwas zuwarten und wirkliche, exakte Ergebnisse abwarten. Dem Vernehmen nach seien die vorgelegten Zahlen ja schon enorm durch Rückstellungen und ähnliche Aufwendungen belastet. Die Nagelprobe werde man nach der Bilanz Ende 2012 machen. Dann werde man schlauer sein. Im Übrigen waren die Prognosen der neuen Geschäftsleitung schon Ende 2008 vom alten Vorstand so gegeben, mit in etwa exakt den gleichen Zahlen. Dies dürfe an dieser Stelle auch einmal wiederholt werden. Seine Fraktion sei in diesem Gremium nicht vertreten, so Kreisrat Buhl. Deshalb sei man auf Informationen angewiesen, die man sich anderweitig hole.

Dass die SPD-Fraktion jetzt schon auf notwendige Rückstellungen für das Klinikum verzichte und dadurch die Kreisumlage verringern wolle, sei ein Harakiri-Versuch und könne angesichts belastbarer Zahlen nur als Populismus den Gemeinden gegenüber gewertet werden. Die FDP/ödp-Fraktion verteile erst mit, wenn der Landkreis dadurch erkennbar nicht in Schieflage gerate.

Die weiteren Reduzierungen, die angesprochen wurden, seien allenfalls keine Einsparungen, sondern Verschiebungen auf Folgejahre. Auch dies müsse dem Kreistag bewusst sein. Diese kämen alle wieder auf den Prüfstand und werden dann sicherlich auch wieder in den Haushalt eingestellt.

Zu den heute vom Kollegen Güller angesprochenen offenen Baustellen verweist Kreisrat Buhl darauf, dass man im Januar bei der ersten Diskussion im Kreisausschuss, als auch schon Fakten und Zahlen der Fachausschüsse vorlagen, gedacht habe, dass dort Probleme angesprochen werden, damit diese dann hinterher in den Fraktionen diskutiert werden können. Spätestens in der zweiten Sitzung des Kreisausschusses wäre dies wieder möglich und nötig gewesen. Das Ganze dann als neue Baustelle in einer dritten Lesung zu bringen, ohne dass die Fraktionen Möglichkeit hatten, darüber zu befinden, sei nicht der sonst übliche Stil

gewesen. Insofern habe Kreisrat Güller eine Baustelle neu aufgemacht, und nicht der Landkreis bzw. die Landkreisverwaltung.

Bei der Staudenbahn gebe es noch Hausaufgaben zu erledigen, wenngleich die bereits vorhandenen Fahrgastzahlen wohl ausreichen sollten, um an dieser wichtigen Achse des ÖPNV weiterzuarbeiten.

Beim ÖPNV stehe die Fortschreibung an. Dazu wurde dem Antrag von FDP und ödp stattgegeben, dass eine umfassende Gesamtplanung für den Landkreis und darüber hinaus als Blick über den Tellerrand erstellt werde, die ohne Tabus als Bestandsaufnahme eine Stärken-Schwächen-Analyse für den Kreistag als Entscheidungshilfe liefern soll. Die Tarife im ÖPNV steigen immer weiter an. Das Leistungsprofil werde aber nicht verbessert, um nicht zu sagen, eher verschlechtert. Die Brechung der Busse ab der Bahn spülen der Stadt Augsburg laut Pressemeldungen gewaltige Summen mehr in die Kasse. Der Landkreis profitiere hiervon leider nicht. Es stelle sich hier doch die Frage, wo dabei der Ausgleich für die weiteren Gesellschafter bleibe. Man werde eigentlich von Augsburg nur an den Tisch geholt, wenn es um die Verteilung der Ausgaben gehe. Die Kreisräte dürfen dann politisch gesehen den Kopf für diese Brechung hinhalten. Kreisrat Buhl schlägt vor, hierzu einmal einen Betreiber des ÖPNV zu fragen, wie beispielsweise Bürgermeister Schantin aus Gersthofen.

Die Stadtwerke verstehen sich schon längst nicht mehr als Dienstleister, sondern als bestimmender Dominator im AVV. Wer sich allein nur das Gewürge um die Unprofessionalität bei der Anbindung der Stadt Königsbrunn an das Straßenbahnnetz ansehe, dem komme das Grausen. Wer sich aber näher mit den Akteuren beschäftige, die dafür verantwortlich seien, der finde Parallelen zu früheren Tätigkeiten. Mehr solle dazu an dieser Stelle nicht gesagt werden.

Weiter erklärt Kreisrat Buhl, er sei dem Kollegen Liebert dankbar, dass dieser Wirtschaftsminister Zeil und die Handlungsweisen, die dieser hinsichtlich der dritten Gleise vorgegeben habe, zur Sprache gebracht habe. Minister Zeil habe vor einem Jahr im Kreistag keine Versprechungen gemacht, sondern gesagt, er sei hier, um sich die Sorgen anzuhören. Dies habe er getan und dazu die Frage aufgeworfen, ob der Kreistag erwartet habe, dass er komme und es mache wie seine Vorgänger.

Für die FDP/ödp-Fraktion sei die Schülerbeförderung nach wie vor ein brandheißes Thema. Die Beförderung von Kindern in Reisebussen ohne Stehplatzzulassung mit über 20 stehenden Kindern bei Geschwindigkeiten von über 80 km/h, Defizite an Haltestellen und lange Fahrzeiten seien nur einige der Schwachstellen, an deren Ausmerzungen man arbeite. Es werden alle den schweren Unfall in Gersthofen – ohne Schuld der dortigen Verkehrsbetriebe – registriert haben. Man könne nur froh sein, dass der Unfall nicht eine halbe Stunde früher passiert sei, als der Bus noch mit Schulkindern voll besetzt war. Man stelle sich vor, dies wäre ein Reisebus mit stehenden Kindern gewesen.

Kreisrat Buhl weist darauf hin, dass er für seine Fraktion seinerzeit bei der Schulausschreibung zahlreiche Verbesserungen angemahnt habe, die in die neue Ausschreibung hätten einfließen können oder sollen. Leider sei dies ohne Unterstützung anderer geschehen. So sei es dabei auch geblieben. Für FDP und ödp sei die Schulwegsicherheit ein hohes Gebot. Wenn Erwachsene in Reisebussen Anschnallpflicht haben und Schulkinder darin stehend transportiert werden, dann könne irgendetwas nicht stimmen. Den Hinweis des Landrats in einem Ausschuss, dass man dann am besten alle Kinder mit dem Taxi zur Schule fahren müsste, nehme er einfach als Ausrutscher hin, so Kreisrat Buhl. Er glaube, dies sei so auch nicht gemeint gewesen.

Die Eltern wollen die optimale Sicherheit für die Schülerbeförderung, auch wenn es unter Umständen etwas mehr Geld koste. Darüber müsse man im Laufe des Jahres sicherlich noch einmal reden.

Die gewaltigen Investitionen für die Bildung seien für die FDP/ödp-Fraktion keine Frage. Diese seien dringend und überfällig. Sie zeigen aber auch schonungslos die Sünden der Ver-

gangenheit auf. Der neue, junge Landrat setze auf Investitionen im Bildungsbereich. Dies sei die bestmögliche Sozialpolitik. Dieser Weg sei auch nötig. Kreisverkehre habe man jetzt ausreichend. Kreisrat Buhl berichtet, dass er noch vor einigen Jahren vom Altlandrat nach einer berechtigten Kritik an der Raumsituation der Schulen abgekanzelt wurde. Dieser hatte erklärt, er lasse sich von Kreisrat Buhl seine intakte Schullandschaft nicht kaputt reden. Wie dies halt im Leben sei, so werde Geschichte hinterher geschrieben und man begegne sich immer zweimal.

Trotz allem Verständnis für immer wieder neu auftauchende Probleme – oder besser gesagt Herausforderungen – müsse man auch der Versuchung widerstehen, in die gemeinsam erarbeitete Prioritätenliste immer wieder neue Punkte einzufügen. Damit wirke der Landkreis nach außen hin nicht glaubhaft und man könne sich ansonsten auch schnell verzetteln. Kreisrat Buhl betont, diese Bitte gehe auch und gerade an die Leitungen der weiterführenden Schulen. Wenn er beispielsweise an das Gymnasium Gersthofen denke, so sei dem Schul- und Kulturausschuss wirklich erst im vergangenen Sommer bekannt gewesen, dass dort die Raumsituation so sei, wie sie geschildert wurde, und dass im Bauunterhalt eklatante Nachbesserungen nötig seien. Kreisrat Buhl betont, dies wusste im Schulausschuss wirklich niemand. Darum habe er dies auch so erklärt, was ihm hinterher gleich eine Rüge des Schulleiters einbrachte. Er werde dem Schulleiter demnächst das Protokoll der öffentlichen Sitzung zuleiten, damit dieser nachlesen könne, was von ihm Unehrenhaftes gesagt worden sein soll.

Eine FOS im Landkreissüden könne ein gewaltiger Befreiungsschlag in der Bildungslandschaft werden. Die Einschreibungen stehen bevor. Das Auftreten des Ministerialbeauftragten Maurer in der Augsburger Zeitung sei nicht unbedingt ein glückliches Agieren gewesen. Dieser habe starke Skepsis angebracht, dass die FOS im südlichen Landkreis zustande komme. Er hätte beispielsweise auch sagen können, dass er große Hoffnungen für die Entspannung der Raumsituation in Augsburg hege, wenn im Frühjahr in der Stadt A, B oder C eine FOS aufgrund der Schülereinschreibungen entstehen könnte.

Ferner erinnert Kreisrat Buhl an seine Ausführungen im vergangenen Jahr, wonach eine konkrete, nachhaltige Wirtschaftsförderung wichtig sei. Die Hoffnung sei groß gewesen, dass durch die Gründung der Regio Augsburg Wirtschaft GmbH ein Befreiungsschlag gelungen sei. Aber die derzeitigen Bemühungen – vor allem der Stadt Augsburg – in diesem Umfeld können nicht einmal vom Ansatz her überzeugen. Hier müsse bald Gravierendes passieren, sonst bleibe eigentlich nur die Reißleine. Der Freistaat Bayern werde die Idee eines Innovationsparks in Augsburg stark finanziell unterstützen. Die Rede sei von 16 Mio. €. Doch außer ehrenamtlichen Kräften aus der Wirtschaft, denen für ihr Engagement und diese Idee zu danken sei, sei es bislang nur bei Absichtserklärungen und Vorträgen geblieben. Es gebe keine erkennbare Struktur, wie dieses gewaltige Unternehmen überhaupt angegangen werden soll. Im Kreisausschuss seien sich deshalb auch alle Fraktionen einig, dass Augsburg zunächst seine Hausaufgaben machen müsse, bevor weiter über Beteiligungen des Landkreises – wohl gemerkt finanzielle – geredet werde. So schreibe die Augsburger Allgemeine am vergangenen Samstag vom "Knirschen im Gebälk". Auch dies wurde heute schon strapaziert, so Kreisrat Buhl. Bereits früher habe man gesagt, wenn es im Gebälk knirsche, dann sei bestimmt der Wurm drin.

Der Landkreis sei in der Wirtschaftsförderung jetzt personell besser als ursprünglich geplant aufgestellt. Der Landrat werde nun bald konkrete Ergebnisse präsentieren müssen, damit die Gleichung aufgehe. Es müssten in diesem Bereich klare personelle Weichenstellungen erfolgen und Zielvereinbarungen formuliert werden. Sonst habe man auch hier nur ein Gebilde, wie es beim Innovationspark Augsburg gerade kritisiert werde. In diesem Jahr werden alle zusammen darauf achten müssen, dass daraus kein Papiertiger werde. Gerne lasse man sich auch positiv überraschen.

Der Messestandort sei dem Landkreis lieb und – wie man aus dem Vorjahr wisse – auch teuer. Mit Schmerzen denke man noch an die Nachfinanzierung der neuen Messehalle mit fast einer halben Mio. €. Die liebe Nachbarstadt habe den Landkreis weder bei der Planung noch vor allem am Bau mit einer innovativen und zeitgemäßen Ausführung beteiligt. Dies sei nicht die Partnerschaft, wie sie der Landkreis verstehe. Wie es scheine, könne die Stadt Augsburg wegen ihrer chronischen Finanznot dort nicht die finanziellen Impulse setzen, die eine Messe brauche. Aus dem Mitgesellschaftervertrag sei der Landkreis bisher zuverlässig an allen Investitionen gemäß seiner Beteiligung dabei gewesen, und auch - wie das Vorjahresbeispiel zeige - darüber hinaus. Weitere Wünsche, wie eine Beteiligung am Betriebskostendefizit, seien von Anfang an ausgeschlossen gewesen und seien auch künftig nicht verhandelbar. Dabei spielen sicherlich auch Vorgänge und ein Gebaren aus der Vergangenheit wenigstens im Hinterkopf eine Rolle. Dort habe der Euro in mancher Beziehung sehr locker gegessen.

Im Bereich Umweltschutz habe die FDP/ödp-Fraktion im vergangenen Herbst einen Antrag eingebracht, der sich mit dem Ziel auseinandersetze, 100 % erneuerbare Energien zu erreichen. Dies sei sicher ein hehres Ziel, das nicht über Nacht erledigt werden könne. Man sollte dies aber weiter auf der Agenda belassen. Der Landkreis müsse das Thema – wie ein Kollege in der Sitzung gesagt habe – auch leben und vorleben. Kreisrat Buhl weist darauf hin, dass sein Fraktionskollege Robert Wittmann für alle diesbezüglichen Beratungen und Fragen zur Verfügung stehe, da dieser mit seinem Betrieb ein ausgewiesener Fachmann sei. Die Neubesetzung der Stelle Klimaschutz sei wieder geboten. Das Aufgabenprofil müsse aber von Anfang an deutlich sein. Hier ergeben sich natürlich Verbesserungen. Man könne nicht nur in Besichtigungsfahrten bei anderen schauen, wie dies gehe, sondern müsse vor Ort selber Hand an die Themen der heutigen Zeit anlegen.

Die vom Landkreis entrichtete Bezirksumlage sei jährlich der Hammer, dem die Schuld an der Höhe der Kreisumlage zugewiesen werde. Zunächst sei ausgeführt, dass der Bezirk Pflichtaufgaben – auch des Landkreises – übernehme, die dort durch Synergien sicher effizienter angesiedelt seien. Der Bezirkskämmerer habe darauf hingewiesen, dass in die Landkreise deutlich höhere Sozialleistungen zurückfließen als die enorme Bezirksumlage ausmache. Im Jahr 2009 – 2010 sei noch nicht spitz abgerechnet – standen einer Bezirksumlage von 34,8 Mio. € Sozialleistungen in Höhe von 45,2 Mio. € gegenüber. Die Frage werde sein, wie dies weitergehe.

Es bestehe Verständnis für die Ausführungen der SPD-Fraktion, die sich mit dem Haushalt des Bezirks intensiv auseinandersetzen wolle. Dies könne der Kollege Wagner, der Bezirkstagspräsidenten und sicher auch der dortige Kämmerer nur begrüßen. Transparenz sei beim Bezirk bei allen Entscheidungen oberstes Gebot und diene der Versachlichung und dem Verständnis für die Problemstellungen. Wer aber an dieser Stelle behaupte, dass der Bezirke dies im Elfenbeinturm mache und die Landkreise und Städte nicht eingebunden werden, der sage schlichtweg die Unwahrheit. Vielmehr sei es so, dass der Bezirkskämmerer seit über 20 Jahren jährlich alle Kämmerer der Landkreise und der kreisfreien Städte einlade und diese fast zeitgleich mit der Einbringung des Haushaltes in den Bezirk informiere. Kreisrat Buhl berichtet aus dem Bezirkstag außerdem, dass es den Bemühungen seiner Fraktion gelungen sei, den letzten weißen Fleck in Schwaben bei der Ausstattung der Regionen mit ambulanten Tagesstätten zu schließen. Es sei Beschlusslage im Bezirk, dass im Norden des Landkreises Augsburg eine entsprechende Einrichtung eröffnet werde. Die Vorbereitungsarbeiten dazu laufen jetzt an. Kreisrat Buhl bedankt sich an dieser Stelle für die Unterstützung durch den Landrat, den er frühzeitig in diese Idee eingebunden habe, sowie beim Bezirkstagspräsidenten, beim Kollegen Wagner und auch bei Bürgermeister Dr. Higl sowie beim Landkreispolitiker Heinz Liebert.

Die SPD und – wie heute vernommen – auch die Grünen sprechen immer gerne davon, dass man im Landkreis ausbaden müsse, was dem Landkreis und der Region von der Staatsregierung und der Mehrheit des Bayer. Landtages nicht zugestanden wurde. Wenn man die

Presse aufmerksam verfolge, werden solche Klagen aber auch in den Bundesländern durch die kommunale Familie geführt, in denen die SPD mit oder ohne die Grünen das Sagen habe. Dies zeige, dass die Welt insgesamt doch ein Stück gleich und ein Stück gleichgerecht sei.

Die Entscheidungen des Sozialgesetzbuches werden in Berlin getroffen. Es gebe keine Konnexität. Wenn man schon einmal darüber rede, so sei festzustellen, dass man in den letzten zehn Jahren einiges an Zumutungen durch die früheren Bundesregierungen – mit Mitwirkung der SPD – erfahren musste. Das Kehren vor der eigenen Tür habe noch niemandem geschadet. Natürlich seien in SPD-geführten Bundesländern manche Sozialgeschenke leichter zu machen, da dies die Süd-Bundesländer dann finanziell wieder ausgleichen.

Des Weiteren erinnert Kreisrat Buhl daran, dass ihm im vergangenen Jahr stv. Landrat Häusler ein Wahrnehmungsproblem unterstellt und Aussagen von ihm angezweifelt hatte, die dieser in keinem Protokoll gefunden habe. Kreisrat Buhl merkt an, er wolle dies nicht vertiefen, habe aber eine Kopie der Passagen aus diesen Protokollen dabei. Damit sollte wohl auch die Irritation beim Kollegen ausgeräumt sein. Es sei einfach beruhigend, dass auch ein stellvertretender Landrat irren könne.

Der Haushalt sei trotz aller Herausforderungen ausgeglichen. Dass dem so sei, sei auch der engagierten und guten Arbeit der Beschäftigten des Landratsamtes wie auch der Landkreistöchter zu verdanken. Namens der FDP/ödp-Fraktion dankt Kreisrat Buhl hierfür sehr herzlich. Diese seien das wichtigste Kapital.

Aus seiner langjährigen politischen Tätigkeit wisse er, dass knappe Kassen auch die Chancen beinhalten, alte Strukturen zu verlassen und Neuausrichtungen anzugehen. Der Landkreis könne seine Grenzen neu abstecken und Effizienz und Bezahlbarkeit seiner Wünsche neu definieren. Bei der AVA GmbH sei wohl auch wieder der nötige Betriebsfrieden hergestellt. Der Kreistag sollte sich in diesem Jahr durch den neuen Geschäftsführer die Arbeitsweisen und Ergebnisse präsentieren lassen, wie dies vom Landrat auch bereits zugesagt wurde.

Zum Schluss bedankt sich Kreisrat Buhl für seine Fraktion in besonderem Maße bei Kreisrämmere Seitz und Herrn Pabel mit ihrem Team, die immer wieder für alle Auskünfte zur Verfügung standen. Die Fraktion FDP/ödp stimme dem Haushalt 2011 in der vorgelegten Fassung zu.

Anschließend meldet sich **Kreisrat Neher** zu Wort. Er schlägt zunächst vor, im nächsten Jahr die Redezeit auf 15 Minuten zu beschränken, damit man vielleicht auch noch diskutieren könne. An Kollege Hannemann gerichtet erklärt Kreisrat Neher, wenn in der dritten Lesung Vorschläge eingebracht werden, dann sei dies in einer Demokratie ein ganz natürlicher Vorgang. Demokratie sei immer die Kunst des Möglichen. Er halte den jetzt zustande gekommenen Kompromiss mit 3,0 Punkten für einen guten Kompromiss ohne fahlen Beigeschmack. Dies gehe nur, wenn beide Seiten sich bewegen.

Natürlich habe die SDP-Fraktion sehr hartnäckig nachgehakt und gute Argumente eingebracht. Ein Kompromiss komme aber nur zustande, wenn sich auch die andere Seite bewege. Dies möchte Kreisrat Neher auch an der Gesprächsbereitschaft des Landrats deutlich machen. Dies sei für ihn praktizierte vertrauensvolle Zusammenarbeit. Als Bürgermeister und als Kreisrat möchte er deutlich machen, dass der Haushalt letztlich eine Balance zwischen den Interessen des Landkreises, der die Bildungsinvestitionen vorantreiben wolle, und den berechtigten Interessen der Gemeinden sei. Kreisrat Neher möchte mit einem Zitat von Kreisrat Aumann schließen, der erklärt habe, dass die Vorgehensweise in der dritten Lesung im Januar eine Sternstunde der Demokratie gewesen sei.

Kreisrätin Besserer führt an, dass heute vielfach von den Fraktionsvorsitzenden gerügt wurde, dass Aufgaben – besonders im sozialen Bereich – und damit Kosten von oben nach unten delegiert werden. Diese Rüge bestehe zu Recht. Es sei aber so, dass in den Bezirkstagen, im Land- und im Bundestag deren Parteien sitzen. Deshalb appelliert Kreisrätin Bes-

serer an ihre Kolleginnen und Kollegen, verstärkt Druck von unten nach oben aufzubauen, ihren Einfluss geltend zu machen und ihre Kontakte zu nutzen. Es könne nicht sein, dass die Kreisumlage immer mehr erhöht werden müsse und damit die Gemeinden und somit jeder Einzelne immer mehr belastet werde.

Abschließend äußert **Landrat Sailer**, es seien heute die vielen offenen Baustellen angesprochen worden. Er mache keinen Hehl daraus, dass manches Thema vielleicht schneller abgearbeitet werden könnte. Man versuche, die Fraktionen sehr umfangreich in den Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess einzubeziehen. Vielleicht könne man an der einen oder anderen Stelle künftig mit konkreteren Vorschlägen aus der Verwaltung in die Fraktionen gehen. Man werde versuchen, zu den einzelnen Punkten noch mehr vorzuarbeiten und konkretere Vorschläge in die Diskussion einzubringen. Vielleicht bekomme man dadurch etwas mehr Beschleunigung in das eine oder andere Thema.

Für die Wirtschaftsförderung stehe im Moment natürlich ein relativ großer Betrag im Haushalt. Man könne aber nicht mehr machen, als der Stadt Augsburg beim Thema Innovationspark die Hand zu reichen und anzubieten, konkret darüber zu sprechen. Wenn diese Hand nicht genommen werde, dann tue man sich schwer, Vollzug zu melden.

Außerdem wurden auch Maßnahmen auf den Weg gebracht, die man im letzten Jahr gar nicht in der Planung hatte. Diesbezüglich verweist Landrat Sailer auf das Konjunkturpaket II und die daraus resultierenden Maßnahmen. Die Realschule Meitingen hatte zu dem Zeitpunkt niemand im Fokus. Trotzdem habe man die Maßnahme ins Programm genommen, und zwar nicht zu Lasten einer anderen Maßnahme. Vielmehr wurden hierfür zusätzliche Gelder in den Haushalt aufgenommen. Im Fall der Realschule Zusmarshausen sei der Schulverband mit in die Diskussion gekommen und dadurch die Frage aufgetreten, inwieweit die Erweiterung der Realschule überhaupt förderfähig sei. Dadurch, dass man diese Schleife noch gedreht habe, konnte eine sinnvolle und vernünftige Konzeption entwickelt werden, die man jetzt gemeinsam auf den Weg bringe. In wenigen Tagen werde man auch zeigen können, dass es sich beim Beruflichen Schulzentrum Neusäß gelohnt habe, dass man nochmals inne gehalten habe. So könne man nun einen besseren Vorschlag präsentieren, als dies zuletzt der Fall gewesen sei.

Landrat Sailer dankt nochmals allen Fraktionen für das gute Miteinander in den Lesungen und zuletzt auch im Kreisausschuss. Man habe einen Kompromiss gefunden, mit dem jeder das Gesicht wahren und sagen könne, dass dies auch für die Kommunen ein guter Kompromiss sei. In diesen Dank möchte Landrat Sailer auch den Kollegen Klaußner als Vorsitzenden des Bayer. Gemeindetages einbeziehen, der bereits vorher eng in die Gespräche eingebunden gewesen sei. Man habe die Bürgermeister so intensiv beteiligt wie noch nie. Den Bürgermeistern wurde zunächst der in den Kreistag eingebrachte Haushalt vorgestellt. Vor Verabschiedung der Kreisumlage habe man den aktualisierten Haushalt dann nochmals mit allen Bürgermeistern besprochen. So sehe ein faires und ehrliches Miteinander aus.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die diesem Beschluss beiliegende Haushaltssatzung 2011. Der Haushaltsplan und Stellenplan 2011 samt Anlagen sowie der Finanzplan für die Jahre 2010 bis 2014 sind Bestandteil dieses Satzungsbeschlusses.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	67
Nein-Stimmen:	0

**TOP 5 Bewilligung von über-/außerplanmäßigen Ausgaben
über 100.000 € der Jahre 2008 bis 2010
Vorlage: 11/0014**

Anlagen: Über- bzw. außerplanmäßige Ausgaben der Jahre 2008 bis 2010 über
der Wertgrenze von 100.000 €

Sachverhalt:

Die Geschäftsordnung des Kreistages Augsburg für die vorhergehende Wahlperiode 2002 bis 2008 sah bezüglich über- bzw. außerplanmäßiger Ausgaben in § 29 Abs. 2 Nr. 5 einen Beschlussvorbehalt des Kreistages vor, wenn der Umfang der Mehrausgaben gem. Art. 62 LKrO eine Nachtragshaushaltsatzung erforderlich gemacht hätte oder sie über das laufende Haushaltsjahr hinaus gewirkt hätten. Hinsichtlich der Zuständigkeit des Landrats wurden Richtlinien erlassen, auf die in § 41 Abs. 3 Satz 2 der (alten) GeschO Bezug genommen wurde. Nach diesen Richtlinien konnte der Landrat in eigener Zuständigkeit über- bzw. außerplanmäßige Bewilligung aussprechen, wenn sie bei Inanspruchnahme der Deckungsreserve im Einzelfall 20.000 €, im Übrigen 10.000 € nicht überschritten. Bei Pflichtausgaben aufgrund von Leistungsgesetzen erstreckte sich die Zuständigkeit bis zur Höhe der gesetzlichen Verpflichtung.

Auf der Grundlage der Mustergeschäftsordnung des Bayerischen Landkreistages wurden in der aktuellen Geschäftsordnung des Kreistages Augsburg vom 05.05.2008 für die Wahlperiode 2008-2014 in der Fassung der Änderung vom 16. November 2010 diese Regelungen neu gefasst. Demnach behält sich der Kreistag in § 29 Abs. 2 Nr. 5 vor, über Bewilligungen von über- und außerplanmäßigen Ausgaben, die im Einzelfall 100.000 € überschreiten, zu beschließen. Die Zuständigkeit des Landrats wurde allgemein auf Mehrausgaben bis zur Höhe von 30.000 € begrenzt. Weitere Regelungen waren nicht getroffen.

In der Praxis wurden allerdings alle Bewilligungen, die nicht in die Zuständigkeit des Landrats fallen (§ 40 Abs. 3 Satz 2 GeschO), vom Kreisausschuss beschlossen oder aufgrund dringlicher Anordnungen des Landrats ausgesprochen, auch wenn die Wertgrenze von 100.000 € überschritten war. In der aktuellen Wahlperiode handelt es sich um insgesamt 31 derartige Bewilligungen (Anlage 1 Nr. 1 und 3). Somit ist eine nachträgliche Genehmigung durch den Kreistag als zuständiges Organ einzuholen. Hinzu kommt eine im Zuge des Jahresabschlusses 2010 buchungstechnisch durchgeführte aber noch nicht bewilligte Mittelbereitstellung (Anlage 1 Nr. 2).

Der Grund für diese Fehler liegt wohl darin, dass die Wertgrenze von 100.000 € erstmalig in der Geschäftsordnung für die aktuelle Wahlperiode 2008-2014 aufgenommen wurde. Aufgrund langjähriger Praxis hat die Verwaltung aber auf der Grundlage der eingangs dargelegten alten Regelung der vorherigen GeschO gehandelt.

Die üpl./apl. Ausgaben, die die Wertgrenze von 100.000 € übersteigen und aufgrund von Kreisausschussbeschlüssen bewilligt wurden, sind im Einzelnen in der Anlage 1 dargestellt. Ebenfalls aufgelistet sind Bewilligungen über der genannten Wertgrenze aufgrund dringlicher Anordnungen des Landrats, die dem Kreistag gem. § 41 Abs 2 GeschO zur Kenntnis gegeben werden müssen.

Der Kreisausschuss hat sich mit der Thematik in seiner Sitzung am 31.01.2011 befasst und dem Kreistag empfohlen, die Mehrausgaben nachträglich zu genehmigen (Anlage, Nr. 1) bzw, zu bewilligen (Anlage, Nr. 2) und aufgrund dringlicher Anordnungen (Anlage, Nr. 3) zur Kenntnis zu nehmen.

Finanzielle Auswirkungen:		Veranschlagung im laufenden Haushaltsjahr:	
<input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		<input type="checkbox"/> im Verw.HH: HhSt.	<input type="checkbox"/> im Verm.HH: HhSt.
		€	€
Gesamtkosten der Maßnahme/n (Beschaffungs-/ Herstellungskosten):	Jährliche Folgekosten/ Folgelasten: <input type="checkbox"/> keine	Gesamtfinanzierung Eigenanteil:	Gesamtfinanzierung Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge etc.):
€	€	€	€

Bemerkungen:

Herr Püschel stellt den Sachverhalt dar.

Kreisrat Müller verweist auf die Nr. 3 der Anlage (Bewilligung aufgrund dringlicher Anordnungen aus dem Haushaltsjahr 2008). Dort sei im Verwaltungshaushalt im DR 18 ein Betrag von 150.000 € angegeben. Kreisrat Müller fragt nach, um welche Anordnung es sich dabei gehandelt hat. Alle übrigen Punkte seien gegenüber dieser Anordnung relativ ausführlich dargelegt.

Von **Herrn Püschel** wird erklärt, dass es sich hierbei um eine dringliche Anordnung handle, die vor dem Kreisausschuss bereits in der Annahme verlesen wurde, dass dieser zuständig sei. Er werde die betreffende Anordnung nochmals heraussuchen und im nächsten Kreiszuschuss zur Kenntnis geben.

Landrat Sailer merkt an, dass im Jahr 2008 über intensive Brandschutzmaßnahmen an den landkreiseigenen Gebäuden gesprochen wurde. Am Ende habe ein Gesamtvolumen von 500.000 € in der Diskussion gestanden. Eventuell habe die dringliche Anordnung damit zu tun. Man werde hierüber auf jeden Fall in der nächsten Kreisausschusssitzung informieren.

Anschließend stellt **Kreisrat Müller** nochmals fest, die Beschreibung sei in diesem einen Fall sehr pauschal gehalten, während bei allen anderen Anordnungen unter anderem angemerkt sei, dass hierüber der Kreisausschuss informiert wurde. Man könne dies jetzt zur Kenntnis nehmen, wenn ein entsprechender Vermerk im Protokoll erfolge und im nächsten Kreiszuschuss darüber informiert werde, um welche dringliche Anordnung es sich gehandelt habe.

Die Mitglieder des Kreistages fassen daraufhin folgenden

Beschluss:

Die in der Anlage unter Nr. 1 dargestellten über- bzw. außerplanmäßigen Ausgaben aufgrund von Kreisausschussbeschlüssen gem. § 29 Abs. 2 Nr. 5 GeschO werden nachträglich genehmigt, die in der Anlage unter Nr. 2 genannten überplanmäßigen Ausgaben werden bewilligt sowie die in der Anlage bei Nr. 3 gelisteten, aufgrund dringlicher Anordnungen des Landrats erfolgten Bewilligungen werden gem. § 41 Abs. 2 GeschO zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	66
Nein-Stimmen:	0

**TOP 6 Örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2009;
Feststellung und Entlastung gem. Art. 88 Abs. 3 LKrO
Vorlage: 11/0018**

Sachverhalt:

Die Kassen- und Jahresrechnung 2009 wurde rechtzeitig erstellt und dem Kreisausschuss als Vorlage 10/0061 zur Kenntnis gegeben. Durch Beschluss vom 19.04.2010 hat der Kreisausschuss die Jahresrechnung 2009 dem Rechnungsprüfungsausschuss zur örtlichen Prüfung zugewiesen. Nach Durchführung des Prüfungsverfahrens hat der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses nunmehr den dieser Sachverhaltsdarstellung als Anlage beigefügten Bericht über die örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2009 vom 02.12.2010 mit Schreiben gleichen Datums vorgelegt.

In der im Bericht enthaltenen Prüfungsbestätigung wurde zusammenfassend festgestellt, dass die Jahresrechnung 2009 den Bestimmungen des Art. 88 LKrO entspricht und sich keine Unstimmigkeiten ergaben, die das Rechnungsergebnis verändern würden. Unter Hinweis auf die im Prüfungsbericht enthaltenen Bemerkungen wurde gleichzeitig bestätigt, dass keine Mängel vorliegen, die einer Feststellung und Entlastung der Jahresrechnung 2009 durch den Kreistag entgegen stünden (Prüfungsbericht S. 40).

Daneben wurde in Ansehung des Beschlusses des Rechnungsprüfungsausschusses vom 14.09.2010 inzwischen eine zentrale Vergabestelle in der Landkreisverwaltung errichtet und ein hausinternes Vergabeverfahren formuliert. Der Entwurf der „Dienstanweisung für die Abwicklung von Vergabeverfahren“ ist nach hausinterner Schlussabstimmung zum 01.02.2011 in Kraft getreten. Weiter wurden die erwähnten Mehrausgaben (Seite 10, Ziffer 8 des Berichts) zwischenzeitlich nochmals geprüft und als Anspruch des Landkreises geltend gemacht.

Einzelbemerkungen, die eine weitere Veranlassung durch die Verwaltung erforderten, sind nicht enthalten, so dass der Kreisausschuss am 31.01.2011 (Vorlage Nr. 11/0001) dem Kreistag die Feststellung und Entlastung der Jahresrechnung 2009 gem. Art. 88 Abs. 3 LKrO empfohlen hat.

Gem. Art. 88 Abs. 3 LKrO ist der Kreistag ermächtigt, nach Durchführung der örtlichen Prüfung der Jahresrechnung und der Jahresabschlüsse (Art. 89 LKrO) und Aufklärung etwaiger Unstimmigkeiten alsbald, jedoch in der Regel bis zum 30. Juni des auf das Haushaltsjahr

folgenden übernächsten Jahres die Jahresrechnung in öffentlicher Sitzung festzustellen und über die Entlastung zu beschließen.

Zu berücksichtigen ist dabei, dass hinsichtlich des Beschlusses über die Entlastung (Ziffer 2 des Beschlussvorschlages) der Landrat als Leiter der Landkreisverwaltung bei der Beratung und Abstimmung wegen persönlicher Beteiligung (Art. 43 LKrO) nicht teilnehmen darf.

Um 12.20 Uhr übernimmt **Stellvertreter des Landrats Strehle** die Sitzungsleitung.

Herr Püschel stellt anschließend den Sachverhalt dar. Im Kreisausschuss wurde zur Umbaumaßnahme im 1. OG nach der Höhe der Kosten gefragt, die in diesem Bereich angefallen seien. Von Landrat Sailer wurde zugesichert, diese Kosten in der heutigen Kreistagssitzung darzustellen.

Stellvertreter des Landrats Strehle erteilt daraufhin das Wort an Landrat Sailer, der zu diesen Feststellungen eine persönliche Erklärung abgeben möchte.

Landrat Sailer berichtet, dass im Jahr 2009 im 1. OG insgesamt 9 Räume saniert wurden. Im Büro von Herrn Püschel wurde eine Akustikdecke eingezogen. Des Weiteren wurden laut Landrat Sailer das Besprechungszimmer 117, sein Vorzimmer, seine Büros sowie das neue Besprechungszimmer und das ehemalige Büro von Herrn Schneider saniert, das inzwischen von Herrn Natterer bezogen wurde. Ausgangspunkt sei gewesen, dass man zum einen Sanierungsbedarf festgestellt habe. Zum anderen wollte man auf die Arbeitsabläufe reagieren. Sein Büro sei ständig Besprechungszimmer gewesen. Nicht zuletzt auch wegen der Bürgergesprächstunden, die in einem relativ engen Zeittakt stattfinden, sowie aufgrund der Tatsache, dass sich bisher die Küche und die Kühlschränke hinter seinem Büro befanden, wurde der Mehrbedarf für einen weiteren Besprechungsraum in Zusammenhang mit einer vernünftigen Anordnung der Küche gesehen. Zudem wurden die Räumlichkeiten in Bezug auf die Technik auf den neuesten Stand gebracht.

Die klassischen Baukosten beliefen sich nach Mitteilung von Landrat Sailer auf rd. 230.000 €, die Kosten für die Einrichtung auf etwa 115.000 €, während für die Technik rd. 15.000 € aufgewendet wurden. Bei sanierten Räumlichkeiten von 260 m² ergebe sich ein Gesamtbeitrag von etwa 1.370 €/m². Zum Vergleich führt Landrat Sailer an, dass beispielsweise im Bereich der Banken bei solchen Maßnahmen mit 1.700 €/m² allein für die Einrichtung kalkuliert werde.

Außerdem geht Landrat Sailer noch auf ein paar Punkte im Rechnungsprüfungsbericht ein. Die Maßnahme wurde im August 2009 auf den Weg gebracht. Man habe die Zeit nutzen wollen, in der weniger Mitarbeiter im Hause seien. Bei der Sanierung des Großen Sitzungssaals könne momentan wieder festgestellt werden, wie belastend eine solche Maßnahme für die Mitarbeiter sei, die ihre Büros im direkten Umfeld der Baumaßnahme haben. Dennoch müsse nun festgestellt werden, dass es falsch gewesen sei, die Maßnahme im August so auf den Weg zu bringen, und zwar aus den verschiedensten Gründen, die auch im Rechnungsprüfungsbericht festgehalten wurden. Beim Großen Sitzungssaal habe man hierauf reagiert und sich auf weniger Geschwindigkeit und dafür auf mehr Verlässlichkeit in den Grundlagen verständigt.

Bezüglich einer Vergabe befinde man sich im Rechtsstreit mit der Planerin. Es werde versucht, die Ansprüche geltend zu machen. Hinsichtlich der Größenordnungen wurden schon 2009 die entsprechenden Konsequenzen gezogen, so dass auch diejenigen Maßnahmen, die in seine Zuständigkeit fallen, in die Ausschüsse gehen, so Landrat Sailer. Dies betreffe vor allen Dingen den Bau- und Umweltausschuss sowie den Schul- und Kulturausschuss. Eine Freigabe erfolge erst nach den Ausschusssitzungen, es sei denn, dass vergaberechtliche Fragen oder aber Angebotsfristen auslaufen, ehe der nächste jeweilige Ausschuss statfinde.

Zur Frage, wie Unternehmen aus dem Landkreis in die Vergaben und Angebotsphasen einbezogen werden, informiert Landrat Sailer darüber, dass 2009 ein intensives Gespräch mit der Kreishandwerkerschaft geführt und dabei festgestellt wurde, dass weit über 50 % der Vergaben in der Region und im Landkreis verbleiben. Bei der Erweiterung und Sanierung der Realschule Bobingen seien 70 % und bei der Realschule Meitingen 65 % der Aufträge an Unternehmen im Landkreis gegangen. Beim Großen Sitzungssaal erfolgten sogar 82 % der Vergaben an Unternehmen im Landkreis.

Für die Zukunft sei mit der Errichtung der Vergabestelle sichergestellt, dass bei Vergaben ab 2.500 € ein Standardverfahren durchlaufen werde. Dafür seien etwa zehn Punkte abzuarbeiten, bevor die Vergabe von Herrn Dr. Michale freigegeben werde.

Derzeit sei man dabei, das Gebäudemanagement neu zu strukturieren und zu organisieren. Am 16. März erfolge die Vorstellung im zuständigen Ausschuss für Personal, EDV und Organisation. Landrat Sailer regt an, das Thema Bauunterhalt und die Projektabwicklung beim Gebäudeunterhalt künftig entweder regelmäßig standardisiert auf die Tagesordnung des Bau- und Umweltausschusses zu nehmen oder analog zu den großen Investitionen in Königsbrunn oder Neusäß eine Arbeitsgruppe einzurichten. Hierzu sollte vom Ausschuss ein entsprechender Vorschlag gemacht werden.

Zusammenfassend stellt Landrat Sailer fest, dass die Überschrift der Augsburger Allgemeinen „Schön geworden – schlecht gelaufen“ sicherlich stimme. Kritik am Aussehen der Büros habe er nicht erfahren. Die Kritik daran, wie die Maßnahme gelaufen sei, sei durchaus zu Recht erfolgt. Hierfür übernehme er auch die Verantwortung, so Landrat Sailer. Es habe Dinge gegeben, die nicht vorhersehbar gewesen seien, wie beispielsweise das Einziehen eines großen Eisenträgers über der Tür seines Büros. Es gebe aber selten einen Schaden ohne Nutzen. Genau diese Optik sei der Vorschlag eines Büros für die künftige Umgestaltung der Flure gewesen. Aufgrund der Erfahrungen, die man mit dieser einen Tür gemacht habe, sei nun klar, dass diese Option nicht in Frage komme, so schön es auch wäre, Tageslicht in die Gänge zu bekommen. Dies würde finanziell jedoch völlig entgleiten.

Landrat Sailer dankt daraufhin den Kolleginnen und Kollegen des Rechnungsprüfungsausschusses, die sich viel Zeit für die Aufarbeitung des Themas genommen hätten. Nebenbei mussten noch viele andere Themen geprüft werden. Wichtig sei, dass man nun für die Zukunft gewährleistet habe, dass dies anders ablaufe. Die Ausschüsse sollen auch künftig weiterhin ganz eng in die Maßnahmen eingebunden werden, auch wenn dies an der einen oder anderen Stelle zu Lasten der Geschwindigkeit gehe. Landrat Sailer bedankt sich daraufhin nochmals für die konstruktive Zusammenarbeit und auch für die Kritik, die an dieser Stelle durchaus berechtigt sei.

Stellvertreter des Landrats Strehle dankt Landrat Sailer für die Klarstellung zu dieser Feststellung im Rechnungsprüfungsbericht. Es sei deutlich geworden, dass keine schlechten Absichten dahinter standen. Jeder wisse, dass es in der Koordination der einzelnen Baugewerke im August bzw. in der Sommerzeit zu Schwierigkeiten kommen könne. Im Gespräch mit den Fraktionsvorsitzenden habe man sich darauf verständigt, in der gemeinsamen Sitzung des Bau- und Umweltausschusses sowie des Schul- und Kulturausschusses noch die Details zu besprechen, was die einzelnen Kostenstellen anbelangt. Dann könne die Transparenz sicherlich im letzten Detail hergestellt werden.

Von **Kreisrat Güller** wird angemerkt, es sei jetzt klargestellt worden, dass tatsächlich Einiges falsch gelaufen sei. Landrat Sailer habe erklärt, dass er dafür die Verantwortung übernehme. Es sei jetzt noch die Frage offen, aus welchen Mitteln die Maßnahme finanziert wurde und ob dafür an anderen Projekten Verschiebungen hingenommen oder ob Projekte – ggf. welche Projekte – ganz gestrichen werden mussten. Der Landkreis stehe in der Kritik

bezüglich der Sanierung und des Bauunterhalts in Schulen. Es müsste im zuständigen Ausschuss geklärt werden, ob dies etwas miteinander zu tun habe. In Bezug auf die zu erteilende Entlastung erkundigt sich Kreisrat Güller nach dem Verfahrensstand im Rechtsstreit mit der Planerin. Daraus ergebe sich anschließend die Frage, ob dem Landkreis neben den formalen Fehlern eventuell auch noch ein finanzieller Nachteil erwachsen sei oder ob dies bei der „normalen Vergabe“ auch passiert wäre.

Herr Püschel gibt zu verstehen, dass grundsätzlich keine überplanmäßigen Mittel in Anspruch genommen wurden. Die Maßnahme sei insgesamt aus Mitteln des Bauunterhalts bestritten worden. Welche konkreten Maßnahmen deshalb nicht durchgeführt werden konnten, wisse er nicht. Er habe sich jedoch sagen lassen, dass dies Maßnahmen gewesen seien, die aus Zeit- oder aus Ablaufgründen ohnehin nicht hätten durchgeführt werden können. Im Moment sei kein Rechtsstreit anhängig. Es sei ein Betrag gegenüber der Architektin geltend gemacht worden. Herr Püschel geht im Moment davon aus, dass die Angelegenheit auch ohne Rechtsstreit gelöst werden kann.

Kreisrätin Jung bedankt sich bei Landrat Sailer für die Klarstellung. Es gehe im Inhalt nicht darum, dass diese Maßnahme stattgefunden habe, sondern lediglich darum, dass diese nicht rechtzeitig vorher beraten werden konnte. Kreisrätin Jung bittet außerdem darum, den Bericht der Rechnungsprüfung, der 45 Seiten ausmache, nicht mehr als Tischvorlage auszureichen, sondern diesen rechtzeitig vor der Sitzung zu überlassen.

Kreisrat Müller möchte wissen, ob in den Gesamtkosten von 360.000 € auch die Planungskosten beinhaltet sind. Laut **Landrat Sailer** müssen die Planungskosten von 7 % noch dazu gerechnet werden.

Daraufhin macht **Kreisrat Müller** deutlich, dass bei einer solchen Summe die Aufnahme in den Vermögenshaushalt nicht nur eine Frage, sondern fast schon zwingend sei, zumal es sich um ein Gesamtprojekt handelte. Kreisrat Müller erklärt, er wolle jetzt keinen falschen Zungenschlag in die Angelegenheit bringen, sondern Landrat Sailer ausdrücklich für die klaren und deutlichen Ausführungen danken. Dennoch sollte man konsequenterweise entweder einen Vorbehalt in den Beschluss aufnehmen oder aber diesen Tagesordnungspunkt hinsichtlich Feststellung und Entlastung zurückstellen, bis alles geklärt sei. Es gehe hier nicht um ein paar Euro, sondern um 360.000 € plus 7 % Nebenkosten. Der Bauunterhalt für den Haushalt 2009 müsse geschätzt worden sein, da die Mittel im Jahr 2009 dann ja auch abgerufen wurden. Insofern wäre interessant zu erfahren, welches Kostenvolumen von der Planerin ermittelt wurde, wodurch es nötig gewesen sei, die Mittel zu Lasten anderer, wenn auch nicht zeitlich dringender Maßnahmen vorzuziehen.

Die Frage, ob die Maßnahme ausschließlich aus dem Bauunterhalt hätte bestritten werden dürfen, habe der Rechnungsprüfungsausschuss beantwortet, so **Herr Püschel**. So sehe man es auch im Beschluss. Im Nachhinein habe sich herausgestellt, dass die eine oder andere Detailmaßnahme tatsächlich im investiven Bereich hätte abgewickelt werden müssen. Die Prüfung habe nicht dazu geführt, dass eine Feststellung oder Entlastung ausgeschlossen sei. Die Prüfungsbestätigung liege vor, ebenso ein entsprechender einstimmiger Empfehlungsbeschluss des Kreisausschusses. Die andere Frage, in welchen Bereichen die Maßnahme im Bauunterhalt tatsächlich abgewickelt wurde solle noch im Fachausschuss besprochen und dann dort einer Klärung zugeführt werden.

Kreisrat Buhl führt an, er finde es fast ein wenig peinlich, dass sich der Landrat entschuldigen müsse bzw. heute entschuldigt habe. Man könnte umgekehrt auch sagen, der Landrat habe sich vor die Verwaltung gestellt. Der Wunsch nach Veränderung sei verständlich gewesen und wurde auch einmal in der Runde der Fraktionsvorsitzenden angedeutet. Der Landrat selbst habe sicher nicht den Planer oder sonstige Handwerker angerufen. Dies habe irgendjemand umgesetzt. Dort sei eine „Sicherung durchgebrannt, was so nicht hätte sein dürfen.

Dies müsse man an dieser Stelle auch einmal sagen. Darum sei es gut, dass es nun die Vergabestelle gebe.

Stellvertreter des Landrat Strehle gibt zu verstehen, dass diese Dinge auch in der gemeinsamen Sitzung nochmals hinterfragt bzw. geklärt werden können.

Kreisrat Liebert meldet sich anschließend ebenfalls noch zu Wort, nachdem sich nunmehr alle Fraktionen geäußert hätten. Ansonsten könnte vielleicht der Eindruck erweckt werden, dass man irgendetwas zu verheimlichen habe. Dies sei überhaupt nicht der Fall. Kreisrat Liebert dankt Landrat Sailer zum einen für die Aussage, dass nichts beschönigt werden soll. Zum zweiten sei es honorig, dass sich Landrat Sailer vor die Verwaltung gestellt und erklärt habe, dass er für die Fehler die volle Verantwortung übernehme. Zum dritten sei festzustellen, dass nicht nur im Kreisausschuss ein einstimmiger Empfehlungsbeschluss gefasst wurde, sondern heute auch sehr wohl eine Feststellung und Entlastung ausgesprochen werden könne. Dies entbinde den Kreistag nicht davon, die Thematik im Fachausschuss weiter zu behandeln. Dies habe man bereits in der Fraktionsvorsitzendenbesprechung vor einer Woche getan und sollte dies auch so vollziehen.

Beschluss:

Der Bericht des Kreisrechnungsprüfungsamtes über die örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2009 des Landkreises Augsburg vom 02.12.2010 wird zur Kenntnis genommen.

1. Die Jahresrechnung 2009 wird gem. Art. 88 Abs. 3 LKrO mit den als Anlage beigefügten Ergebnissen festgestellt.
2. Für die Jahresrechnung 2009 wird gem. Art. 88 Abs. 3 LKrO, mit den als Anlage beigefügten Ergebnissen die Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	62
Nein-Stimmen:	0

**TOP 7 Sparkassenzweckverband Landkreis Augsburg und Stadt Schwabmünchen;
Änderung in der Besetzung der Verbandsversammlung
Vorlage: 11/0015**

Sachverhalt:

Auf Vorschlag der im Kreistag vertretenen Fraktionen bestellte der Kreistag des Landkreises Augsburg in seiner konstituierenden Sitzung mit Beschluss vom 26.05.2008 u. a. auch die Mitglieder der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes Landkreis Augsburg und Stadt Schwabmünchen.

Die SPD-Kreistagsfraktion entsandte dabei in die Verbandsversammlung folgende Mitglieder und Stellvertreter:

<u>Mitglied:</u>	<u>Vertreter:</u>
Walter Aumann	Peter Bergmeir
Franz Neher	Peter Ziegelmeier
Sabine Grünwald	Hannelore Britzlmair
Bernd Müller	Annegret Kirstein

Mit Schreiben vom 29.11.2010 regt die SPD-Kreistagsfraktion nunmehr an, folgende Änderung in der Besetzung der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes Landkreis Augsburg und Stadt Schwabmünchen vorzunehmen:

Statt Herrn Kreisrat Bernd Müller wird Frau Kreisrätin Annegret Kirstein Mitglied der Verbandsversammlung. Vertreterin von Kreisrätin Kirstein soll Kreisrätin Renate Durner werden.

Der Kreisausschuss hat sich mit der Angelegenheit in seiner Sitzung am 17.01.2011 befasst und die vorgeschlagene Änderung dem Kreistag empfohlen.

Finanzielle Auswirkungen:		Veranschlagung im laufenden Haushaltsjahr:	
<input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		<input type="checkbox"/> im Verw.HH: HhSt.	<input type="checkbox"/> im Verm.HH: HhSt.
		€	€
Gesamtkosten der Maßnahme/n (Beschaffungs-/ Herstellungskosten):	Jährliche Folgekosten/ Folgekosten: <input type="checkbox"/> keine	Gesamtfinanzierung Eigenanteil:	Gesamtfinanzierung Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge etc.):
€	€	€	€

Um 12:44 Uhr übernimmt **Landrat Sailer** wieder den Vorsitz und trägt den Sachverhalt zu diesem Tagesordnungspunkt vor.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt, anstelle von Herrn Kreisrat Bernd Müller als Mitglied der Versammlung des Sparkassenzweckverbandes Landkreis Augsburg und Stadt Schwabmünchen Frau Kreisrätin Annegret Kirstein zu berufen. Vertreter von Frau Kreisrätin Annegret Kirstein wird Frau Kreisrätin Renate Durner.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	63
Nein-Stimmen:	0

TOP 8 Verschiedenes

- keine Vorlagen -

TOP 9 Wünsche und Anfragen

- keine -

Landrat Sailer bedankt sich bei den Anwesenden für die geleistete Mitarbeit und schließt die Sitzung.

Martin Sailer
Landrat

Ulla Berger
Verw.Angestellte

Zu TOP 6:

Max Strehle
Stellvertreter des Landrats

17. Sitzung des Kreistages 28.02.2011